Nr. 95. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das Ende des Freisinns.

Der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung in Frankfurt kann allen denjenigen, die politischen Ideologien einen größeren Einfluß auf die Politik beimessen, zum besonderen Studium empfohlen werden. Dieser Parteitag verdiente besondere Beachtung, weil man wußte, daß es auf ihm zwischen der Richtung Barth, Gerlach, Breitscheid und der Richtung Pachnicke, Heckscher usw. zu einer **Kraftprobe** kommen würde. Er sollte zeigen, ob die ehrlich demokratischen und liberalen Elemente im Freisinn noch irgend etwas Erhebliches hinter sich haben, ob die wirtschaftlichen Interessen oder die liberalen Prinzipien, die demokratischen Argumente über die Taktik des Liberalismus entscheiden.

Die Barth-Gerlach-Breitscheid-Gruppe wußte, daß ihr in Frankfurt der Prozeß gemacht werden sollte. Die leitende Instanz der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die „Freisinnige Zeitung", hatte ja rund heraus erklärt, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit der Freisinnigen Vereinigung nur dann möglich sei, wenn die Barth, Gerlach, Breitscheid und ihre Freunde ausgeschifft würden. Die mit dem Ausschluß bedrohten Herren wußten, daß es sich für sie um Sein oder Nichtsein innerhalb der Freisinnigen Vereinigung handelte. Sie hatten sich deshalb gründlich zum Kampf trainiert. Und es muß gesagt werden, daß sie in dem Kampf mit den Pachnicke, Heckscher und Konsorten wacker ihren Mann gestanden haben! Ihre Reden waren eine glänzende Rechtfertigung ihres oppositionellen Standpunktes und eine vernichtende Kritik der für die Fraktionsgemeinschaft und die Blockpolitik begeisterten Mehrheit der Fraktion. Dabei standen die Gerlach, Barth, Breitscheid in ihrem Kampfe durchaus nicht allein. Eine Reihe namhafterer Politiker der Freisinnigen Vereinigung stellte sich mehr oder minder entschieden auf ihre Seite, so die Herren Gothein, Corell, Dr. Hohmann usw. Die paar Arbeitervertreter sekundierten gleichfalls der Opposition. Wenn man die Debatte, die wir in unserer heutigen Nummer ausführlich wiedergegeben haben, verfolgt, erhält man den Eindruck, daß die Opposition sich energisch und sieghaft in der Offensive befunden hat, daß dagegen die Stellung der Blockbrüderschaft eine überaus klägliche war. Auch die Rede des Herrn Naumann, der einen vermittelnden Standpunkt einnahm, freilich mehr zugunsten der Blockpolitik, als zugunsten der von Barth und seinen Freunden verfochtenen Taktik, war inhaltlich so schwach, daß sie für halbwegs denkende Hörer die schneidende Kritik der Barth, Gerlach, Breitscheid, Gothein, Corell usw. wahrhaftig nicht zu entkräften vermochte. Und was war gleichwohl das Resultat dieses von der Opposition mit ebenso viel Ehren wie von den Repräsentanten des Blockfreisinns mit so viel Unehren bestandenen Rededuells? **Die in der „Freisinnigen Zeitung" gegebene Order der Kopsch, Fischbeck und Wiemer wurde prompt ausgeführt:** Die Barth, Gerlach, Breitscheid und ihre Freunde wurden durch die Abstimmung über die entscheidende Resolution derartig brüskiert und isoliert, daß ihnen nichts übrig blieb, als ihren Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung zu erklären!

Die triftigsten Gründe, die schlagendsten Argumente, der flammendste Appell an die liberalen Prinzipien — alles das nützte nichts! Alle rednerischen Erfolge versagten. Trotzdem sich die Pachnicke, Heckscher und Naumann nur schwächlich verteidigten, stand die übergroße Mehrheit der Delegierten getreu zur Fraktionsgemeinschaft und zum Block. Herr Cohn, der Dessauer Delegierte, hatte recht behalten mit seinen Ausführungen, daß nicht politische Prinzipien, sondern wirtschaftliche Gegensätze den Ausschlag geben, daß also infolge der wirtschaftlichen Gegensätze der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat der Freisinn nicht auf der Seite der emporstrebenden demokratischen Bevölkerungselemente stehen kann, **sondern nur auf der Seite der Unterdrücker des Volkes!**

Herr Dr. Barth übte **an der Blockpolitik und ihren** Früchten vernichtendste Kritik. Er charakterisierte das Vereinsgesetz als durchaus reaktionäres Machwerk. Er berief sich auf einen Verwaltungsbeamten, den Bürgermeister Schücking, der im „Berliner Tageblatt" überzeugend auseinandergesetzt hatte, daß in Preußen alles wie bisher bleiben werde, nur werde man die **fremden Sprachen unterdrücken** und die **Jugendlichen ausschließen.** Er geißelte die Zustimmung zu dem § 7 des Vereinsgesetzes als Verletzung der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit. Aber er begnügte sich nicht mit der Brandmarkung dieses reaktionären Handlangerdienstes des Freisinns, sondern er charakterisierte die ganze Blockpolitik als eine **antidemokratische** Politik. Der Abgeordnete Gothein stimmte ihm lebhaft zu. Auch er erklärte die Zustimmung zum § 7 des Vereinsgesetzes für einen **Verstoß gegen die liberalen Grundprinzipien,** für ein **unzweifelhaftes Ausnahmegesetz.** Wohl sei es möglich gewesen, daß der Freisinn die Reaktion wirklich bekämpfen konnte, wenn das liberale Bürgertum und die Sozialdemokratie sich zusammengeschlossen hätten. Die Blockpolitik bedeute aber den **Anschluß der Liberalen nach rechts, die Unterstützung der Reaktion.** Es sei dringend notwendig, endlich mit der **Blockpolitik ein Ende zu machen. Geschehe das nicht,** so bestehe die Gefahr, **daß der Freisinn sich zum Nationalliberalismus entwickele.** Auch Dr. Breitscheid bezeichnete die Fraktionsgemeinschaft und die Blockpolitik als den **Uebergang zum Nationalliberalismus.** Und Dr. Dohrn bestätigte diese Auffassung: Breitscheid habe recht, wenn aber Dr. Barth aus der Freisinnigen Vereinigung ausscheide, so werde diese Entwickelung zum Nationalliberalismus sich noch schneller vollziehen. Dr. Hohmann bekämpfte die Darlegungen Dr. Cohns. Die von ihm vorgetragenen Ansichten über die Sozialdemokratie, daß sie eine größere Gefahr darstelle, als die Reaktion, seien veraltet. Die Linke des Freisinns habe geglaubt, über solche Vorstellungen hinweg zu sein.

So appellierten die entschiedenen Freisinnigen an den mehr als 400köpfigen Parteitag. Und weder Pachnicke, noch Heckscher, noch Naumann wußten dieser Auffassung etwas entgegenzusetzen. Denn die kindliche Auffassung des Herrn Naumann, daß der Liberalismus erst groß werden müsse, und zwar dadurch groß werden müsse, daß er sich mit der Reaktion vereinige, um dann gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Reaktion um so wirksamer bekämpfen zu können, wurde von v. Gerlach hinlänglich verspottet, der darauf hinwies, daß die **Erziehung zur reaktionären Blockpolitik** doch wahrhaftig **keine Vorschule zum gemeinsamen Vorgehen mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion sein könne.** Naumanns wundersame Taktik sei dasselbe, als wenn man in einen Korb fauler Aepfel ein paar frische Aepfel werfe in dem Wahn, dadurch die faulen Aepfel wieder zu frischen machen zu können! Auch der skandalöse Antrag Dove-Mommsen, der den reaktionären Steueranschlägen auf die Masse bereitwilligst dadurch entgegenkommt, daß die Freisinnigen sich bereit erklären sollen, gegen einige Dutzend Millionen direkter Steuern **diverse Hundert Millionen indirekter Steuern** zu bewilligen, wurde von der Opposition in die Debatte gezogen und gebührend gekennzeichnet. Herr Heckscher dagegen erklärte ostentativ, daß er diesen Antrag Dove-Mommsen begrüße, da er den Beweis liefere, daß auch der Freisinn nun endlich einmal „positiv" mitarbeiten wolle!

Man sieht, die Rechte sowohl wie die Linke der Delegiertenversammlung ließen es an Offenheit des Tones nicht fehlen. Demokratie und Antidemokratie, Freisinn und Pseudoliberalismus standen sich in schroffstem Gegensatz gegenüber. Und die Linke vertrat ihren Standpunkt mit allem Nachdruck, mit aller rednerischen Geschicklichkeit. Die Mehrheit hingegen begnügte sich damit, nur einige Redner vorzuschicken und sich auf die äußerste Defensive zu beschränken. **Und trotz alledem erlitt die Opposition eine glänzende Niederlage!**

Bei der Abstimmung über den Antrag Dr. Herz-Hamburg, der das Bedauern über die Zustimmung der Fraktion zum § 7 des Vereinsgesetzes aussprach, weil darin eine Verletzung der Grundlagen des Liberalismus erblickt werden müsse, offenbarte sich die Scheidung der Geister. Der Rechtsanwalt Dr. Braband-Hamburg hatte noch ein übriges getan und die Resolution Herz dergestalt abgeschwächt, daß zwar die Stellungnahme der Fraktion bedauert, wohl aber der Beweggrund zu dieser Stellungnahme „gewürdigt" wurde. Diesem Kompromiß stemmten sich jedoch die Vertreter der Mehrheit der Reichstagsfraktion, die Pachnicke, Heckscher, Naumann usw. entgegen. Sie erklärten, daß sie in der Annahme dieser Resolution ein Mißtrauensvotum erblicken und die Konsequenzen daraus ziehen würden. Darauf erklärte namens der Minderheit der Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff, daß sie umgekehrt in der Ablehnung dieses Antrages ein Mißtrauensvotum erblicken würden und entschlossen seien, die Konsequenzen zu ziehen.

Trotzdem wurde der Antrag der Minderheit **mit 315 gegen 98 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen abgelehnt!** Der Gruppe Barth, Gerlach, Breitscheid war damit der Stuhl vor die Tür gesetzt worden. Sie zog denn auch die Konsequenzen dadurch, daß 20 Mitglieder von Berlin und einigen süddeutschen Städten ihren Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung erklärten. **20 Delegierte von mehr als 400!** Die Herren Dohrn, Gothein, Potthoff, Corell usw. **blieben der Freisinnigen Vereinigung treu,** trotzdem sie vorher in der Debatte so lebhaft die Befürchtung geäußert hatten, daß **nach einem Ausscheiden der Barth und Gerlach die Freisinnige Vereinigung umso rascher in der Freisinnigen Volkspartei und schließlich im Nationalliberalismus aufgehen würde!** Die Ausgeschiedenen werden damit um eine Erfahrung reicher sein. Sie werden einsehen lernen, wie wenig auf das schönste Pathos und auf die enthusiastischsten Freundschaftserklärungen zu geben ist. **Selbst die Gothein, Corell und Dohrn halten es lieber mit dem Nationalliberalismus als mit der wirklichen Demokratie!**

Vor allen Dingen aber sollte die **Arbeiterschaft** aus diesem Vorgang lernen. Die Herren Barth, Gerlach und Breitscheid sind **keine Sozialdemokraten!** Sie stehen durchaus auf dem Standpunkte des **Kapitalismus,** sie **bekämpfen** die sozialistische Gesellschaftsordnung, weil sie wähnen, daß auch auf dem Boden des Kapitalismus die Forderungen der besitzlosen Klassen befriedigt werden könnten. Sie glaubten durch ihre Bestrebungen nicht den Liberalismus zu bekämpfen und die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sondern im Gegenteil dem Liberalismus neues Leben einflößen und den Sozialismus als irrig nachweisen zu können. Als sie aber eine Probe auf die Ehrlichkeit des Liberalismus zu machen suchten, blieben sie in der **kläglichen Minderheit,** sahen sie sich **der liberalen Gefolgschaft bis auf klägliche Reste beraubt!**

Das sollte den Kreisen der Arbeiterschaft, die bisher das Wesen und die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes noch nicht begriffen haben, doch endlich ein vollgültiger Beweis dafür sein, daß im politischen Kampfe **einzig die wirtschaftlichen Interessen** entscheidend sind!

Die kläglich mißlungene Kraftprobe zwischen den letzten Vertretern eines wirklichen Freisinns und dem Blockfreisinn beweist, daß fürderhin von einem **„Freisinn"** keine Rede mehr sein kann!

Vom Sumpf auf den Höhen.

Von Fürst Philipp Eulenburgs Zusammenbruch schreiben die Blätter, die die Enthüllungen des Münchener Harden-Prozesses würdigen. Sie haben recht. Aber sie sehen nur die eine, minder wichtige Seite der Sache. Die Bombe, die im Münchener Gerichtssaal geplatzt ist, hat mehr zerschmettert als den einstigen Botschafter des Deutschen Reiches und mächtigen Freund des Kaisers. Die preußische Justiz hat eine schwere Wunde davongetragen. Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel mag jetzt im Stillen die Stunde verwünschen, da er in feierlicher Gerichtssitzung für die Integrität des Fürsten Eulenburg eintrat, da er den Justizrat Bernstein wieder und wieder moralisch zu zwingen versuchte, eine Ehrenerklärung für den eigentlichen Angeklagten des Hardenprozesses zu geben. Hätte er damals weniger entschieden die Partei Eulenburgs genommen, so könnte er heute ruhiger auf die Enthüllungen von München schauen.

Aber was der Oberstaatsanwalt damals für Eulenburg tat, das war nicht eine Handlung, die einzig seiner eigenen Initiative entsprang. Das erwuchs vielmehr mit Notwendigkeit aus der Aufgabe heraus, die dem öffentlichen Ankläger in diesem Falle gestellt war, aus dem „öffentlichen Interesse", das ihn nachträglich zur Klage wider Harden bewogen hatte. Dieses Eintreten des Oberstaatsanwalts für Eulenburg ist nur recht zu würdigen, wenn man sich den politischen Charakter des zweiten Hardenprozesses vergegenwärtigt. Wir haben darüber nach dem Abschluß des Prozesses in der Nummer des 4. Januar geschrieben:

„... Eine der Plötzlichkeiten, die unser Staatsleben charakterisieren, fegt die Eulenburg und Moltke aus den Aemtern. Die Aktion Hardens und seiner Hintermänner ist geglückt. Die Gestürzten sehen sich von aller Welt verlassen. Die amtlichen Gewalten weigern dem Grafen Moltke die Mitwirkung bei seinem Vorgehen gegen den erfolgreichen Angreifer. Die Staatsanwaltschaft vermag kein öffentliches Interesse zu entdecken an der Klage eines Mannes, dem — so hieß es jetzt — der Kaiser das Amt abgenommen hat, damit er frei von allen Rücksichten sich reinigen, damit er das Otterngezücht zertreten kann. Dann aber, nachdem der Schöffengerichtsprozeß einen Skandal werden ließ, der nicht nur die gestürzte Kamarilla unheilbar kompromittierte, sondern die monarchische Staatsordnung selbst mit bloßstellte, dann kommt die Erleuchtung von oben, daß die Sache öffentliches Interesse hat.

Harden hatte zu viel bewiesen, zu sehr gesiegt. (Er selbst hat es im Schlußwort der Freitagsverhandlung melancholisch konstatiert.) Die anpassungsfähige regierende Bureaukratie nahm einen schnellen Frontwechsel vor. Bülow hatte vergnüglich zuschauen können, wie jene Leute, die ihm das Ohr des Kaisers streitig machten, die seine Politik störten, ins Verderben gerieten. Er durfte im eigenen Interesse diese Rolle nicht mehr fortsetzen, als das Ansehen der Krone durch die Affäre selbst geschädigt erschien und als die herrschende Junkerklasse in den Enthüllungen des Schöffengerichtsprozesses sich insgesamt getroffen sah. Und so mußte Harden denn als Opfer der Staatsräson fallen.

Mit regem Eifer nimmt sich nun plötzlich die Staatsanwaltschaft der anfänglich im Stich Gelassenen an, stößt den Schöffengerichtsprozeß als völlig bedeutungslos beiseite und kehrt alle Mittel ihres Amtes gegen den Angeklagten. Hinter verschlossenen Türen wird das Hauptstück des Prozesses geführt und zum Schluß die Oeffentlichkeit vor die Erklärung gestellt, daß alles widerlegt ist, was die erste Verhandlung ergeben hatte, daß Eulenburg niemals unverantwortliche Politik gemacht hat, daß eine Kamarilla derer von Liebenberg nur in der Phantasie jener existiert hat, die von ihr sprachen. ..."

Die große Reinigung, die die Staatsraison forderte, erschien aber noch nicht vollendet, solange der Verdacht homosexueller Betätigung auf dem Fürsten Eulenburg haften blieb. Und um so bedenklicher sein Verhalten in den beiden Prozessen war, um so mehr bemühte sich deshalb der öffentliche Ankläger, die Verteidigung des Fürsten zu führen, die Harden und Bernstein durch wiederholte Appelle an ihre Ehre mürbe zu machen für ein Zugeständnis, das als eine Reinigung des Eulenburgers passieren konnte. Schien doch die Situation dafür nach dem Zusammenbruch der Hardenschen Anklage wider Moltke, bei dem wenig würdigen Rückzug, den Harden angetreten hatte, um der Verurteilung zu entgehen, besonders günstig. Aber in diesem einem Punkte blieben Harden und sein Verteidiger fest. Wie heute aller Welt offenbar ist, mit Recht.

Der politische Prozeß ist es, der im Münchener Prozesse gerichtet worden ist. Der politische Prozeß, der nicht verschwinden kann aus der deutschen Justiz, da die Staatsanwaltschaft nicht ein ausschließliches Instrument der Rechtspflege, sondern zugleich ein Werkzeug der Staatsraison ist, ihre Träger als abhängige Beamte den Weisungen der Regierung zu folgen haben.

Von dieser Seite der Sache schreiben die bürgerlichen Blätter nicht. Wohlweislich nicht, denn sie rühren damit an ihre eigene Schande. Sind sie doch — mit wenigen Ausnahmen —, als nach dem Schöffengerichtsprozeß jener plötzliche Frontwechsel der Bureaukratie gegen Harden erfolgte, in gewohnter Charakterlosigkeit mit

umgeschwenkt. Haben sie doch mit vollen Lungen eingestimmt in die allgemeine Hetze wider den Mann, der wenige Monate vorher als Vaterlandsretter gefeiert worden war. Das in den Enthüllungen des Schöffengerichtsprozesses schwer kompromittierte Junkertum, das bloßgestellte System konnte damals wahrlich zufrieden sein mit dieser Presse, die auf Befehl von oben skrupellos verbrannte, was sie angebetet hatte, die auf den Pfiff der Herrschenden sich zur wilden Hetze, zur blöden Vertuschungsaktion diensteifrig drängte, die bewies, daß sie zu allem zu brauchen sei.

All das ist nun vergeblich gewesen. Der verstopfte Schmutzbrunnen ist wieder aufgebrochen, der Nebel, der über dem Sumpf auf den Höhen lagern sollte im angeblichen Interesse des deutschen Volkes, er ist zerrissen und wieder ein neues Stück Morast zeigt sich. Es geht uns nicht um die sexuellen Handlungen des Fürsten Eulenburg. Sie kümmern uns nicht. Er hat nicht, wie die Hohenau und Lynar, unter Mißbrauch der Dienstgewalt Untergebene seinen Gelüsten gefügig gemacht. Das Gold war für ihn der gefällige Kuppler. Ob Fürst Eulenburg strafbare Handlungen begangen hat, läßt sich nach dem, was aus den Verhandlungen des unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Prozesses bekannt geworden ist, nicht mit Bestimmtheit erkennen. Es scheint aber, als ob er die Klippen des § 175 sorgsam zu umschiffen gewußt habe. Denn gegenseitige Onanie unter Männern fällt nach mehreren höchstgerichtlichen Erkenntnissen nicht unter diesen Paragraphen.

Um so sicherer ist dagegen, daß der Fürst zu Eulenburg und Hertefeld die Eidespflicht verletzt hat. Der Meineid liegt offen zu Tage. Er kann nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Herr Isenbiel hat auf Anfragen verschiedener Berliner Blätter versichert, daß er rücksichtslos gegen den Fürsten vorgehen werde, wenn ihm die Akten des Münchener Prozesses zugegangen sind und ihm die Unterlage dazu geben. An dem letzteren kann füglich nicht mehr gezweifelt werden. Wenn die Staatsanwaltschaft auch auf die Berichte der Zeitungen hin nichts unternehmen zu können erklärt, so steht doch fest, daß die Akten des Münchener Prozesses nicht weniger als diese Berichte enthalten werden.

Ueber den Fürsten Eulenburg ist das Urteil gesprochen. Die Herrschenden Deutschlands sind die Leidtragenden dabei. Denn der Verurteilte ist Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein. Und er ist kein Vereinzelter. Der Münchener Prozeß vervollständigt nur das Bild, das die beiden Berliner Prozesse begonnen haben. Das Bild des stinkenden Sumpfes auf den Höhen unserer Gesellschaft, das Bild einer herrschenden Kaste, die in Ueppigkeit und Lüsten verfault, deren Sinne und Intellekt degeneriert sind, die ihre Schwären mit dem Mantel der Heuchelei deckt und die in vermessenem Hochmut sich dennoch als die gute Gesellschaft dünkt, als die Elite der Nation. Die die Zügel des Staates in Händen hält und nach den Kleinkalibrigen und dem Schutzmannssäbel ruft, wenn das arbeitende Volk gleiches Recht im Staate fordert, wenn es sich der Leitung dieser Herrschenden entziehen will.

Während das Proletariat die Waffen zum Wahlkampf, zum Wahlrechtskampf schärft, vermehrt der Münchener Prozeß die Kette der Skandale, die den Niedergang der Herrschenden markieren, um ein weiteres Glied. Und stürzen Skandale auch eine herrschende Klasse nicht, sie zeigen den Kämpfern um gleiches Recht doch, wie die festen Bollwerke, dahinter ihre Gegner fechten, mehr und mehr verfaulen. . . . .

Zentrum und Kurie.

Die ultramontane Presse vermag sich noch immer nicht zu beruhigen über des Reichskanzlers Visite im Vatikan und die daran von der offiziösen Presse geknüpften Betrachtungen über das Verhältnis der römischen Kurie zur Zentrumspartei. Wären die Beziehungen des Zentrums zum Vatikan noch so gute wie unter Leo XIII, so würde sich seine Presse recht wenig darum quälen, wie Blätter von der Qualität der „Nordd. Allgem. Ztg." über die Frage denken: Billigt der heilige Stuhl die Politik des Zentrums? Die leitenden klerikalen Blätter, wie die „Germania" und die „Köln. Volksztg.", würden einfach die Redensarten mit einigen satirischen Spöttereien abfertigen und damit wäre die Sache erledigt. Aber heute hat tatsächlich diese Frage eine einschneidende Bedeutung für das Zentrum. Daß es sich durch seine Stellungnahme zur Dernburgschen Kolonialpolitik um die Gunst der Regierung gebracht hat und nun nicht mehr als Regierungspartei die sogenannten katholischen Interessen, d. h. die Interessen der kirchlichen Hierarchie vertreten kann, wird dem deutschen Zentrum von der römischen wie von der deutschen Kurie um so mehr verdacht, als das Papsttum in Frankreich seine einstige mächtige Stellung mehr und mehr verloren hat. Die materiellen Interessen der Zentrumsanhänger kommen für die Kurie erst in dritter oder vierter Linie in Betracht; für sie sind das Vornehmste und Wichtigste ihre kirchlichen Interessen, und diese findet sie weit besser gewahrt, wenn das Zentrum Regierungspartei spielt und für die Zugeständnisse auf weltlichem Gebiete Vorteile für die katholische Kirche verlangt, als wenn es eine Oppositionsstellung einnimmt. Mag äußerlich auch die Kurie ablehnen, der Zentrumspartei irgend welche Direktiven zu geben, um nicht die schöne Behauptung zu widerlegen, daß das Zentrum keine konfessionelle Partei sei und selbst vom Papst sich nicht in seine Politik hineinreden lasse; hinter den Kulissen werden die Leiter des Zentrums von dem hohen Klerus um so kräftiger bearbeitet, damit es nicht wieder in solche Obstruktionsfehler verfällt, wie vor dem 13. Dezember 1906 und sich auf seine künftige Rolle im konservativ-klerikalen Block vorbereitet.

Selbst die ehrsame „Germania" wagt denn auch nicht zu bestreiten, daß man in Rom mit der heutigen Oppositionsstellung des deutschen Zentrums unzufrieden ist.

„Daß man im Vatikan wünscht," schreibt sie, „die Stellung des Zentrums zur Regierung möchte anders sein, und daß man glaubt, den katholischen Interessen sei mit einer anderen Stellung besser gedient, ist ja nicht unwahrscheinlich. Nur ist zu beachten, daß nicht das Zentrum diese Stellung gewollt und herbeigeführt, sondern daß Fürst Bülow den Streit vom Zaun gebrochen und ihm den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Er hat es „ausgeschaltet" und tut alles, um es mit dem Block zu regieren. Es war ihm lästig, mit dem Zentrum zu arbeiten, und deshalb hat er mit ihm gebrochen; nicht aber ist das Zentrum in die Oppositionsstellung gegangen. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg." sagt — und wohl auch Fürst Bülow im Vatikan gesagt hat —, die gegenwärtige Stellung des Zentrums sei durch katholische Interessen jedenfalls nicht geboten und ebensowenig zu erklären, so heißt das doch die Dinge auf den Kopf stellen. Wann hätte denn das Zentrum so etwas behauptet? Die Stellung des Zentrums erklärt sich, wie gesagt, ganz einfach daraus, daß Fürst Bülow ihm plötzlich einen Fußtritt versetzt hat, niemals ist es aber dem Zentrum eingefallen zu behaupten, es müsse wegen der kirchlichen Interessen in die „Opposition" treten. Soweit von diesen überhaupt die Rede gewesen ist, ist immer nur gesagt worden: Fürst Bülow hat das ganze Kulturkämpfertum jetzt auf seiner Seite; alle Katholikenfeinde jubeln ihm zu, weil er dem Zentrum den Krieg erklärt hat, er hat die Blockmehrheit nur erlangt, weil die Katholikenfeinde sich einigten und man von ihm erwartet, daß er eine den katholischen Interessen unfreundliche Politik treiben werde. An diesen Tatsachen ändert es nichts, daß Fürst Bülow persönlich nicht zur Kulturkämpferei neigt und auch den Vatikan von seinem ehrlichen Willen, Parität walten zu lassen, überzeugt haben mag."

Sonst liebt es die Zentrumspresse, sich aufs hohe Pferd zu setzen und zu behaupten, die Zentrumspartei fühle sich in ihrer jetzigen Lage außerordentlich wohl; hier wird mit journalistischer Ungeschicklichkeit offen zugegeben, daß man erstens im Vatikan mit der jetzigen Stellung des Zentrums ganz unzufrieden ist, zweitens, daß das Zentrum diese Stellung nicht gewollt hat und wider seinen Willen in sie hineingeraten ist, und drittens, daß diese seine gegenwärtige Stellung „durch das katholische Interesse jedenfalls nicht geboten" ist, das heißt, in gewöhnliches Deutsch übersetzt, nicht dem katholischen Kircheninteresse entspricht. Böte sich die Aussicht, die frühere Stellung heute oder morgen zurückzuerlangen, das Zentrum würde keinen Moment zögern und sich befleißigen, nie wieder in Obstruktionsfehler zu verfallen, die zu einer Reichstagsauflösung führen könnten.

Campbell-Bannerman.

Aus London kommt die Nachricht, daß Campbell-Bannerman Mittwoch vormittag gestorben ist, zwei Wochen nach seinem durch die Krankheit erzwungenen Rücktritt vom Ministerium. Wir haben das Wirken dieses demokratischen Staatsmannes erst vor kurzem ausführlich dargestellt. Campbell-Bannerman war ein hervorragender Typus jener englischen Politiker, für die die Demokratie noch eine Weltanschauung bedeutete. Er empfing die Eindrücke, die sein politisches Denken bestimmten, zu einer Zeit, da der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse überbrückbar schien und tatsächlich auch eine Zeitlang überbrückt wurde durch das Programm demokratischer Politik, freier und ungehinderter Entfaltung der Arbeiterorganisationen und energischer staatlicher Sozialreform. Campbell-Bannerman war ein bedeutender Vertreter dieser Politik, deren Idealen, die stets kühner und höher waren als die des kontinentalen Liberalismus, er immer und in den schwierigsten Krisen seiner Partei treu geblieben ist. Und stets blieb in ihm jenes alte Humanitätsideal lebendig, das einst unsere klassischen Dichter und Denker verherrlicht hatten und das das deutsche Bürgertum von heute frech verspottet oder — noch schlimmer — zu seinen Festreden mißbraucht. In Bannerman wie in vielen der alten englischen Radikalen aber war es lebendig, und wirksames Motiv ihres Handelns. So war Bannerman ein überzeugter Verfechter der Abrüstungsidee und nicht seine Schuld war es, wenn seine Idee auf der Haager Friedenskonferenz zu einer lächerlichen Farce wurde. Aber gerade dies zeigt zugleich die Grenzen einer Politik, die illusionär werden muß, weil für sie die politische Demokratie eine Lösung des Klassenkampfes scheint, während sie nur die höchste Form für die Klassenkämpfe unserer Zeit bedeutet. Campbell-Bannerman selbst erlebte noch die große Tatsache der inneren englischen Entwicklung der neuesten Zeit: das Entstehen und den raschen Aufstieg der unabhängigen Arbeiterpartei, die Loslösung der Arbeiter auch vom englischen, dem energischesten und lebenskräftigsten Zweig des Liberalismus. Und wenn der Gegensatz zwischen der Arbeiter- und der liberalen Partei auch noch parlamentarisch bisweilen gemildert werden konnte, so erschien das als Verdienst der Person mehr als des politischen Prinzips, das Campbell-Bannerman verkörperte, und sein Tod setzt diesem Wirken das Ende. Leise und allmählich — nach Art der englischen Entwicklung — aber doch unverkennbar löst sich der Bund der bürgerlichen Demokratie und der Arbeiter auch in England. Die Erben Campbell-Bannermans können nicht mehr seine Testamentsvollstrecker sein.

Aus dem Wahlkampf.

Wozu die Junker die freisinnigen Blockhörigen gebrauchen!

Auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung in Frankfurt a. M. waren sich alle Vertreter eines wirklichen Liberalismus darin einig, daß die Konservativen und ihr Handlanger, der Fürst Bülow, den Block nur dazu benutze, um die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterklasse zu bekämpfen. Der Block sei nichts als eine andere Form des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wie richtig das ist, beweist folgende Auslassung der „Kreuz-Ztg.":

„Die Arbeiterpolitik ist es zumeist, die das Zentrum immer weiter von den Konservativen im Reichstage entfernt. Und ebensoweit wie die Konservativen sich in diesen Fragen vom Zentrum fern halten, würden sie sich von den Freisinnigen fernhalten, wenn diese eines Tages den Herrn Naumann, v. Gerlach usw. die Führung in sozialpolitischen Dingen überträgen. Man wirft uns Sozialistenfurcht vor, weil wir offen und laut die sozialistische Stellung zum Schiboleth machen. Aber uns leitet nicht die Furcht, sondern die Pflicht, das Reich vor inneren Erschütterungen zu bewahren, die seinen politischen und wirtschaftlichen Ruin, vielleicht sogar blutige Revolutionen zur Folge haben würden. In diesem Bestreben stehen uns die Freunde der „Vossischen Zeitung" und der „Freisinnigen Zeitung" jetzt näher als das Zentrum, und darin wolle denn auch die „Vossische Ztg." die einfache Erklärung dafür suchen, daß die Konservativen ein wichtiges Staatsinteresse in der Beteiligung des Freisinns an der Gesetzgebung erblicken. . . . Sollte aber auch im Block eines Tages die Rücksicht auf die Stimmen der Arbeitermassen den Ausschlag geben, dann würden die Konservativen ihm den Rücken kehren müssen."

Und wie beantwortet der Freisinn diese Herabwürdigung des Freisinns zu einem junkerlich-scharfmacherischen Werkzeug gegen die Arbeiterklasse? Etwa dadurch, daß er die Attentate gegen das Koalitionsrecht, die er durch Bewilligung des Sprachen- und des Jugendlichen-Paragraphen des Reichsvereinsgesetzes unterstützt hat, durch künftige doppelte Rücksicht auf die Interessen der nichtbesitzenden Klasse wieder gut zu machen sucht?! Im Gegenteil! Gerade dadurch, daß er, wie der Antrag Dove-Mommsen auf dem Parteitage der Freisinnigen Vereinigung beweist, die weitgehendste Geneigtheit bekundet, dem mit neuen Knebel- und Ausnahmegesetzen beglückten Proletariate auch noch neue indirekte Steuern in Höhe von Hunderten von Millionen aufzubürden!

Je unverschämtere Zumutungen die Konservativen dem „Freisinn" stellen, desto schmiegsamer wird der Freisinn! —

Liberale Oster-Gedanken.

Die „Posener Zeitung", ein „liberales" Blatt, begeistert sich für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in einem Oster-Artikel folgendermaßen:

„Ein Teil der Liberalen fordert für Preußen das Reichstagswahlrecht, weil es allein gerecht sei. Er beharrt so fest auf seinem Standpunkt, daß es schwer wird, ihn zu bekehren. Aber der Versuch hierzu sei doch gemacht. Ist nicht das Wahlrecht viel mehr eine Zweckmäßigkeits- denn eine juristische Frage? Was heißt gerecht? Wollte man die sogen. Gerechtigkeit konsequent durchführen, wollte man alles „gerecht" verteilen, so würde man bald die Versumpfung der Menschheit bis zur geistigen Anarchie erleben. Dann würde bald nach sozialdemokratischem Rezept die Herrschaft der unfähigen Massen über alle Individualität, die Herrschaft der Plattheit über die Begabung eintreten. Davor bewahre uns der Himmel! Beim Wahlrecht kann es sich nur um die Frage handeln: ist es dem Vaterlande am dienlichsten. Hat man ein diese Frage befriedigend beantwortendes Wahlrecht gefunden, so ist es das jeweils beste. Freilich ist's ein schönes Ideal, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht zugleich das beste, das dem Lande dienlichste ist. Jeder liberale Mann wird es in seinem Herzen tragen müssen. Aber leider ist Preußen für dieses Ideal noch nicht reif. Man verweise in Bestreitung dessen nicht auf das Reichstagswahlrecht. Es ist allgemein und gleich, das ist richtig. Und doch kann es unmöglich als „gerecht" bezeichnet werden."

Das Blatt, das so schreibt, galt seinerzeit als Sprachrohr Eugen Richterschen Freisinns!

Aber das Blatt will doch wenigstens „liberal" sein. Und selbst die Nationalliberalen, die äußerste Rechte des Liberalismus, haben doch am 10. Januar 1908 im preußischen Abgeordnetenhause wenigstens den Antrag auf gleichmäßige Neueinteilung der Wahlkreise eingebracht. Aber selbst diese Forderung gibt das „liberale" Posener Blatt preis, indem es schreibt:

„Hätten wir „gerecht" eingeteilte Wahlkreise, so hätten wir ein Ueberwiegen der Sozialdemokratie, daß die Revolution und damit der Untergang unseres Reiches unausbleiblich wären; oder aber die deutsche Kultur würde zwischen der schwarzen und der roten Internationale zermalmt werden. Nein, mit dem Reichstagswahlrecht komme man uns nicht! Es ist nur scheinbar gut, weil es in der Wahlkreiseinteilung ein Gegengewicht gegen seine Mängel besitzt."

So sieht der Liberalismus in der Provinz aus! Er kann sich neben dem von der „Freis. Ztg." und der „Voss. Ztg." verzapften mit Ehren sehen lassen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April 1908.

Eselsfußtritte.

Der aus der Freisinnigen Vereinigung ausgeschiedenen Minderheit verabfolgt die „Freis. Ztg.", das kommandierende Organ der Frakionsgemeinschaft der drei freisinnigen Parteien, folgende Eselsfußtritte:

„Es ist darum auch eine schiefe Darstellung, nach dem Austritt der Barth-Gruppe von einer „Spaltung" zu sprechen. Vielmehr handelt es sich nur um Absplitterung eines kleinen Teiles, hauptsächlich von „Offizieren", die so gut wie gar keine Truppen hinter sich haben. Schon aus diesem Grunde wäre es durchaus deplaziert, etwa zu behaupten, daß der entschiedene Liberalismus durch die Sezession auch nur numerisch eine Schwächung erhalten hätte. . .

Aber auch abgesehen davon wird man den Austritt der Barth-Gruppe im Interesse des entschiedenen Liberalismus um so freudiger begrüßen dürfen, als dadurch endlich einigermaßen klare Verhältnisse geschaffen sind und dem inneren Zerwürfnis, das die Werbekraft einer Partei unter allen Umständen schwer schädigen muß, ein Ziel gesetzt ist — wir wollen das wenigstens hoffen trotz der Aeußerung eines Barthianers auf dem Parteitage, daß, wenn auch Barth ginge, die Barthsche Richtung in der Freisinnigen Vereinigung bleiben werde. Außerhalb des freisinnigen Parteiverbandes hat das Demagogentum gar keinen Einfluß.

Was die Barth-Gruppe jetzt tun wird, darf man mit Ruhe abwarten. Ihre Organe bestreiten, daß die Bildung einer neuen Partei geplant sei. Abg. D. Naumann hat ja unlängst noch auf Grund eigener Erfahrung auseinandergesetzt, daß zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie keine neue Partei mehr bestehen kann. Aber nachdem die Desperados bereits so viel Torheiten begangen haben, ist ihnen schon zuzutrauen, daß es ihnen auf eine weitere nicht ankommen wird. Indessen, das soll nicht unsere Sorge sein. Für uns muß es vorläufig genügen, daß die Demagogen durch ihren Austritt für den entschiedenen Liberalismus nahezu unschädlich gemacht sind." . . .

Die „Freis. Ztg." nimmt also an, daß der Hinauswurf der Handvoll ehrlich liberaler „Offiziere" aus dem Freisinn der Partei nicht das geringste schaden wird! Das führende Freisinns-Organ hält also die freisinnigen Arbeiter für so stumpfsinnig, daß sie auch diesen „Tritt vor den Bauch" ohne Mucksen ertragen werden!

Wir als unparteiische Dritte wollen die Antwort den Hirsch-Dunckerschen Arbeitern selbst überlassen!

Halbe Wahrheiten.

In der Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer sprach Professor Adolf Wagner über eine staatliche Wertzuwachssteuer.

Die Berechtigung der Wertzuwachssteuer werde immer weniger bestritten. Der Wertzuwachs sei auf die menschliche Tätigkeit zurückzuführen, aber hier arbeiten die einen und die anderen ernten. Diese Erscheinung sei nirgends in dieser ausgeprägten Form zu finden wie beim Grund und Boden. In der letzten Zeit habe sich Deutschland außerordentlich entwickelt, zugleich aber auch der Wertzuwachs und die Spekulation auf die wahrscheinliche Wertsteigerung. Wo bei dieser Spekulation etwas riskiert wird, ist die Arbeit dafür sehr klein, die Gewinne aber sind unverhältnismäßig groß, und zwar auf Kosten der späteren Generation. Die feudalen Lasten waren gering gegen diese Lasten, die den künftigen Mietergenerationen auferlegt werden. Namentlich im Mittelpunkt der Städte seien die Fälle am häufigsten, wo eine ganz kolossale, unverdiente Wertsteigerung vorhanden ist. Besonders sollte man in Süddeutschland den Gemeinden das Recht geben, diese Wertzuwachssteuer zu erheben. In Preußen rate ja die Regierung bereits zu dieser Steuer. Eine werbende enthusiastische Agitation müsse sich dieser Forderung annehmen, die Theoretiker allein können sie nicht durchsetzen. In Finanz- und Steuerfragen sei Deutschland geradezu ein knickeriges Volk. Jede geplante Reichssteuer finde eine Majorität von Gegnern, aber keine eine Majorität von Freunden. (Heiterkeit.) Man werde auch die Biersteuer, die Branntweinsteuer und die Tabaksteuer kaum umgehen können. Aber diese Steuern auf die Massenkonsumartikel belasten nach unten mehr als nach oben. Darin hat die Sozialdemokratie trotz aller Uebertreibungen recht. Darum gehören auch die direkten Steuern wie die Erbschaftssteuer auf direkte Deszendenten dazu. Aber dann heißt es, das sei eine Verletzung der heiligsten Gefühle. (Heiterkeit.) Wann hätte irgend eine Steuer aber noch keine heiligsten Gefühle verletzt? (Große Heiterkeit.) Es ist nötig, den Gedanken an unverdienten Wertzuwachs bei allen Steuer-

problemen besonders zu beachten. Zuerst käme die staatliche Wertzuwachssteuer als Reichssteuer in Frage. Der Betrag wäre unter das Reich, Staaten und Gemeinden zur Verteilung zu bringen. Die Bismarcksche Finanzpolitik hatte den Fehler, die indirekten Steuern zu einheitlich auszubauen. Mit der Erbschaftssteuer auf die Nebenlinien haben wir den Anfang mit den direkten Reichssteuern gemacht.

Die Finanzlage des Reiches sei kläglich. Deswegen brauchen wir die Wertzuwachssteuer auch für das Reich.

Den Grund und Boden zum Spekulationsgegenstand zu machen, sei bedenklich. Man müsse dazu kommen, solche Geschäfte für unfair zu halten. Man könne es den kleinen und armen Leuten nicht übel nehmen, wenn sie durch solche Tatsachen, wie die Spekulationen mit Grund und Boden, aufgeregt und aufgereizt werden. Das Ergebnis seiner Ausführungen sei: Die Frage der Wertzuwachssteuer für Gemeinden ist theoretisch und praktisch nicht mehr zu bestreiten. Wo die Gesetzgebung sie noch nicht zuläßt, ist sie rückständig. Die Ausdehnung der Steuer auf Land und Reich mag noch nicht spruchreif sein, aber diskutabel ist sie auch.

Der Vortrag zeigt deutlich alle Schwächen und Stärken des letzten Vertreters der „konservativen Sozialreform". Wagner sieht sehr deutlich die Ungerechtigkeit der indirekten Steuer, aber das hindert ihn nicht, sie als „kaum zu umgehen" zu betrachten. Denn sonst wäre er ja nicht konservativ. Er erkennt sehr richtig die Unerträglichkeit des Bodenwuchers in den Städten, er verurteilt den Sündenlohn, die die Spekulanten erzielen, indem sie den Arbeitern den zum Leben notwendigen Luftraum fortgesetzt verteuern; aber Wagner ist konservativ und daher ein begeisterter Anhänger des unverdienten Wertzuwachses gewesen, den die Wucherzölle unseren Agrariern gebracht haben. Aber Wagner weiß, daß die Arbeiter weniger konservativ sind als er und da er das doch wieder fürchtet, so ist er ein Gegner des gleichen Wahlrechts. Und so mordet sein Konservatismus beständig seine Sozialreform und seine Politik bleibt mit jener Unfruchtbarkeit geschlagen, die der Fluch jeder Halbheit ist.

Der Großvezier des Reichslandes.

Staatssekretär v. Köller hat wieder eine seiner bekannten Verfügungen erlassen, diesmal an die Lehrer des Reichslandes, die es gewagt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die konfessionelle oder die Simultanschule vorzuziehen ist: eine Frage, die nach Herrn v. Köllers Ansicht schon deshalb die Lehrer nichts angeht, weil sie durch die „gesetzgebenden Faktoren" entschieden wird.

Der Köllersche Erlaß hat folgenden kuriosen Inhalt:

„Dem einzelnen Lehrer ist einerseits die Freiheit der Meinungsäußerung über Schulangelegenheiten, soweit ihm nicht die Pflicht der Amtsverschwiegenheit obliegt, nicht zu verkümmern. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Meinungsäußerung mündlich oder schriftlich, ob sie in der Presse oder innerhalb eines Fachvereins erfolgt, sofern sie überhaupt in einer formell nicht zu beanstandenden Weise erfolgt. Dagegen ist es andererseits nicht zu dulden, daß ein Lehrer durch agitatorische Behandlung der Schulfragen das Vertrauen der Gemeinde zu der Tätigkeit der Schule stört. In solchem Falle hat er das Einschreiten der Schulbehörde zu gewärtigen. Die vorstehenden Sätze beziehen sich selbstverständlich auch auf die in letzter Zeit oft gehörten Erörterungen, ob die konfessionelle oder die Simultanschule den Vorzug verdiene. Ich bemerke dabei, daß die Erörterungen nach der Lage der Dinge für den Bereich von Elsaß-Lothringen zurzeit lediglich theoretische Bedeutung haben, und daß diese Frage, wenn sie künftig einmal für eine Neueinrichtung des Schulwesens zur Behandlung gestellt werden sollte, nicht durch Fachvereine und Fachzeitschriften, sondern durch die gesetzgebenden Faktoren entschieden werden wird. Die Lehrerschaft wird daher wohltun, sich nicht in Diskussionen zu verlieren, denen eine praktische Bedeutung nicht innewohnt und besser darauf Bedacht nehmen, wie sie als Ganzes und wie jeder einzelne Lehrer die berufliche Weiterbildung so fördert, daß er möglichst gut dem geistigen und sittlichen Wohl der ihm anvertrauten Jugend dient."

Konservative und Zentrum.

Die liberale Presse hat, als bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes und des Börsenkompromisses Zentrum und Konservative aufeinander platzten, der Welt mit boshafter Schadenfreude verkündet, daß nun die alte Liebäugelei zwischen der Zentrums- und der konservativen Partei beendet sei und diese gegenseitige Verstimmung bei den bevorstehenden Landtagswahlen sicherlich eine Rolle spielen werde. Tatsächlich läßt sich nicht leugnen, daß in den letzten Wochen das Verhältnis zwischen Konservativen und Zentrum sich verschlechtert hat. Aber wird dieses Schmollen anhalten? Beide Parteien fühlen sich in ihrer Vorliebe für mittelalterliche politische Institutionen wie in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten nahe verwandt, und die konservativen Politiker sind nicht so einfältig, um nicht zu erkennen, daß der 13. Dezember 1906, wenn auch heute die Zentrumspresse radikale Töne anschlägt, nicht eine Stärkung des linken, demokratisch schillernden Flügels der Zentrumspartei zur Folge gehabt hat, sondern eine Stärkung des Einflusses der hohen Klerisei. In der abgelaufenen Zeit von 1879 bis 1906, in der Zentrum und Konservative zusammenarbeiteten, hat es keineswegs an Anlässen zum Bruch gefehlt, so z. B., als der Kartellreichstag kam und als 1893 das Zentrum bei der Militärvorlage nicht mittun wollte; aber die innere Seelenverwandtschaft zog immer wieder beide Parteien zu einander hin.

Auch die jetzige Verstimmung wird nicht lange vorhalten; erklärt doch die konservative Presse, voran die „Kreuz-Ztg.", ganz offen, daß dort, wo bei den Landtagswahlen Freisinns- und Zentrumskandidaten in die Stichwahl kommen würden, die Konservativen nicht für ihren Blockbruder, den Freisinn, sondern für den Zentrumsmann eintreten würden, da wenigstens die Zentrumsleute aus dem Osten in Wirklichkeit nichts anderes als durch den Kulturkampf abgesprengte Konservative seien. So heißt es z. B. wörtlich in der Osternummer der „Kreuz-Ztg.":

„Konservative und Freisinnige betrachten einander nicht als bündnisfähig. Bei den Reichstagswahlen sind die konservativen Wähler überall für die freisinnigen Kandidaten in der Stichwahl gegen die sozialdemokratischen eingetreten. Sie werden bei den Landtagswahlen überall da, wo nur Freisinn und Sozialdemokratie um das Mandat kämpfen, geschlossen für den ersteren eintreten, erwarten aber keine Gegendienste und müssen täglich hören, daß der Freisinn dazu auch nie bereit wäre. Weiter aber geht das Interesse der Konservativen an dem Schicksal des Freisinns nicht. Wo ein freisinniger Kandidat und ein demokratischer Zentrumskandidat um den Sieg ringen, dürften nur wenige Konservative ihr Wahlrecht ausüben; einem konservativen Zentrumskandidaten aber werden sie wie bisher vor dem freisinnigen Kandidaten den Vorzug geben, und wo von altersher ein Wahlbündnis zwischen den Konservativen und dem Zentrum besteht, ist es auch für die Landtagswahlen erneuert worden, oder es wird erneuert werden. Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses steht eben noch nicht so unter dem Banne einer demokratischen Mehrheit wie die Zentrumsfraktion des Reichstages; manches ihrer Mitglieder aus dem Osten der Monarchie würde sich zu den Konservativen halten, wenn nicht durch den Kulturkampf die kirchliche Spaltung in die Politik eingeführt worden wäre; auch nimmt im Abgeordnetenhause das Zentrum nicht dieselbe Oppositionsstellung zur Regierung ein wie im Reichstage." —

Der „Reichsbote" und die Feuerbestattung.

Kürzlich lief durch die Presse die Meldung, daß die preußische Regierung endlich bereit sei, die fakultative Feuerbestattung in Preußen einzuführen. Das hat die konservativen und ultramontanen Blätter arg verschnupft. In den wehleidigsten Tönen klagen sie über Untergrabung des religiösen Sinns. Am albernsten benimmt sich dabei natürlich der „Reichsbote", das Blatt der orthodox-protestantischen Pastoren und anderer „Einfältigen im Geiste". Es leistet sich folgende für seine eigene Stupidität wie für die Verstandeskraft seiner Leserschaft gleichermaßen charakteristische Albernheit:

„Der biedere Deutsche, der täglich seine liberale Zeitung liest, glaubt auch die absurdeste Torheit, wenn sie ihm nur mit einigen wissenschaftlichen Phrasen dargeboten wird; wie er glaubt, daß der Mensch vom Affen abstammt, obgleich es aller naturwissenschaftlichen Erfahrung widerspricht, so glaubt er auch, daß die Leichenverbrennung ein Kulturfortschritt sei, obgleich schon vor Jahrtausenden in vielen heidnischen Ländern auf Feuerherden und Scheiterhaufen die Ueberreste verbrannter Leichen herumlagen und in Indien noch jetzt zum Ekel aller anständigen Menschen herumliegen. Aber bei uns will man ja die Leichen nicht auf Scheiterhaufen verbrennen, sondern in künstlich erbauten Krematorien. Diese sind aber sehr teure Luxusbauten und die Verbrennung veranlaßt große Kosten. Wenn nun die ärmeren Klassen der sozialdemokratischen Fabrikarbeiter auch diesen Fortschritt mitmachen und ihre Leichen wollen verbrennen lassen, so werden sie von kostbaren Krematorien Abstand nehmen und die Feuerstätten einfacher und die Verbrennung billiger machen — und wer will ihnen das wehren, wenn die Leichenverbrennung erst eingeführt ist? So können wir auch in Deutschland erleben, daß, wie in Indien, die halbverbrannten menschlichen Fleisch- und Knochenreste auf der Gasse herumliegen und von den Hunden angenagt werden. Aber was tut's, die Leichenverbrennung ist ja modernster Fortschritt, und wehe dem, der sie nicht als solchen lobt."

Wir finden ganz begreiflich, daß das ehrsame Pastorenblatt sich gegen den Gedanken wehrt, der Mensch stamme vom Affen ab; denn gerade sein Geschreibsel legt den Gedanken sehr nahe, daß die Ahnen gewisser Redakteure zu den Schimpansen oder Pavianen gehört haben müssen.

Eine Begutachtung des preußischen Liberalismus.

Der badische Jungliberalismus, ein enttäuschter, irrlichternder Jüngling, wirft anläßlich der bevorstehenden Tagung seines Vertreterverbands (am 10. Mai in Konstanz) die Frage auf: Sein oder Nichtsein? Sein Lebenslauf soll nämlich durch die Einverleibung in den Reichsverband der Jungliberalität etwas verlängert werden. Ein halbes Dutzend der badischen jungliberalen Vereine erblickt aber gerade darin eine Beschleunigung des befürchteten Unterganges. Deshalb protestieren in einem Artikel „Der badische Jungliberalismus am Scheidewege" die Oppositionellen gegen die Bestrebungen des badischen Verbandsvorsitzenden, der im Interesse der Stärkung des norddeutschen Liberalismus den Anschluß lebhaft — zuletzt in einem Rundschreiben — befürwortet. Darauf antwortet der Artikel der jungliberalen Opponenten („Badische Nachrichten" vom 18. April) also:

„Wir sind wohl alle Freunde der liberalen Einigung; aber mit Leuten, die sich nicht für die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen begeistern können, gehen wir doch nicht unter eine Haube, denn mit Recht müssen wir eine Mundtotmachung der entschieden liberalen badischen Elemente durch die konservativfreundlichen norddeutschen Brüder befürchten. Darüber täuschen uns keine schönen Worte hinweg. Deshalb nochmals: Hände weg vom Reichsverband!"

Es wird jedoch den badischen Jungburschen nichts nützen, so sehr sie widerstreben. In Konstanz, wo einstens die Ketzer verbrannt wurden, geht die Fronde zu Ende. —

Selig sind die Großmäuligen!

In Köln fand am Ostermontag eine große Versammlung des Kartellverbandes der katholischen Vereine statt. Als Redner traten Reichstagsabgeordneter Bitter aus Kiel, Kaufmann Nikola Racke aus Mainz und Geheimer Justizrat Roeren (Köln) auf. Herr Bitter redete über die Presse, Herr Racke über alles und sonst noch was. Herr Racke ist einer der bekanntesten klerikalen Versammlungsredner, und es wird wohl kaum eine katholische Stadt geben, in der er nicht schon wiederholt aufgetreten ist. Sein Steckenpferd sind Kulturkampferinnerungen. Diesmal befaßte er sich u. a. auch mit dem Ausspruche eines protestantischen Eiferers: dem Protestantismus verdanke die Welt fast jeden Fortschritt auf allen Kulturgebieten. Herr Racke verfiel in das andere Extrem und nahm eine Aufzählung der „großen katholischen" Rhetoren, Philosophen, Architekten, Maler, Komponisten, Forscher usw. vor. Allzuviele ließ Herr Racke für die anderen Bekenntnisse nicht übrig. Er rief dem Protestanten als Antwort auf dessen Behauptung zu: „Fort aus unseren Galerien mit den Künstlern wie Lionardo da Vinci, Michel Angelo, Murillo, Velasquez, Rubens usw! Was habt ihr unter der Kulturmenschheit zu suchen, ihr zurückgebliebenen Katholiken wie Kolumbus und Gutenberg, ihr Astronomen, Physiker und Chemiker, Naturforscher und Aerzte: Kopernikus, Galilei, Volta, Ampère, Pasteur, Dumas, Fraunhofer! Laßt eure Leier verstummen ihr Mozart, Haydn, Palästrina, Orlando di Lasso, Liszt, Chopin, Verdi! . . ."

Herr Nikola Racke aus Mainz versteht es in der Tat, Gewährsmänner für die unerreichbare Qualität des klerikalen Systems aus dem Boden zu stampfen. Er versucht seinen geduldigen Zuhörern den Glauben beizubringen, daß die Männer seiner glänzenden Namenreihe nicht nur jeder katholisch getauft, also lediglich durch den Zufall der Geburt „Katholik" geworden sind, sondern als ob man es in ihnen mit unentwegten Bekennern des klerikalen Dogmenschatzes, der ultramontanen Weltanschauung zu tun habe.

Der Zentrumsabgeordnete Eduard Fuchs aus Köln pflegt in seinen Reden stets Arm in Arm mit seinem Herrgott die Gegner in die Schranken zu fordern; Herr Nikola Racke aus Mainz beschlagnahmt gleich eine Vielheit irdischer Berühmtheiten für das Zentrumschristentum. Er erhielt dafür, wie die Zentrumspresse berichtet, „stürmischen, langanhaltenden Beifall". Daß die von Herrn Racke zitierten großen Männer sich zu neun Zehnteln entschieden dafür bedanken würden, in eine Volksversammlung geschleift zu werden als Gewährsleute eines schönheits-, wissenschafts- und kulturfeindlichen Dunkelmännertums, stört ja den Anhang des Zentrums nicht weiter. Rubens und Michel Angelo würden von Herrn Roeren, dem Leiter der Versammlung, wenn er die Macht hätte, lieber heute als morgen auf den Scheiterhaufen geschleppt; Galilei wurde von den Vorläufern der Herren Racke, Roeren und Genossen auf die Folterbank gebunden; Kopernikus entging dem nämlichen Geschick dadurch, daß er zeitig genug gestorben ist. Die weltumstürzenden Entdeckungen dieser beiden Geister hat die Kirche Jahrhunderte hindurch mit wildem Fanatismus verfolgt. Mozart war bekanntlich Freimaurer. Wie viele von all den übrigen Männern, deren Namen Herr Racke mißbraucht hat, sich am Ostermontag im Grabe umgedreht haben, läßt sich leider nicht feststellen.

Charakteristisch ist die Tatsache, daß die „Kölnische Volkszeitung" die Rede des Reichstagsabgeordneten Bitter ganz bringt, während sie die Rackesche Rede mit einem kurzen Auszug abtut. Der im nämlichen Verlage (Bachem) wie die „Kölnische Volkszeitung" erscheinende „Kölner Lokal-Anzeiger" aber widmet der Suada Rackes etliche Spalten. Die „Volkszeitung" hat ihre Leser in den Kreisen der Besitzenden und Gebildeten; der „Lokal-Anzeiger" ist für das brave katholische Volk!

Portugal.

Eine Verschwörung.

Der infame Wahlterrorismus der Regierung scheint seine Früchte zu tragen. Wie dem Londoner „Globe" aus Lissabon gemeldet wird, scheinen sich die von verschiedenen Blättern gebrachten Gerüchte über die Entdeckung einer Verschwörung gegen König Manuel zu bestätigen. Das Komplott sollte bei der Eröffnung des Parlaments zur Ausführung kommen, der der König beiwohnen wird. Infolge dieser Entdeckung werden ungeheure Massenverhaftungen vorgenommen. Aus allen Teilen der Provinz treffen Truppen ein. Am Tage der Parlamentseröffnung wird der Weg vom königlichen Palast zur Kammer von einem dreifachen Truppenkordon besetzt und der königliche Wagen von einer starken Kavallerieabteilung eskortiert werden.

Rußland.

Der Ausnahmezustand.

Petersburg, 21. April. Die Frist des verstärkten Schutzes ist für die Gouvernements Tambow, Orel und Bessarabien sowie für die Städte Brjansk, Kischinew und Ackerman, die Frist des außerordentlichen Schutzes für Jalta und den Jaltabezirk bis zum 19. bezw. 21. April 1909 verlängert worden, für das Gouvernement Taurien bis zum 8. Oktober 1909. Ueber die Stadt Dwinsk wurde an Stelle des Kriegszustandes der außerordentliche Schutz auf weitere sechs Monate verhängt.

Persien.

Die Vorgänge an der Grenze.

Urmia, 21. April. In Tergewar wird jetzt eine Verschiebung der türkischen Truppen vorgenommen. An drei wichtigen Punkten sind Feldwachendetachements und Wachtposten aufgestellt worden, um jegliche Verbindung zwischen Urmia und den umstrittenen Bezirken an der Grenze zu verhindern. Die türkischen Truppen rücken vor und haben das Dorf Kapygasan eingenommen. An fünfzehn Stellen außerhalb der Stadt ist die Telegraphenlinie dreimal durch Kurden unterbrochen worden; beim letzten Male haben sie eine große Anzahl von Telegraphenpfosten weggeschafft.

Indien.

Wieder eine „Strafexpedition".

Peschawar, 21. April. Eine Streitmacht von 1200 Mann verließ heute Peschawar, um gegen einen Stamm im Mohmandgebiet, der kürzlich sehr unruhig gewesen war, einen Zug zu unternehmen. In der vergangenen Nacht schossen Leute dieses Stammes auf einen englischen Posten und töteten zwei Mann.

Amerika.

Verdächtige Freundschaft.

New York, den 10. April. (Eig. Ber.) Schon die bloße Drohung der Arbeiter, für die ihnen von den Gerichten versetzten Prügel bei der Präsidentschaftswahl im Herbst Vergeltung zu üben, hat die Republikaner und Demokraten im Kongreß zu arbeiterfreundlichen Taten (?) veranlaßt. An Stelle des Eisenbahn-Haftpflichtgesetzes, das bekanntlich vor kurzem vom Ober-Bundesgericht als verfassungswidrig erklärt worden ist, hat man im Kongreß eine neue Vorlage (die sogen. Sterling-Bill) eingebracht, die die Haftpflicht der Eisenbahngesellschaften aufs neue feststellt. Ferner liegt dem Kongreß ein Gesetzentwurf des Abgeordneten Hepburn vor, der den Gewerkschaften das ebenfalls vom Ober-Bundesgericht genommene Boykottrecht wieder geben will. An der letzteren Vorlage, die auf Roosevelts Wunsch eingebracht worden ist, wird in der Kommission noch herumgedoktert. Welche Form der Entwurf schließlich erhalten wird, läßt sich noch nicht absehen, in seiner ursprünglichen Gestalt, bei welcher der arbeiterfeindliche Pferdefuß allzu deutlich zum Vorschein kommt, wird er von den Gewerkschaften bekämpft.

Von sehr zweifelhaftem Werte ist auch die bereits erwähnte Sterlingsche Haftpflicht-Vorlage, die im Repräsentantenhaus und im Senat, den beiden Häusern des Kongresses, fast einstimmig angenommen worden ist. Beachtenswert sind die Erklärungen verschiedener Senatoren im Laufe der Debatte. Unumwunden gaben sie zu, daß auch der neue Entwurf im Widerspruch mit der Verfassung steht und überhaupt höchst oberflächlich ausgearbeitet worden ist. Auch Roosevelt, welcher mit der Unterzeichnung der Vorlage zögert, scheint sich dieser Ansicht zuzuneigen. Was schadet's? Das Gesetz ist überhaupt nicht ernst gedacht, sondern nur als Köder für die Arbeiter. Bis das Ober-Bundesgericht sich mit der Frage zu befassen haben wird, ob das Gesetz im Einklang mit der Verfassung steht, sind die Präsidentschaftswahlen und die Wahlen zum Repräsentantenhaus vorüber. Vorläufig sind die Arbeiter beruhigt, so hofft man wenigstens. Und das war bezw. ist der einzige Zweck des Gesetzes.

Aus der Partei.

Maifeierbeschluß.

Am Dienstagabend nahm das Gewerkschaftskartell von Hamburg-Altona zur Maifeier Stellung. Die vom Parteivorstand und Generalkommission in Vorschlag gebrachte Regelung der Unterstützung der Gemaßregelten fand keinen Anklang, vielmehr akzeptierte das Kartell die Beschlüsse der Hamburger Parteiorganisation. Die Unterstützungsfrage soll später definitiv geregelt werden. In Uebereinstimmung mit der Parteiorganisation soll zunächst der Ueberschuß der Maifeier — in den letzten Jahren betrug er etwa 10 000 bis 12 000 M. pro Jahr — für die Unterstützung der Gemaßregelten zur Verfügung gestellt werden.

Die Zahlstelle des Verbandes der Maurer zu Kiel beschloß einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Der „Süddeutsche Postillon" erscheint eines Maschinendefektes wegen, wie der Verleger mitteilt, einige Tage später, voraussichtlich erst Freitag. Die Abonnenten wollen dies gefälligst beachten.

Zum Nürnberger Parteitag. Zum diesjährigen Parteitag wird Weißheimers Chorlied „Bet' und arbeit" von nicht weniger als zwölfhundert Sängern gesungen werden. Weißheimer wird die Leitung übernehmen.

Personalien. Genosse R. Schiller, früher an der „Rheinischen Zeitung" zu Köln, im verflossenen Winter Schüler der Parteischule, tritt an Stelle des zum Arbeitersekretär gewählten Redakteurs Radloff in die „Volkswacht" zu Breslau ein.

Genosse Schädlich, bisher Redakteur der „Freien Presse" in Pforzheim, ist in die Redaktion der Bielefelder „Volkswacht" eingetreten. Die Zahl der Redakteure unseres Bielefelder Bruderblattes ist damit auf drei gestiegen.

Den Austritt aus der Partei hat in Offenbach a. M. Jakob Streb, Vorsitzender der Ortskrankenkasse Offenbach, erklärt. Er hat gleichzeitig den Vorsitz im Gewerkschaftskartell niedergelegt.

Der „Wahre Jakob" zu unzüchtig für die Amerikaner.

Aus St. Louis wird berichtet, daß die dortige Postbehörde sich weigerte, Nr. 565 des „Wahren Jakob", datiert vom 17. März, zu befördern, weil diese Nummer die Sittlichkeit der Amerikaner gefährde. Die „Arbeiter-Zeitung" von St. Louis erhielt diesen Bescheid, als sie ihren Abonnenten den „Wahren Jakob" per Post zusenden wollte. Die „Arbeiter-Zeitung" bemerkt dazu:

„Auf näheres Ausfragen wurde uns der Bescheid, daß Postmeister Wyman das kleine Bildchen auf Seite 5789, betitelt „Der Reichsdukaten — macher" für unanständig halte. Die betreffende kleine Illustration stellt den Reichskanzler von Bülow tiefsitzend dar, hinter seinem „naturbedrängt" dastehenden Reichsschatzsekretär und läßt Bülow den Ausspruch tun: „Ich bin doch neugierig, ob der neue Reichs — schatzsekretär mehr kann als der alte!"

Nun, wir wollten nicht als Kunstkritiker auftreten, nachdem Postmeister Wyman sein Urteil abgegeben hat.

Ein amerikanischer Postmeister muß alles sein: Spezereihändler, Moralpolizist, Kunstkritiker usw. Hat er sein Urteil gefällt — dann schweigen alle Flöten!

Also schweigen auch wir!

Wer seinen durch die „Arbeiter-Zeitung" bestellten „Wahren Jakob" haben will, der sende uns 10 Cents, und wir werden Nr. 565 per Expreß (Privatpost) zusenden.

Als wir des Postmeisters Assistenten aufmerksam machten, daß „Der Wahre Jakob" 250 000 Abonnenten habe und daß selbst in Preußen-Deutschland nichts Unmoralisches an dem Blatte wahrgenommen wird, erhielten wir zur Antwort:

„Die Karikatur mag in Deutschland oder für deutsche Leser nichts Anstößiges haben, aber sie kommt auch Leuten zu Gesicht, die nicht deutsch verstehen. Zudem: wenn wir ausländischen Zeitungen derartiges durchgehen lassen, dann gehen hiesige Zeitungen noch einen Schritt weiter."

Wir legten gegen die Entscheidung des St. Louiser Postmeisters Berufung an das Generalpostamt in Washington ein und erhielten unterm 6. April eine Abschrift der folgenden Entscheidung des Hülfs-Generalanwalts des Postdepartements:

„Washington, 4. April 1908.

Postmeister, St. Louis, Mo.

Mein Herr!

In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 30. März sei Ihnen hiermit mitgeteilt, daß die ausländische Zeitschrift „Der Wahre Jakob", wovon Sie ein Exemplar unterbreitet, obszön (indecent) ist, und Sie sich deshalb weigern sollten, Exemplare von der betreffenden Ausgabe zu befördern.

Achtungsvollst

R. P. Goodwin, Assistent Attorney General."

Zum Schlusse gibt Genosse Höhn, der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", den Rat:

„Möge der sündhafte Künstler im Schwabenlande künftig den St. Louiser Moralkodex studieren, ehe er seinen Reichskanzler wieder bildlich darstellt, und möge er jenen anstößigen, unaussprechlichen Porzellantopf des deutschen Reichsschatzsekretärs in eine Entfernung rücken, wo ihn unser herzensguter St. Louiser Postmeister nicht mehr zu Gesicht bekommt.

Um wirkliche Moral und Anstand zu erlernen, sollte der Schwabenkünstler nach St. Louis kommen — nach der Metropole bei der Missourimündung, wo jedes Stadtratsmitglied die personifizierte Tugend, und jeder andere Politiker, vom öffentlichen Hundefänger bis zum Postmeister, in engelreiner Moraltracht einhergeht. Und das sollten sich die schwäbischen Zeitungsmenschen künftig merken!

Ihr kennt St. Louis noch lange nicht — noch lange nicht!"

Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag findet nach einem Beschlusse des Parteikomitees, das an den Ostertagen in Biel eine Sitzung abgehalten hat, im November in Olten statt.

Sozialistische Wahlerfolge.

Bei den jüngsten Gemeindewahlen in Milwaukee im Staate Wisconsin haben die Sozialdemokraten wieder gute Fortschritte gemacht. In keiner Stadt in den Vereinigten Staaten hatte die Partei so viele Vertreter im Stadtrat, als in Milwaukee. Diese Zahl hat sich jetzt wieder um drei vermehrt, so daß 15 Sozialdemokraten neben 27 Demokraten und 11 Republikanern im Stadtrat sitzen. Die Stimmenzahl hat sich seit der letzten Wahl — vor zwei Jahren — um 4081 für den Bürgermeisterkandidaten der Partei erhöht und beträgt jetzt 20 867. Auch zwei Friedensrichter erwählte die Partei. Die Genossen sind sehr hoffnungsvoll und erklären, die völlige Eroberung Milwaukees, wo übrigens die Zahl der Deutschen sehr groß ist, sei nur noch eine Frage kurzer Zeit.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen „Beleidigung" des ehemaligen anhaltischen Staatsministers v. Koseritz und der 3. Strafkammer in zwei Fällen wurde der Genosse Linneweber vom „Volksblatt für Anhalt" zu Dessau zu einer Gesamtgeldstrafe von 1200 M. verurteilt. Der mitangeklagte Redakteur Zweck vom „Anhalter Kurier" war wegen Krankheit nicht erschienen. Die Verhandlung gegen ihn wurde vertagt.

Gewerkschaftliches.

Terrorismusschwindel als Reklame.

In der schwäbischen Stadt Kempten wurde vor einiger Zeit eine Wach- und Schließgesellschaft gegründet, die absolut den Gewinn nicht erbrachte, den sich der oder die Gründer davon erhofft hatten. Es mußte deshalb die absolute Notwendigkeit dieses Wachinstituts durch ein Exempel bewiesen werden. Und das wurde nach einer bis jetzt unwidersprochenen Schilderung der „Schwäbischen Volkszeitung" folgendermaßen gemacht: Der Herr Direktor der Schließgesellschaft inszenierte auf eine Käsefabrik, in welcher gestreikt wurde, einen Ueberfall. Ein Aufseher, ein Streikbrecher und ein Wächter machten mitten in der Nacht durch Steinwürfe und Schüsse derartigen Spektakel, daß die ganze Nachbarschaft aus dem Schlafe erwachte und einmütig nach Schutz schrie. Die bürgerliche Presse am Orte bestätigte anderen Tages natürlich ebenfalls, daß der polizeiliche Schutz für die Sicherheit und Ordnung nicht ausreiche usw. Der Trick war also vorzüglich gelungen und nebenbei war so quasi die Notwendigkeit schärferer Strafbestimmungen gegen Streikende oder gar die eines neuen Zuchthausgesetzes erbracht.

Berlin und Umgegend.

Die Einigungsverhandlungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes beginnen heute (Donnerstag) früh 8 Uhr im Bürgersaale des Berliner Rathauses. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich.

An den Verhandlungen nehmen teil die Verbände der Maurer, Zimmerer, Bauhülfsarbeiter, der Verband der christlichen Bauhandwerker und Bauhülfsarbeiter, der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die Bezirks-Vorstände des Arbeitgeberbundes sowie von jedem einzelnen Orte, an dem Differenzen bestehen, ein Vertreter der betreffenden örtlichen Vereinigung der Arbeitgeber und von den Arbeitnehmern die Gauleiter.

Die Differenzen umfassen über 100 Orte. In den bisherigen lokalen Verhandlungen ist es nur in etwa einem Dutzend Orten zur Einigung gekommen. Die heute beginnenden Verhandlungen gelten dem Versuche, auch für die übrigen 100 Orte eine Einigung zu erzielen.

Deutsches Reich.

Die Vertragsverhandlungen im Baugewerbe wirbelten auch bei den Maurern, Zimmerern und Bauhülfsarbeitern in Rostock viel Staub auf. In der ersten allgemeinen Versammlung der drei Gewerkschaften am 16. d. M. kam es nach stundenlanger heftiger Diskussion nicht zu einer Beschlußfassung über den „Mustervertrag" des Arbeitgeberbundes. Die meisten Redner äußerten sich scharf ablehnend und tadelten das Verhalten der Gauleiter und der Kommission, daß sie überhaupt solchen Verschlechterungen zustimmen konnten. Nur zwei Redner, außer den Gauvorstehern, sprachen für Annahme des Unternehmervertrages. In Rostock würde mit Annahme desselben aber den Arbeitern die Arbeitszeit bei 35 Unternehmern von 9½ Stunden täglich auf 10 Stunden verlängert! Der Stundenlohn um 2 und 3 Pf. gekürzt! Dazu kommt dann noch, daß die Bauhülfsarbeiter mehr Steine tragen sollen auf Leitern hinauf. Außerdem soll der Vertrag das Verhältnis auf 2 Jahre festlegen. Nach längerer Beratung, bei der noch weitere Mängel des neuen Vertrages und daraus sich ergebende Verschlechterungen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses kritisiert wurden, gelangte ein Antrag zur Annahme, die Entscheidung auszusetzen, und soll jede Gewerkschaftsorganisation für sich die Beschlußfassung vornehmen. Die Baukonjunktur ist in Mecklenburg nicht ungünstig.

Metallarbeiter-Abwehrstreik in der Waggonfabrik Gustavsburg bei Mainz. Am 14. April vormittags legten nach langen, doch leider vergeblichen Einigungsversuchen im „Untergestellbau Waggonfabrik Gustavsburg" die Schlosser, Nieter, Nietenwarmmacher und Zuschläger die Arbeit nieder.

Die Arbeiter wurden von der Firma in den Abwehrstreik geradezu hineingetrieben. Den besten Ruf genießt das Werk „Gustavsburg" in bezug auf Arbeitsbedingungen ohnehin nicht. Es herrscht ein ungeordnetes und wildes System in der Lohn- und Akkordberechnung. Nur die wenigsten Arbeiter wissen eine Stunde vor der Ablöhnung, was sie denn eigentlich verdient haben. Es werden willkürlich einem jeden seine paar Groschen zugeschrieben.

Vor einigen Wochen wurde im Wagenbau des Werkes die pneumatische Nietung eingeführt. Sofort wurde nun den Nietern der gleiche Preis für 100 Stück Nieten angesetzt, wie in der Abteilung Hochbau und Brückenbau des Werkes, wo schon seit Jahren die pneumatische Nietung eingeführt ist. Nun ist Tatsache, daß an den Waggon-Untergestellen sich mit den Lufthämmern nicht so flott arbeiten läßt, wie es an den großen und glatten Arbeiten im Brückenbau der Fall ist. An den großen Eisenkonstruktionen, Verspannungen usw., an den Brückenbauten kann der Nieter Hunderte von Nieten ohne eine Behinderung schlagen, die Nieten können von oben herunter bearbeitet werden, was an den Waggon-Untergestellen nicht zutrifft. An den Untergestellen müssen die meisten Nieten von der Seite geschlagen werden. Es ist nicht möglich, in der gleichen Zeit hundert Nieten zu schlagen, wie an der Arbeit im Brückenbau; folglich kann auch unmöglich der gleich niedere Preis in Anwendung kommen. Die Direktion und die Abteilungsingenieure ließen sich aber davon nicht überzeugen. Den Arbeitern wurden einfach schon seit drei Wochen 4—8 Mark weniger am Lohn ausbezahlt. Wir haben eine Masse vergleichender Lohnzettel vor uns liegen. Wo vorher der zur Auszahlung gelangende Betrag 29,11 betrug, gab es jetzt 22,08 M., oder erst 28,81 und jetzt 21,11 M. Es sind dies nur einige Beispiele, doch noch lange nicht die markantesten.

Den Arbeitern, welche mit der größten Mühe Einigungsversuche anbahnten, wurden nur Spott und Grobheiten zuteil. Ein Betriebstechniker Wolf aus Bischofsheim bei Mainz zeichnete sich dabei ganz besonders aus. Der Mann ist selber armer Leute Kind, aber rücksichtsloser als je einer. Ein Herr Ingenieur Mondschein, „Reserveoffizier", berechtigt zu den besten Hoffnungen für seine Karriere im Rekrutenerziehen.

„Ihr Arbeiter schafft zu wenig," oder mit anderen Worten: „Ihr seit zu faul, Ihr müßt mehr draufdrücken und fleißiger sein," daß war der ständige Refrain der Reden, die bei den Einigungsversuchen den Arbeitern gehalten wurden. Die Arbeiter vom Waggon-Untergestellbau sind als eine leistungsfähige Gruppe bekannt und dabei diese Behandlung.

Ein sonst hochintelligenter und äußerst befähigter Ingenieur, Herr Kitz, verstieg sich zu der Redewendung: „Wissen Sie, wieviel Nieten eine vier Mann starke Partie in Amerika schlägt? 2000 Nieten pro Tag schlägt eine solche Partie in Amerika." Unsere Nieter mußten jedoch bekennen, daß sie höchstens 250 bis 280 pro Tag fertigbringen. Mindestens war der Ausspruch des Herrn Ingenieurs ein Lapsus, denn ein jeder kann sich selbst ausrechnen, bei den 9 Stunden oder noch weniger, wie die Amerikaner arbeiten, müßte in 1,08 Minuten je eine Niete geschlagen werden. Auch in Amerika müssen aber die Arbeiter zum Leben auch noch Atem holen.

Gleichwohl geben wir ohne Umschweife zu: der amerikanische Arbeiter schafft intensiver, er ist leistungsfähiger wie der deutsche Arbeiter. Doch man frage auch, wieso das kommt; ohne Zweifel weiß es auch der Herr Ingenieur Kitz. Mit schlagender Deutlichkeit weist es ein Parteifreund des Herrn nach. In dem süddeutschen liberalen Wochenblatt „Fortschritt" veröffentlicht der bekannte liberale Professor Werner Sombart einen Aufsatz: „Wie der amerikanische Arbeiter lebt".

Sombart schreibt: Die Geldlöhne sind zwei- bis dreimal so hoch wie bei uns. Ein verheirateter Arbeiter bewohnt durchschnittlich vier Zimmer, Wohnungen, wo selbst das Badezimmer nicht fehlt. Die Kartoffelnahrung tritt bis um die Hälfte gegenüber beim deutschen Arbeiter zurück. Fleischnahrung, Geflügel und bessere Backwaren sind vorwiegend." Sombart sagt wörtlich: „Im ganzen wird die Kost des amerikanischen Arbeiters sich mehr der unserer wohlhabenden Bürgersfamilien nähern, während die des deutschen Arbeiters mit ihrem vorwiegenden Kartoffel- und Brotbestand, ihrem geringen Fleischgehalt gar keine Aehnlichkeit mit der des amerikanischen Arbeiters aufweist."

Sombart erbringt für seine Ausführungen den statistischen Nachweis.

Der Aufsatz wäre zur Lektüre den Gewaltigen von „Gustavsburg" besonders zu empfehlen. Sombart schreibt an anderer Stelle: „Wer je auch nur wenige Tage die Arbeiter in den Vereinigten Staaten beobachtet hat, kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß die breiten Massen drüben ganz erheblich viel besser leben als bei uns, d. h. als in Deutschland oder gar in Ost- oder Südeuropa, aber doch auch besser als selbst in Frankreich oder England."

Wie sieht es nun bei den Arbeitern auf der Gustavsburg aus. Man muß sie ansehen, die früh und rasch verbrauchten Menschen. Die Brust nach einwärts, den Kartoffelbauch als Wahrzeichen einer ungenügenden Ernährung, und diese Leute will man nun noch schlechter entlohnen, so daß die Nahrung noch schlechter und spärlicher wird!

In einer Riesenversammlung des ganzen Werkes wurde auch das Treiben der Firma entsprechend beleuchtet. Die Streikenden sind mutig und bei guter Stimmung. Der Streik dauert fort. Arbeiter, haltet den Zuzug fern, damit es gelingt, eine sehr schwer arbeitende Arbeiterschicht vor Verschlechterung ihrer Lebenslage zu bewahren.

„Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!"

Furchtbar harte Gefängnisstrafen werden oft verhängt über streikende Arbeiter, wenn sie in der Erregung zu einem Arbeitswilligen gesagt haben, man werde ihm die Knochen kaput schlagen usw. Nun ein umgekehrter Fall: Der Arbeitswillige Stachel in Augsburg hat einen Streikenden mit Totschlagen bedroht. Der Arbeitswillige kam mit 3 M. Geldstrafe für Hausfriedensbruch und 5 M. Geldstrafe für Bedrohung davon.

Ausland.

Ein Sperreprozeß in der Schweiz.

Der reaktionäre Bürgerverband in Zürich, dessen unausgesprochenes, aber konsequent in allen möglichen Formen verfolgtes Ziel die Vernichtung der gehaßten Arbeiterbewegung ist, hat versucht, die Kampfeswaffe der Sperre der Arbeiterschaft aus der Hand zu schlagen. Dazu gab ihm die vom Züricher Glaserfachverein über den Glasermeister Kiefer verhängte Sperre den gesuchten Anlaß. Derselbe stand im Tarifvertragsverhältnis mit dem Fachverein, maßregelte aber die Mitglieder desselben, worauf über sein Geschäft die Sperre verhängt wurde. Der Bürgerverband mit seinem Advokaten Dr. Bircher veranlaßte nun den Kiefer, den Klageweg zu beschreiten und Schadenersatz zu fordern. Das Bezirksgericht Zürich und in zweiter Instanz das Obergericht des Kantons Zürich wiesen die Klage ab, aber der Bürgerverband probierte noch sein Glück beim Bundesgericht in Lausanne, erfreulicherweise aber ebenfalls ohne Erfolg, denn auch dieses mußte nach Lage der Dinge die Klage abweisen. Aus den in öffentlicher Verhandlung gehaltenen Reden der Bundesrichter sei besonders die des Präsidenten Jäger erwähnt, der u. a. ausführte:

Die Fälle, in denen die Sperre aus Schikane verhängt werde, seien leicht zu zählen. Darüber bestehe nun kein Zweifel, daß der Arbeiter über seine Arbeitskraft frei verfügen und dieselbe also nach Gutdünken für den Unternehmer sperren könne. Das Mittel der Sperre sei erst dann unerlaubt und widerrechtlich, wenn die Absicht besteht, den Gegner ökonomisch zu töten und ihn seiner wirtschaftlichen Persönlichkeit zu berauben. Die Sperre sei also ohne weiteres erlaubt und rechtlich einfach unanfechtbar; widerrechtlich könne sie höchstens je nach den zur Anwendung gelangenden Mitteln werden. Das Recht zur Sperre gehe sogar soweit, daß es auch dann geschützt werden müsse, wenn gar kein Recht verfolgt werde. So hatten die Arbeiter kein Recht, die Entlassung des D. zu verlangen, gleichwohl ist die Sperre, die doch wegen der Nichterfüllung dieses Begehrens erfolgt ist, nicht rechtswidrig.

Im vorliegenden Falle könne von einer Widerrechtlichkeit schon darum keine Rede sein, weil K. nicht ruiniert wurde, was schon deshalb ausgeschlossen sei, weil die Organisation noch nicht alle Arbeiter umfaßt.

Die Klage wurde also abgewiesen und Kiefer bezw. der Bürgerverband in die Tragung der Kosten einschließlich derjenigen des beklagten Fachvereins verurteilt.

Versammlungen.

Brauereiarbeiterverband. (Sektion I.) In der letzten Monatsversammlung referierte Genosse Düwell über „Ultramontanismus" und erntete dafür überaus reichen Beifall. Die sehr rege Diskussion bewegte sich in dem Referenten zustimmenden Sinne. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag wurden aufgestellt die Kollegen Hodapp, Heyder, Schwedler, Reichard, Cordts, Großfuß und Junghans. Von diesen sind vier Mann zu wählen, welche je nach Höhe der Stimmenzahl als Delegierte oder als Ersatzleute fungieren. Bei der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß war die Beteiligung der Mitglieder der Sektion I gleich 56,9 Proz. Als Zuschuß zu den Unkosten des Seitzschen Saalboykotts in Spandau wurden 50 M. aus Lokalmitteln bewilligt. Wegen Urlaub am 1. Mai sollen, wie in den letzten Jahren, die Vertrauensmänner bei den Direktionen vorstellig werden. Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend antwortete auf das Schreiben des Vorstandes um Urlaubsgewährung am 18. März ablehnend, und zwar aus denselben Gründen wie beim 1. Mai. Große Entrüstung rief unter den Versammelten das Verhalten des Direktors der Genossenschaftsbrauerei der Gast- und Schankwirte in Friedrichshagen hervor. Den Kollegen, welche bei ihm vorstellig wurden wegen Urlaub am 18. März, gab er zur Antwort: „Von den Sozialdemokraten allein raucht unser Schornstein nicht. Die ganze Wahlrechtskampagne wäre nur ein großer Rummel." Die Versammlung war der Meinung, daß ohne Sozialdemokratie der Rauch aus dem Friedrichshagener Brauereischornstein sehr spärlich blasen würde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Streiks.

Paris, 22. April. (W. H.) In Hyères bei Toulon sind die Maurer in den Ausstand getreten, weil ihnen die geforderte Lohnerhöhung verweigert wird.

Marseille, 22. April. (W. H.) Die Gemüsehändler sind in den Ausstand getreten. Der Streik gab heute Anlaß zu Reibereien. Mehrere Gemüsehändler wurden von Ausständigen gezwungen, mit ihren Wagen nach Hause zu fahren. Infolgedessen sind die Gemüsepreise bedeutend gestiegen. Die Polizei bewacht die Tore der Stadt.

Kongresse.

Lyon, 22. April. (W. H.) Heute wurde hier der Kongreß der französischen Postbeamten eröffnet. Aus Deutschland, England und Oesterreich waren Sympathietelegramme eingelaufen; nach deren Verlesung wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Frankfurt a. M., 22. April. (W. H.) In der Aula der Frankfurter Akademie wurde heute morgen der dritte Kongreß der Gesellschaft für experimentelle Physiologie durch den Vorsitzenden Professor Dr. G. E. Müller-Göttingen eröffnet.

Deutschland blamiert sich.

Harburg, 22. April. (W. H.) Die unlängst in Hamburg verbotene Freidenkerversammlung wurde auch in Harburg verboten.

Zwanzig Kinder geboren und — ermordet!

Budapest, 22. April. (W. H.) Wie aus Debreczin gemeldet wird, wurde dort gegen die Frau des Landwirtes Peter Kiß die Anzeige erstattet, daß sie ihre beiden Kinder ermordet hätte. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Frau mit Hülfe ihres Gatten alle zwanzig bisher von ihr geborenen Kinder im Alter von einem Monat bis zu einem Jahre erwürgt hat. Beide Gatten wurden verhaftet. Sie gestanden, die Kinder ermordet zu haben, weil sie sie der Not nicht aussetzen wollten.

Zur Eisenbahnkatastrophe in Australien.

Sidney, 22. April. (W. H.) Die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück bei Braybrook Verunglückten ist nunmehr endgültig festgestellt. 43 Personen sind tot, 139 ernstlich verletzt. Von den Schwerverletzten werden mehrere kaum am Leben erhalten werden können. Weitere deutsche Namen finden sich auf der Liste der Toten und Verwundeten nicht mehr.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Parteitag der Freisinnigen Vereinigung.

(Schluß der Sitzung vom 21. April.)

Dr. Barth,

mit stürmischem Beifall und Hochrufen empfangen, führt aus: Aus den Ausführungen des Vorredners war es sehr interessant zu entnehmen, daß sein Haupteinwand gegen die Sozialdemokraten nicht gerichtet war gegen die rein politische Seite der Sozialdemokratie, sondern daß er sogar eine Gefahr konstruiert hat aus der **genossenschaftlichen Tätigkeit der Sozialdemokratie.** (Sehr gut!) Es zeigt das immer, wohin die Reise geht. (Sehr richtig!) Ich bin überhaupt der Meinung, daß wir der Diskussion nicht gerecht würden, wenn sie sich darauf beschränken sollte, Kritik nur am Vereinsgesetz zu üben. Ich bekenne ganz offen, wenn es sich nur um § 7 des Vereinsgesetzes handeln würde, um das, was ich eine Verirrung nenne, dann würde ich die Sache wesentlich milder beurteilen. Aber die Stellungnahme der Mehrheit der Fraktion ist die logische Konsequenz der gesamten Blockpolitik. (Sehr richtig!) Ich sagte vor einem Jahre, daß meiner Ueberzeugung nach diese Blockpolitik die Gefahr der Demoralisation des Liberalismus mit sich bringt. Dieses Zusammenarbeiten mit den schlimmsten Feinden des Liberalismus muß zu jener Demoralisation führen, wie wir sie gegenwärtig vor uns sehen. Als die Führer der Linksliberalen in Norderney beim Fürsten Bülow waren, bekamen sie nichts zu hören, als schöne Redereien. Bald darauf versetzte Fürst Bülow den Freisinnigen jenen Affront im preußischen Abgeordnetenhause, der in der Regierungserklärung vom 10. Januar liegt. Würde Fürst Bülow jemals gewagt haben, in ähnlicher Situation etwa dem preußischen Junkertum eine solche Antwort zu geben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Niemals wäre ihm auch nur der Gedanke gekommen! Aber die Junker haben dem Fürsten Bülow, obgleich er ein höflicher Mann ist, nicht einmal erlaubt, gegen die Freisinnigen höflich zu sein. (Sehr gut! bei der Minderheit.) Wir haben nach dieser Brüskierung eine Vorstandssitzung abgehalten, und mit Ausnahme einer einzigen Stimme haben wir ein **Mißtrauensvotum** beschlossen. (Zuruf: Heckscher! Heiterkeit.) Nein, Heckscher war nicht dabei. Diese Resolution wurde durch einen Zusatzantrag Gothein verschärft, der verlangte, wenn die Fraktionsgemeinschaft zu dieser Mißtrauensaktion nicht zu bewegen sein sollte, sollte die **Freisinnige Vereinigung selbständig vorgehen.** (Hört! hört!)

Für diese Resolution mit Einschluß des Amendements Gothein haben alle anwesenden Reichstagsabgeordneten der Freisinnigen Vereinigung gestimmt, selbst Herr Delbrück aus Pasewalk (Heiterkeit). Abg. Delbrück ruft: Nicht Pasewalk, sondern Swinemünde! (Erneute Heiterkeit.) Es stellte sich aber heraus, daß auch bei dieser Gelegenheit Fürst Bülow von den Freisinnigen nichts zu fürchten hatte. Der Sturm im Lande erhob sich nach der Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow. Scharfe Resolutionen wurden in großen Versammlungen angenommen, die von mir und meinen Freunden einberufen waren. Noch innerhalb des Entrüstungssturmes kam das Reichsvereinsgesetz. **Wenn Fürst Bülow nicht die Ueberzeugung gehabt hätte, daß er es bei den Linksliberalen mit einem ernsthaften Gegner überhaupt nicht zu tun habe, so hätte er niemals den § 7 in das Vereinsgesetz gesetzt.** (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Er mußte sich sagen, daß das eine **Zumutung an die**

Verleugnung der Grundsätze

des Liberalismus sei, wie sie stärker nicht gedacht werden könnte. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Darüber kommen Sie nicht hinweg! Trotzdem haben die Freisinnigen schließlich das Reichsvereinsgesetz mit der Ausnahmebestimmung des § 7 geschluckt. Nun suchen seine Befürworter die Bedeutung des Gesetzes in möglichst grellen Farben zu schildern. Aber bei keinem Gesetz kommt so viel auf die **Handhabung** an wie beim Vereinsgesetz, und da hat der Bürgermeister Schücking aus Husum im „Berl. Tageblatt" ganz treffend ausgeführt, daß **in Preußen alles wie bisher bleiben werde,** nur die Frauen werde man zu Versammlungen zulassen, **die fremden Sprachen unterdrücken** und die **Jugendlichen ausschließen.** So äußert sich ein in der Verwaltungspraxis des preußischen Staates ungewöhnlich gut bewanderter Mann. (Heiterkeit u. Zustimmung b. d. Minderheit.) Aber alle Vorteile wiegen federleicht, wenn es sich auf der anderen Seite um die Preisgabe der wichtigsten Grundsätze des Liberalismus handelt, um die

Verletzung der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit.

Ich bin kein Prinzipienreiter und habe nie auf dem Standpunkt gestanden, daß Parteiprogramme sakrosankt sind. Aber hier handelt es sich nicht um untergeordnete Punkte, sondern um das wichtigste Prinzip des demokratischen Liberalismus überhaupt, um die Frage der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit. Diese Empfindung haben Sie ja alle! Weshalb sonst hätten Sie sich so lange gesträubt, den § 7 anzunehmen, weshalb sonst all die feierlichen Erklärungen von **Unannehmbar** und **Niemals** abgegeben. Solche Erklärungen haben wir noch 24 Stunden vor Abschluß des Kompromisses gehört. (Hört! hört! bei der Minderheit.) Nachdem die Mehrheit der freisinnigen Reichstags-Abgeordneten zugestimmt hat, daß dieser Grundsatz der staatsbürgerlichen Rechtsfreiheit gegen die Polen verletzt werde, werden sie ihn nicht mehr geltend machen können, wenn künftig **Ausnahmegesetze** kommen. Dann wird es für sie nur noch eine **Frage der Zweckmäßigkeit** sein. Dabei müssen Sie stets bedenken, daß wir in Preußen leben, wo der Grundsatz der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit alle Tage durch die Verwaltung verletzt wird. Ich erinnere nur an den Fall Schellenberg, an die zahlreichen Fälle, wo unglückliche Beamte wegen der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel gemaßregelt worden sind, an den rechtswidrigen Ausschluß unserer jüdischen Mitbürger von vielen Aemtern. Solche flagranten Rechtsverletzungen sind in Preußen alltäglich. Einer derartigen Situation gegenüber hat der Liberalismus versagt. Er hat

seinen wichtigsten Grundsatz preisgegeben

und damit zugleich der preußischen Verwaltungspraxis Decharge erteilt. (Lebhafte Zustimmung.) Nun sagt man, die Preisgabe war notwendig, um die Fraktionsgemeinschaft aufrecht zu erhalten, und um mit dem Block weiter arbeiten zu können. Herr v. Payer hat das mit der größten Deutlichkeit ausgesprochen, und auch Naumann hat in der „Hilfe" seine Zustimmung zu diesem politischen Exerzierreglement gegeben. (Heiterkeit und Zustimmung bei der Minderheit.) Einigkeit ist gewiß gut; aber es kommt doch darauf an, wofür man einig ist. Wir wollen einig sein, um demokratische Politik zu treiben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit.) Aber wir wollen nicht einig sein, um reaktionäre Politik zu treiben. (Zurufe: Das wollen wir alle nicht! Wir wollen praktische Politik treiben!) Wenn **praktische Politik identisch** ist mit **reaktionärer** Politik, dann danke ich auch für die praktische Politik. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Die Frage nach der Fraktionsgemeinschaft birgt ohne weiteres die Frage in sich: Wie stehen wir zu der Freisinnigen Volkspartei? Ich erinnere nur an die Rolle, die die Freisinnige Volkspartei in den **Zolltarifkämpfen** gespielt hat. Sie wissen, daß sie damals unserer Ueberzeugung nach ihre Schuldigkeit nicht getan hat. Gerade der Umstand, daß wir unsere Schuldigkeit getan haben, ist nach den wiederholten Erklärungen Naumanns bestimmend für die Nationalsozialen gewesen, sich uns anzuschließen und nicht der Freisinnigen Volkspartei. (Hört! hört! bei der Minderheit.) Bei dem Kampfe um den Zolltarif entfloh dem Munde Fischbecks das Wort:

Lieber Kröcher als Barth!

(Zurufe: Auch jetzt noch?) Damals hielt man das vielfach für einen lapsus linguae. Heute wissen wir, daß es ein **politisches Glaubensbekenntnis** ist. Die Entwickelung der Freisinnigen Volkspartei läuft wesentlich darauf hinaus, immer mehr Anschluß nach rechts zu suchen, bis zu Herrn v. Kröcher. Nun wird behauptet, wir müßten doch unter allen Umständen um jeden Preis die Fraktionsgemeinschaft aufrecht erhalten. Ich meine, daß es nur unsere Aufgabe sein kann, innerhalb der Fraktionsgemeinschaft die demokratischen Grundsätze so energisch zu vertreten, daß die Freisinnige Volkspartei zu der Ueberzeugung kommt, daß sie auch demokratische Politik treiben muß. Ist aber die Fraktionsgemeinschaft nur um den Preis aufrecht zu erhalten, daß wir keine demokratische Politik treiben, dann geht sie besser heute als morgen zugrunde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Einigkeit ist gewißlich was Gutes, aber der Satz: Einigkeit macht stark! ist doch etwas zweideutiger Natur. Einigkeit macht stark, **wenn man mit vereinten Kräften für Dinge eintritt, für die man kämpft.** Wo die Einigkeit aber nur dazu dient, die energischen Elemente an den Rockschößen zurückzuhalten, ist sie kein Moment der Stärke, sondern ein **Moment der Schwäche.** (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Die Fraktionsgemeinschaft ist ein **Moment der Schwäche,** wenn sie keine demokratische Politik treiben will, wenn sich die demokratischen Elemente der Fraktionsgemeinschaft der Führung der Kopsch und Fischbeck beugen müssen, und wenn sich außerdem die Fraktionsgemeinschaft noch **dem Block unterordnet.** Dann ist eine Abschwächung nach rechts die notwendige Folge. Die Nachgiebigkeit und Schwäche, die wir in den letzten fünf Jahren gezeigt haben, wird es der Fraktionsgemeinschaft erst recht unmöglich machen, in Zukunft eine ernsthafte demokratische Politik zu treiben. Wir sehen ja das auch heute schon in dem

Antrag Dove-Mommsen.

Auch in der Finanzpolitik sollen jetzt Konzessionen gemacht werden. Und wie entwickelt sich der Landtagswahlkampf. Wer glaubt heute noch ernsthaft daran, daß die Fraktionsgemeinschaft unter ihrer jetzigen Führung zu einem wirklichen großen Kampf für das Reichstagswahlrecht bereit ist. Sie kann das ja auch gar nicht, sie hat rund und nett erklärt, daß sie vor allem Blockpolitik treiben will und zwar **Blockpolitik mit den ausgesprochensten Feinden des Reichstagswahlrechts.** Die Blockpolitik richtet sich gegen diejenigen Parteien, welche außerhalb der freisinnigen **allein für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten,** gegen Zentrum und Sozialdemokratie. So entsteht eine innerlich

ganz unehrliche Situation.

Herr Kopsch, der Führer der Freisinnigen Volkspartei (Gelächter bei der Minderheit) hat von einem Kulturblock bis zu Zedlitz gesprochen. Wenn er ihn will, so kann er nicht ernsthaft für eine gründliche Wahlreform eintreten. Deshalb nimmt auch die Wahlbewegung einen so schwächlichen Verlauf. Vielleicht gewinnen wir ein paar Mandate, aber eine große politische Umwälzung des gegenwärtigen Parteienstandes erreichen wir nicht. Aus dieser Situation heraus muß sich der Kampf der Freisinnigen immer mehr gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft zuspitzen. Wer die „Vossische Zeitung" liest, der weiß, daß von ihr heute der Landtagswahlkampf nur unter der Parole: **Gegen die Sozialdemokratie!** geführt wird. Es soll unter allen Umständen verhindert werden, daß die Sozialdemokratie in den Landtag einzieht. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird von der „Vossischen Zeitung" — und hinter der „Vossischen Zeitung" stehen die leitenden Männer der Freisinnigen Volkspartei — als **erste** und **leitende Aufgabe des Landtagswahlkampfes** hingestellt. Man sagt, das Zentrum sei ausgeschaltet. Die Behauptung, als diene der Bülowsche Block in erster Linie dem Kampf gegen den Ultramontanismus, ist grundfalsch. Was am Zentrum bekämpft wird, sind die demokratischen Tendenzen im Zentrum. **Die ganze Blockpolitik bedeutet weiter nichts als Kampf gegen die demokratischen Tendenzen in der Sozialdemokratie, in der Demokratie und dem Zentrum.** Die ganze Blockpolitik ist nur ein Versuch, mit Hülfe der Linksliberalen

antidemokratische Politik zu treiben.

(Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) **Bisher habe ich immer** geglaubt, daß die Freisinnige Vereinigung es sich zur Aufgabe gemacht habe, dafür Sorge zu tragen, daß neben der Sozialdemokratie auch eine bürgerliche Partei demokratische Grundsätze vertritt. Durch die Entwickelung der Dinge, durch das Festhalten an der Fraktionsgemeinschaft, durch das unbedingte Festhalten am Bülowschen Block, haben wir diese Aufgabe bei uns ausgeschaltet und kundgetan, daß eine ernsthafte demokratische Politik seitens der freisinnigen Parteien überhaupt nicht mehr getrieben wird. (Oho!-Rufe bei der Mehrheit.) Uns hat immer vorgeschwebt, daß wir eine wirklich demokratische Politik treiben müssen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß wir Annäherung suchen an die große breite Masse der Arbeiter, die die Hauptträger der demokratischen Entwickelung in Deutschland sind und bleiben müssen. Den demokratischen Wein haben die Fraktionsführer auslaufen lassen und sind froh, das Weinfaß zu retten. Wir aber kämpfen vor allen Dingen um den Inhalt des politischen Kampfes, die anderen sehen auf die äußere Form des Inhalts. Wir wollen für die Sache unsere Kraft einsetzen, mag auch die Form zerbrechen. (Stürmischer minutenlanger Beifall bei der Minderheit, Zischen bei der Mehrheit.)

Dr. Koppel-Berlin: Die Stellung Barths ist eine Verwirrung. An dem Rückgang des Liberalismus war vor allen Dingen die Zer-

Kleines Feuilleton.

Goethe und die Maschinentechnik. Daß Goethe auch für die beginnende Entwickelung der Maschinenkultur ein offenes Auge hatte, darauf macht Ad. Teutenberg in dem eben ausgegebenen Aprilheft der „Kulturfragen" (Herausgeber: Johannes Buschmann, Verlag: Callwey, München) aufmerksam. Er schreibt in einer längeren Studie über „Goethe als Beobachter des wirtschaftlichen Lebens": „Bald ist es eine Druckmaschine (die Steindruckerei suchte Goethe einmal nach Weimar zu verpflanzen), bald eine verbesserte Vorrichtung zum Färben von Wollstoffen, bald eine Drahtmühle, die seine Aufmerksamkeit auf sich zieht; besondere Beachtung schenkt er der um die Jahrhundertwende sich einbürgernden Spinnmaschine: dem im Jahre 1810 aus Karlsbad Heimkehrenden hat, unter anderen Sehenswürdigkeiten „Chemnitz durch seine Spinnmaschinen eine sehr erfreuliche und unterhaltende Rückreise gegeben." Das Interesse Goethes für die Spinnmaschine ist kein zufälliges: an ihren sozial verheerenden Wirkungen, die er im Kanton Zürich sehr genau beobachtet hatte, hat er den sowohl sozial wie arbeitstechnisch revolutionierenden Charakter des heraufziehenden Industrialismus erkannt. Meisterhaft schildert Goethe in den „Wanderjahren", wie das Eindringen der Spinnmaschine von der Bevölkerung als eine schwer drohende Gefahr empfunden wird: „Das überhandnehmende Maschinenwesen", heißt es da, „quält und ängstigt mich; es wälzt sich heran wie ein Gewitter, langsam, langsam. Aber es hat seine Richtung genommen, es wird kommen und treffen. Man denkt daran, man spricht davon, und weder Denken noch Reden kann Hülfe bringen. Und wer möchte sich solche Schrecknisse gern vergegenwärtigen!"

Auch erkennt Goethe durchaus klar, wodurch die Gefahr abgewendet werden kann. „Hier bleibt nur ein doppelter Weg, einer so traurig wie der andere: entweder selbst das Neue zu ergreifen und das Verderben zu beschleunigen, oder aufzubrechen, die Besten und Würdigsten mit sich fortzuziehen und ein günstigeres Schicksal jenseits der Meere zu suchen."

Aber auch die Vorteile des Maschinenbetriebes gegenüber dem handwerksmäßigen scheinen ihm klar bewußt geworden zu sein. Anläßlich des Schloßneubaues in Weimar plädiert er dafür, daß wenigstens ein Teil der Arbeit „fabrikmäßig und mit allen Vorteilen, welche Maschinen und mehrere zusammenarbeitende Menschen gewähren, gefertigt wird." In einem Brief an Schiller konstatiert er ferner den überall wahrzunehmenden „Uebergang vom Handwerk zum Maschinenwerk." Und in den „Unterhaltungen deutscher Ausgewanderter" findet sich die sehr charakteristische Stelle: „Jedermann ging in dem alten Schlendrian handwerksmäßig fort; von neu entdeckten Vorteilen hatte man keine Kenntnis oder man hatte keinen Gebrauch davon gemacht . . . Er sah bald ein, daß man mit einem gewissen Kapital, mit Vorschüssen, Einkauf des ersten Materials im großen, mit Anlegung von Maschinen eine große und solide Einrichtung würde machen können."

Das Recht des Theaterbesuchers. Ein für die Theaterbesucher nicht unwichtiges Urteil wurde in einem Prozeß gefällt, der in zwei Instanzen durchgefochten wurde. Es handelt sich um folgenden Fall:

Dr. med. F. hatte sich zur Abendvorstellung der Berliner Komischen Oper, in der die Oper „Carmen" gegeben wurde, ein Parkettfauteuilbillett für 7,50 M. gelöst. Er wollte speziell Fräulein Maria Labia hören, die auf dem Theaterzettel als Darstellerin der Titelrolle aufgeführt war. Die Leistung der Carmen entsprach so wenig den Erwartungen des Dr. F., daß er sich nach dem zweiten Akte bei dem Theaterdiener erkundigte, ob denn die Darstellerin wirklich Fräulein Labia sei. Der Theaterdiener verneinte dies und wies auf einen kleinen, unscheinbaren, mit Schreibmaschine beschriebenen weißen Zettel, der einen Wechsel in der Besetzung anzeigte. Dieser Zettel befand sich im Korridor des Parketts an einer Stelle, an der Dr. F. auf dem Wege nach seinem Platz nicht vorbeikam. In dem Raum vor der Kasse war der Wechsel der Darstellerin nicht angezeigt worden; der Zettel konnte erst gelesen werden, nachdem das Billett gelöst war. Dr. F. verließ sofort das Theater und erklärte, daß er den Eintrittspreis zurückfordere. Er machte diese Forderung auch geltend, und als er damit keinen Erfolg hatte, ließ er den Direktor auf Rückzahlung von 7,50 M. verklagen. Der Bevollmächtigte des Beklagten machte geltend, daß die Klage grundlos sei. Jeder Theaterbesucher müsse damit rechnen, daß namentlich bei Opernvorstellungen infolge einer plötzlichen Indisposition die Besetzung des Stückes geändert werde. Falls ein Besucher besonderen Wert auf eine bestimmte Darstellerin lege, müsse er sich an der Kasse bei dem Erwerb der Eintrittskarte vergewissern, ob diese Darstellerin auftrete. Der Direktor wurde aber sowohl vom Amtsgericht als auch vom Landgericht zur Rückzahlung der 7,50 M. verurteilt. In dem Urteil wird ausgeführt:

„Der Beklagte hat den mit dem Kläger geschlossenen Vertrag nicht erfüllt, denn er hat angekündigt, daß am 6. Oktober v. J. die Oper „Carmen" mit Fräulein Labia in der Titelrolle gegeben werde, und dieser Ankündigung ist nicht entsprochen worden. Der Beklagte mußte wissen, daß viele sich infolge dieser Ankündigung zu dem Geldopfer entschließen würden, weil sie gerade die Labia hören wollten. Die Offerte dauerte für das Publikum in unveränderter Weise fort. Denn die Abänderung der Besetzung der Hauptrolle war auf dem Theaterzettel am Eingang des Theaters und im Kassenraum überhaupt nicht, im Korridor des Parketts nur auf einem nicht für jedermann bemerkbaren kleinen Zettel angezeigt. Im Verhältnis zu der Gesamtleistung einer Opernvorstellung ist es wesentlich, welche Personen die Hauptrollen spielen. Die Darstellung verliert erheblich an Wert, wenn die Hauptrollen nicht von bedeutenden Künstlern gesungen werden."

Die Komische Oper hat daraufhin auf ihrem Theaterzettel einen in den Berliner königlichen Theatern eingeführten Ukas (der natürlich noch keineswegs verbindlich ist) aufgenommen, der lautet: „Billette werden nur im Falle der Abänderung einer Vorstellung gegen Erstattung auch der Vorverkaufsgebühr zurückgenommen."

Wie aber auch solche Fälle juristisch entschieden werden mögen, so wird man doch an jede billig denkende Direktion die Forderung stellen, daß sie wichtigere Aenderungen in der Besetzung rechtzeitig und deutlich ankündige.

Humor und Satire.

— **Weidmannsheil.** Der Ministerpräsident einer der vielen kleinen Raubstaaten-Republiken Südamerikas befand sich als Jagdgast bei einem Großgrundbesitzer in der Provinz. Nach Schluß der Treibjagd wird die Strecke gelegt, da bemerkt Exzellenz, wie man einen schwer angeschossenen Treiber mit Mühe herbeibringt. Resigniert wendet er sich an seinen Wirt: „Schade, serr schade, lieberr Freind, hätte ich gewußt, daß geschossen werden könnten Menschen, hätt' ich maken können eine Doublette!"

— **Auch ein Kompromiß.** Der Papst hat gegen die Vorstellung von „Salome" in Rom sein Veto eingelegt. Um sein Bedenken zu zerstreuen, hat sich Salome entschlossen, den Kopf des Modernisten Haeckel auf der Schüssel zu präsentieren.

— **Hoffähig.** „Ei, Frau Stipke, so'n schönen neuen Hut?" — „Ja, man hat et ja dazu, man is doch nich de Frau von so'n verhungerten amerikanischen Botschafter!" („Lustige Blätter".)

Notizen.

— **Theaterchronik.** Direktor Halm, der das Berliner Theater gepachtet hat, lud die tschechische National-Oper in Prag zu einem Gastspiel im Berliner Theater ein. Die Zusage konnte indes noch nicht gegeben werden. — Wenn nur unsere Nationalen, besonders die Vossin, ob der bloßen Möglichkeit tschechischer Aufführungen in Berlin nicht in bedenkliche Zustände verfallen. Vielleicht läßt sich durch eine geeignete Interpretation des neuen Vereinsgesetzes diese fremdsprachliche Invasion verhindern.

— **Aus der Bühnenwelt.** Emmy Destinn verläßt die kgl. Oper und Berlin im Juni. — Rosa Poppe wendet dem Hoftheater den Rücken, wird aber vielleicht für eine andere Berliner Bühne gewonnen werden.

— **Wagners Popularität.** Im letzten Winter entfielen die meisten Opernaufführungen in Deutschland auf Richard Wagner. 1700 Wagner-Aufführungen wurden gezählt, während Verdi die zweite Stelle mit 700 Aufführungen einnahm. Trotz dieser hohen Aufführungszimmer ist Wagner durchaus nicht so populär, wie er es sein könnte, wenn die Theater nicht bloß die Luxusbedürfnisse der Reichen und ihre eigenen Kassenerfolge im Auge hätten. Die königl. Oper in Berlin gibt hierin das denkbar schlechteste Beispiel. Im Lande der „Sozialreform".

— **Professor Leopold Schrötter,** eine hervorragende Autorität für Kehlkopf- und Lungenkrankheiten, ist im Alter von 71 Jahren in Wien gestorben. Nicht bloß als Spezialist, der besonders durch Kehlkopfoperationen sich einen Namen machte, sondern auch als menschenfreundlicher Arzt und weitblickender Sozialhygieniker hat er fruchtbar gewirkt. Seinem unermüdlichen Wirken hat die Lungenheilstättenbewegung viel zu verdanken. Er hatte das erste Sanatorium für Lungenkranke in Oesterreich ins Leben gerufen (in Alland bei Wien).

splitterung schuld. Deshalb wäre es verkehrt, wenn wir jetzt den Antrag Barth und Gerlach annehmen und der Fraktion das Mißtrauen aussprechen wollten. Die Blockpolitik wird schon noch andere Früchte zeitigen, die uns genehmer sind. Wenn der Block nichts Gutes schafft, so verhindert er wenigstens Böses. (Beifall.)

Reichs- und Landtagsabgeordneter **Pachnicke**:

Barth hat sich in einen schroffen Gegensatz nicht nur zur Freisinnigen Volkspartei, sondern auch zur Mehrheit der Freisinnigen Vereinigung gestellt. Er hat damit die Anschauung bestätigt, daß ein tiefer Riß durch unsere Partei geht. Dr. Barth hat das als Demoralisation bezeichnet, was wir als wünschenswert angestrebt haben. Da gähnt eine Kluft

über die keine Brücke mehr führt.

(Oho! bei der Minderheit.) Dr. Barth hat gesagt, wir spielten eine jämmerliche Rolle im Block. Ist das wirklich wahr? (Rufe bei der Minderheit: Ja!) Dieser Zwischenruf bestätigt nur, daß es **keine politische Gemeinschaft mehr zwischen uns gibt.** (Lebhafter Widerspruch.) Barth hat dem Abg. Struve einen Vorwurf daraus gemacht, daß er nur die guten Seiten des Vereinsgesetzes hervorgehoben habe. Dabei hat er sich selbst ganz auf den § 7 konzentriert. Er hat gesagt, daß damit die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit geopfert und eine verfassungswidrige Verwaltungspraxis dechargiert worden sei. Gibt es eine gröbere Uebertreibung? (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Dr. Barth mag sich beruhigen: auch in Zukunft werden wir jeder Verletzung der staatsbürgerlichen Gleichheit mit aller Entschiedenheit entgegentreten. (Beifall.) Wohin aber sollen wir kommen, wenn wir in dieser Weise angegriffen werden. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Hätte Barth mit seiner Beurteilung des § 7 recht, so wäre es auch ein Ausnahmegesetz, daß wir in der Armee und in der Verwaltung nur die deutsche Staatssprache kennen. Ich verteidige den § 7 nicht um seiner selbst willen, auch ich hätte ihn lieber nicht. Aber in der einen Wagschale lag der § 7 und in der anderen das ganze Vereinsgesetz. Da sank diese Wagschale so tief, daß wir glaubten, auch den § 7 in Kauf nehmen zu müssen. Der Gegensatz ist heute neu zutage getreten bei dem Antrage zur Reichsfinanzreform. Dr. Barth hat sich gegen den Antrag Dove-Mommsen erklärt. Die Fanfare haben wir also schon gehört. Wir haben daraus entnommen, daß der Kampf in den eigenen Reihen weiter geführt werden soll. Ich frage: wie ist da ein gedeihliches Zusammenarbeiten weiter möglich? (Sehr richtig! und Widerspruch.) Die Minderheit wünscht unter allen Umständen das zu erschüttern, was wir mühsam aufgebaut haben, sie wünscht die Blockpolitik zu vernichten, mit der wir zu Erfolgen zu kommen hoffen. Was war es denn, das bei den letzten Reichstagswahlen den Aufschwung herbeigeführt hat? Auch einmal mitzuarbeiten, nicht mehr beiseite stehen zu müssen. Endlich sollte auch der Liberalismus einmal positiv mitarbeiten, endlich bot sich ihm die Möglichkeit zu praktischer Arbeit, und deshalb durften wir sie nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Trotzdem sind und bleiben wir die alten freisinnigen Repräsentanten der liberalen Ideen. (Beifall.) Ist aber ein Zusammenarbeiten noch mit Männern möglich, die geschrieben haben: „Das Gros der sogenannten Freisinnigen glaubt, dem Liberalismus am besten durch die Verleugnung des Liberalismus dienen zu können. Ein unwürdigeres Schauspiel hat der Reichstag noch nicht erlebt. Der Block hat die Plenarverhandlungen zu einer Farce herabgewürdigt. Die Freisinnigen haben das Metall ihrer Grundsätze fortgegeben und rühmen sich, daß sie ein paar Pfennige Scheidemünze von Bülow geschenkt erhalten haben." Und so fort mit Schmach in infinitum, der Freisinn ist aus, er hat sich selbst umgebracht, er ist ein Synonym für die Nationalliberalen geworden. Das hat in einer Berliner Montagszeitung kein anderer als Herr v. Gerlach geschrieben. (Bravo! bei der Minderheit.) Er hat es mit seinem Namen unterzeichnet. (Sehr gut! bei der Minderheit), **und das ist eine Kritik, die die Partei nicht mehr ertragen kann.** (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Im Gegensatz zu Barth geht mir die Fraktionsgemeinschaft über alles. (Beifall und Zischen.) Aber ihr Fortbestand ist gefährdet, wenn man in diesem Tone fortfährt, uns anzugreifen, den man gegen uns angeschlagen hat. (Minutenlanger Lärm und Rufe bei der Minderheit: „Freisinnige Zeitung"!) Wir müssen uns an uns selbst halten und uns nicht darum kümmern, was andere schreiben. Die Freisinnige Volkspartei kann verlangen, daß nicht in dieser gehässigen Weise an ihr Kritik geübt wird. (Erneute Zurufe: „Freisinnige Zeitung"! Dr. Müller-Meiningen!)

Dr. **Hohmann-München**: Die Auffassung Pachnickes und Cohns von der Sozialdemokratie ist veraltet, und wir glaubten, darüber hinweg zu sein. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit.) Dieser Moment ist nicht geeignet, die Kluft zwischen den beiden Anschauungen noch zu erweitern. (Erneuter Beifall.) Niemand soll sagen, daß für Barth und Gerlach kein Platz mehr in unseren Reihen sei, sondern man soll an ihr Parteigefühl appellieren und sie zu gemeinsamer Arbeit auffordern. (Minutenlanger Beifall.) Man soll die gemeinsamen Gedanken hervorheben und auf beiden Seiten an einer Verständigung arbeiten. Ich warne unseren Freund Dr. Barth, den Lockrufen zu folgen, die ihn aus unserer Partei herauslocken wollen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wir wollen in unserer Partei die freie Kritik unter keinen Umständen missen, aber wir müssen doch sagen, daß die Art, wie Barth und Gerlach Kritik geübt haben, nicht richtig war. Sie haben damit nur den Dank der Sozialdemokratie geerntet, den Dank der Sozialdemokratie erhält der Liberalismus aber nur dann, wenn er ihr die Waffen liefert zum Kampf gegen den Liberalismus. (Stürmischer Beifall.)

Telegraphenassistent **Holtmeyer-Emden**: So glänzend Barth gesprochen hat, er hat mich doch nicht überzeugt. Es ist mir zweifelhaft geblieben, ob er selbst ebenso gesprochen hätte, wenn er im Parlament säße. (Beifall.)

Landtagsabgeordneter **Münsterberg-Danzig** schließt sich im wesentlichen Dr. Hohmann an. Niemand dürfe fordern, daß Barth und Gerlach der Partei den Rücken kehrten, aber sie müßten gewisse Grenzen innehalten. Die Haltung der Landtagsfraktion zur Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow sei bemängelt worden, aber sie habe eine würdige Ruhe bewiesen, anstatt fulminante Reden zu halten. (Stürmisches Gelächter bei der Minderheit.) Die Antwort müsse Fürst Bülow am 8. Juni bekommen.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (mit Beifall von der Minderheit begrüßt): Auch ich weiß, daß Kompromisse gemacht werden müssen, aber sie haben auch ihre Grenze, nämlich da, wo es sich um die absoluten ewigen Grundsätze des Liberalismus handelt. Die Minderheit, zu der ich gehörte, glaubte, daß diese Grundsätze durch den § 7 verletzt werden und hat deshalb gegen ihn und das ganze Vereinsgesetz gestimmt. (Lebhafter Beifall.) Die Fraktionsgemeinschaft wünschen auch wir aufrecht zu erhalten. Sie bedeutet keinen Fraktionszwang, wie unsere Abstimmung beweist. Die Art, wie die „Freisinnige Zeitung" den Kampf gegen politische Gegner führt, ist schamlos. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Aber das entschuldigt unsere Freunde nicht, wenn sie über die Stränge schlagen. (Abg. Pachnicke ruft: Ist das Einigkeit? Schamlosigkeit!) Ach, Herr Pachnicke, regen Sie sich doch nicht auf, was die „Freisinnige Zeitung" geschrieben hat, ist ja tausendmal schlimmer als irgend etwas, was hier gesagt worden ist. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Aber selbst sie soll uns nicht abhalten, an der Stärkung des einigen Liberalismus mitzuarbeiten. (Bravo!)

Nachdem dann noch Dr. Heckscher, Naumann und Gothein gesprochen hatten, wurde die Diskussion in vorgerückter Nachtstunde auf Mittwoch früh 8½ Uhr vertagt.

Sitzung vom 22. April.

Der Parteitag setzte die Generaldebatte über den Geschäftsbericht und die Tätigkeit der Reichstagsfraktion fort.

Reichstagsabg. Dr. **Heckscher** (von der Minderheit mit Aha!-rufen empfangen): Auch ich stelle die Einigkeit in den Vordergrund. Wir, die wir im Parlamente sitzen und in so gehässiger Weise angegriffen worden sind, sind der Ueberzeugung, daß wir die Politik getrieben haben, die wir im Interesse des Liberalismus treiben mußten und unbedingt festhalten müssen. Aber es stört uns die maßlose Kritik, die aus den eigenen Reihen kam. Dr. Barth sagte, daß der Reichskanzler nicht ernsthaft mit dem Liberalismus zu rechnen brauchte. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, so sind daran die schuld, die die Zersetzung im Liberalismus absichtlich hervorgerufen haben. (Sehr wahr!) Nichts schwächt eine Partei so sehr, als wenn die eigenen Mitglieder sich untereinander bekämpfen. Barth hat gesagt, daß, wenn es sich nur um den § 7 handeln würde, unsere Zustimmung zu ihm kein ausreichender Grund zu so scharfer Stellungnahme gegen unsere Haltung sein würde; er hat die Blockpolitik insgesamt verurteilt. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß er vom ersten Augenblick an ein leidenschaftlicher Gegner der Blockpolitik gewesen ist. Ich bin der Meinung, daß die Blockpolitik für uns das Gegebene und Richtige ist, und damit komme ich zur entscheidenden Frage, zu unserer Stellung zur Sozialdemokratie. Da trennen sich unsere Wege. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Auch ich habe einst fest daran geglaubt, daß ein Block der Linken im Bereich der Möglichkeit liege. Aber ebenso fest bin ich heute davon überzeugt, daß er eine absolute Unmöglichkeit geworden ist. (Wiederholte Zurufe bei der Minderheit: Baden! Baden!) Dr. Barth sollte einmal seine letzten Erfahrungen ausplaudern! Von wem ist denn Dr. Barth im Stich gelassen worden? Von der Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie will selbst mit Männern wie Barth und Gerlach nicht zusammengehen. (v. Gerlach: Oho!) Ist es ihnen etwa geglückt, in Berlin eine gemeinsame Versammlung von Sozialdemokraten und Liberalen zustande zu bringen? Ich habe in Ihren Blättern, dem „Berl. Tageblatt" und der „Berl. Volks-Ztg." nichts davon gelesen. Von keiner Partei werden wir so leidenschaftlich und rücksichtslos angegriffen wie von der Sozialdemokratie und darum ist der größte **Feind des Liberalismus die Sozialdemokratie.** (Oho!-Rufe bei der Minderheit.) Daß gerade Dr. Barth ein Feind der Blockpolitik ist, befremdet mich. Wie will denn er, der ein Freund des parlamentarischen Regimes ist, sein Ideal verwirklichen, wenn seine Partei nur aus drei Herren besteht, aus Barth, Gerlach und Breitscheid. (Lebhafte Zurufe bei der Minderheit: Oho! Wir auch! Wir auch!) Nur eine große Partei kann dem Liberalismus den Einfluß verschaffen, der ihm gebührt. Dr. Barth hat den Antrag Dove-Mommsen über die Zulässigkeit auch **indirekter neuer Reichssteuern** als bedenklich bezeichnet. **Ich begrüße diesen Antrag** (Lebhafte Oho!-Rufe bei der Minderheit) und würde es bedauern, wenn er zurückgezogen würde. Denn das Reich steht vor einer Lebensfrage, die mitzuentscheiden der Liberalismus ein Recht hat, und da dürfen wir uns nicht hinter das Prinzip verkriechen. Das Volk wird es uns danken, wenn wir uns nicht von Rücksichten auf engherzige Parteipolitik lenken lassen, sondern in den Vordergrund stellen das Interesse des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, wiederholte Zurufe bei der Minderheit: Hoch Heckscher! Hoch Bülow! Hoch der Bülow-Verehrer!)

Abg. Dr. **Naumann**

(mit lebhaftem Beifall empfangen): Als der nationalsoziale Verein sich auflöste, sagten wir uns, daß wir zu einem größeren Parteikörper gehen müßten, um in ihm zu arbeiten. Einige von uns sind damals zur Sozialdemokratie gegangen, andere zum Liberalismus, viele, darunter auch ich, haben sich die Frage lange überlegt, ob sie nicht doch lieber zur Sozialdemokratie gehen sollten. Was uns schließlich davon abgehalten hat, war die Tatsache, daß wir den vaterländischen Teil unserer Gedanken in der Sozialdemokratie in absehbarer Zeit nicht verwirklichen konnten. Sind wir deshalb nicht nach links gegangen, so haben wir uns deswegen doch nicht darüber getäuscht, daß der Weg nach rechts ebenso ein Weg voller Opfer sein würde. Der Uebergang zum Liberalismus wurde uns gerade durch die Person von Dr. Barth erleichtert. (Hört! hört!) Dr. Barth hat uns den Uebergang zum Liberalismus durch zwei Dinge erleichtert: vor allem indem er schuf, was man später die Barth-Naumannsche Taktik nannte. Er lehrte uns, daß die liberalen zersplitterten kleinen Fraktionen nichts erreichen könnten, daß wir einen großen einigen Liberalismus haben müßten. Barth hat zuerst gesagt, daß wir den Liberalismus bis zur Partei durchdenken müßten. Die zweite Lehre Barths war sein schöner Gedanke, daß das liberale Bürgertum mit der Sozialdemokratie zusammengehen und mit den Massen politische Fühlung nehmen müsse, um im Kampfe gegen rechts die liberalen Ideale zu verwirklichen. Dr. Rierhaus hat in der Begrüßungsrede gebeten, die alte Barth-Naumannsche Taktik nicht ganz zu vergessen. Er mag sich beruhigen. An dieser Taktik halte ich fest, so lange ich Politik treibe. (Stürmischer Beifall.) Aber die Art, wie Barth diese Taktik hier vertreten hat, ist nicht geeignet, zur Verwirklichung ihrer beiden großen Gedanken mitzuwirken, im Gegenteil, sie schädigt sie. Barth kann nicht sagen, daß die Freisinnige Volkspartei in den letzten Jahren anders geworden ist. Er kannte sie aus jahrelanger Praxis und trotzdem predigte er uns die Einigung. In der ersten Zeit hat er uns niemals den Vorwurf gemacht, daß wir uns zu viel mit der Volkspartei eingelassen hätten, sondern hat uns immer nur gesagt, ihr einigt euch zu wenig. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Jetzt, nach so kurzer Zeit, die die Fraktionsgemeinschaft besteht, kann er eine Sache nicht aufgeben wollen, die nie wieder gutgemacht werden kann. (Beifall.) Für die Sozialdemokratie hat es ja gar keine Bedeutung, ob eine kleine Gruppe ihr Sympathie entgegenbringt oder nicht. Gewiß wird sie diese Sympathie mit einigem Wohlwollen quittieren, aber auch so kann der Gedanke eines Zusammengehens zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie erst dann Leben gewinnen, wenn der Liberalismus eines Tages als geschlossene Größe die Erfahrung gemacht hat, daß er den Hintergrund für seinen großen politischen Kampf um die Macht gegen die Konservativen bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft suchen muß. (Lebhafter Beifall.) Diese beiden leitenden Gedanken werde ich für meine politische Arbeit für alle Zukunft aufrecht halten. Darum scheide ich mich von der Art, wie Cohn und Pachnicke hier über die Sozialdemokratie gesprochen haben, darin trennt sich mein Weg natürlich auch von Dr. Heckscher. Wenn der Liberalismus Einfluß erringen will, so kann er es nur im Kampfe gegen rechts, denn rechts steht die Macht. Aber die Zeit ist heute noch nicht dazu gekommen, wo man die Mehrheit der Liberalen dafür gewinnen kann. Solange die Sozialdemokratie nicht bittere Erfahrungen gemacht hat, aus denen auch sie lernt, daß sie es nicht allein machen kann, werden auch wir vergeblich die Lehre verkünden, daß alles, was nicht konservativ-klerikal ist, geschlossen zusammenstehen soll. Das Zentrum kann vorübergehend mit der Sozialdemokratie sich verbünden, weil es eine in sich selbst geschlossene Größe ist. Der Liberalismus kann es nicht, weil er nicht geeinigt ist. (Lebhafte Zurufe bei der Minderheit: Baden-Baden!) Dort mag es gegangen sein, aber in Berlin geht es nicht. Lesen Sie nur den „Vorwärts" auf der einen und die „Vossische Zeitung" auf der anderen Seite. Deshalb war es vernünftig von uns, daß wir auf den Block eingingen. Nun hat Barth von Demoralisation und Schwäche gesprochen. Es ist leicht, in Begleitung der Sozialdemokratie zu demonstrieren, die das noch besser und gründlicher besorgt. Aber wir können nicht dauernd den Liberalismus eine Protestpartei zweiten Ranges sein lassen. 80 Jahre hindurch haben wir uns mit dem Protestieren genug sein lassen. Wenn jetzt unsere 50 Mann im Reichstag nicht erreicht haben, was Barth wünscht, so liegt das nicht an ihrer Demoralisation, sondern daran, daß man nicht im Handumdrehen lernt, politische Ziele zu verwirklichen. In dem Liberalismus muß erst einmal das Gefühl wachgerufen werden, daß Politik etwas anderes ist als ein deklamatorischer Verein in Berlin. Gewiß haben wir als drittes Glied des Bülowschen Blocks wenig erreicht. Wenig aber nur im Verhältnis zu dem, was wir überhaupt erreichen wollen, viel, wenn man den Prozentsatz berechnet, den wir dem Block stellen können. Im Verhältnis zu ihrer Stärke im Reichstage haben die Liberalen gar manches erreicht. Wer hätte vor zwei Jahren an ein Reichsvereinsgesetz geglaubt? (Sehr wahr!), an ein Reichsgesetz, das uns hinweg bringen würde über das preußische, sächsische und mecklenburgische Vereinsrecht. Ich schätze auch das Börsengesetz nicht gering ein, es wird dem Handel etwas nützen, und damit auch der deutschen Wehrkraft. Und nun ein offenes Wort über die Führer der Freisinnigen Volkspartei. Es ist bei uns fast zur Gewohnheit geworden, den Vorsitzenden der Fraktionsgemeinschaft, Dr. Wiemer, anzugreifen und zu sagen, es sähe ganz anders aus, wenn ein anderer an seiner Stelle stünde. Ich muß sagen, daß Dr. Wiemer den Vorsitz in der Fraktionsgemeinschaft mit großer Korrektheit und Treue geführt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Darum kann ich nicht zugeben, daß Dr. Barth mit der Behauptung recht hat, wir hätten seinen Inhalt gewonnen. Eine rein ausgesprochene Idee ist keine politische Kraft. Die Idee wird erst materialisiert, wenn sie in Organisationen geformt ist. Noch ist die Fraktionsgemeinschaft ziemlich gefährdet, wenn sie so unvorsichtig angefaßt wird. Erst muß der Korpsgeist in ihr wachsen. Wir dürfen es nicht so darstellen, als ob wir innerhalb der Fraktionsgemeinschaft verraten und verkauft seien. Auch den Ausdruck „schamlos" gegen die „Freisinnige Zeitung" kann ich nicht billigen. Bewahren wir uns den freisinnigen Korpsgeist, dann werden wir innerhalb der Fraktionsgemeinschaft und innerhalb des Blocks etwas erreichen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Reichstagsabgeordneter **Gothein**:

Naumann hat an unseren Korpsgeist appelliert. Er sollte seine Mahnung auch an die andere Seite richten. Ich habe immer geschwiegen, wenn die „Freisinnige Zeitung" mich angegriffen hat. Aber wenn hier nun einmal ein kräftiges Wort fällt, sollte man wirklich nicht so empfindlich sein. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Ich hätte dem § 7 niemals zugestimmt. (Bravo! bei der Minderheit.) Denn ich halte ihn noch heute für **einen Verstoß gegen die liberalen Grundprinzipien** und für ein

unzweifelhaftes Ausnahmegesetz.

(Sehr wahr! bei der Minderheit.) Politische Kompromisse müssen da ihre Grenze haben, wo es sich um die Grundprinzipien des Liberalismus handelt. **Wir könnten die Reaktion überall wirksam bekämpfen, wenn sich Bürgertum und Sozialdemokratie überall zusammenschlössen.** (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Der ist ein Illusionist, der glaubt, im Block mit den Konservativen zusammen liberale Gesetze machen zu können. Durch dieses Zusammenwirken können nur **unsere Ideen verwässert werden.** Die nun eingetretene Entfremdung hat allerdings die Sozialdemokratie noch verschärft; daran ist die Niederlage der Revisionisten schuld. Wenn aber Herr v. Payer sagt, wir dürften weder Grund noch Vorwand liefern, uns aus dem Blocke auszuschalten, so lehne ich diesen Grundsatz ab. Wir waren in die glückliche Lage gekommen, mit den Konservativen und den Nationalliberalen zusammen die nationalen Forderungen bewilligen zu können und mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie freiheitliche Gesetze zu schaffen. **Hatten wir da den Block so nötig?** (Sehr gut! bei der Minderheit.) Jetzt hat nur das Zentrum Freude an unserer Haltung. Es kann sich den Luxus gestatten, mit freiheitlichen Anträgen zu paradieren. Wir müssen wieder eine Annäherung suchen an Zentrum und Sozialdemokratie, denn im Bunde mit ihnen können wir politische Freiheiten erringen, **nicht aber im Bunde mit den Konservativen.** (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Die Fraktionsgemeinschaft war gewiß ein großer Fortschritt. Aber, wenn ich sehe, was vor den Toren Berlins vor sich geht, wird meine Freude an der Fraktionsgemeinschaft erheblich herabgestimmt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich denke höchst skeptisch über die Frage, ob wir noch weiter mit der Freisinnigen Volkspartei zusammenarbeiten können. Die Vorbedingung einer weiteren Arbeit muß jedenfalls sein, daß unser Einfluß auf die liberale Politik nicht gemindert wird. In das Lob Heckschers auf den Fürsten Bülow kann ich nicht einstimmen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das ist ja seine Spezialität. War denn wirklich die Gefahr so groß, daß Fürst Bülow das Reichsvereinsgesetz scheitern ließ? Fürst Bülow hat einfach mit seiner Geschicklichkeit es verstanden,

uns zu bluffen.

(Sehr wahr! bei der Minderheit.) **Es ist dringend notwendig,**

mit der Blockpolitik endlich ein Ende zu machen.

(Stürmischer Beifall bei der Minderheit.) Ich sehe schwarz in die Zukunft, weil ich befürchte, daß die Mehrheit der Fraktionsgemeinschaft die Blockpolitik fortsetzen wird. Nach zwei Schlägen ins Gesicht, die Fürst Bülow dem Blockliberalismus gegeben hatte, ich meine das Enteignungsgesetz und die Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow, haben wir entschieden verlangt, daß die Fraktion mit der Blockpolitik brechen sollte. Da hat man uns gesagt: Um Gottes Willen noch nicht, warten wir doch erst die Finanzfragen ab. (Aha!-Rufe bei der Minderheit.) Das ist ein ganz falscher Standpunkt. An meinen Freund Barth richte ich die dringende Bitte: Bleibe bei uns, gehe nicht von uns. (Stürmischer Beifall.) **Wir sind in der Gefahr,**

zu Nationalliberalen zu werden.

Aber gerade gegenüber einer solchen Gefahr ist **uns jetzt ein entschiedener Liberalismus doppelt und dreifach notwendig.** (Stürmischer wiederholter Beifall.)

Arbeitersekretär **Jakob-Essen** bedauert den Ton, den Pachnicke angeschlagen hat. Wenn Dr. Pachnicke eine solche Rede im Ruhrrevier gehalten hätte, wären die Arbeiter von ihm abgefallen. Wir in Essen geben Dr. Barth in der Beurteilung der politischen Lage recht. (Hört! hört!) Wir können nicht etwa den Ausführungen Cohns und Heckschers über die Sozialdemokratie folgen.

Das können wir Arbeiter nicht mitmachen.

Der christliche Arbeiterführer Behrens, der für den § 7 gestimmt hat, hat in Rheinland-Westfalen jeden Einfluß verloren. Das sollten wir uns zur Warnung dienen lassen. (Sehr wahr! bei der Minderheit.)

Reichstagsabgeordneter **Mommsen**: Auch ich verkenne nicht, daß der § 7 für das Ruhrrevier manche Gefahren und Schwierigkeiten mit sich bringt. Aber ich glaube, daß er in seinen Wirkungen auch nicht übertrieben werden darf. Im übrigen unterschreibe ich durchaus nicht alles, was Pachnicke und Heckscher gesagt haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Auch ich gebe zu, daß sich beim Vereinsgesetz mit einer geschickteren Taktik wohl mehr hätte erreichen lassen. Aber wir sind eben alle schwache Menschen und die Abgeordneten sind die schwächsten. (Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Rudolf Breitscheid

(von der Minderheit mit demonstrativem Beifall empfangen): Dr. Pachnicke hat das Tischtuch zwischen ihm und uns mit einer Energie zerschnitten, die ich ihm nach dem 10. Januar nicht mehr zugetraut hätte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei der Minderheit.) Hätte er nur die Hälfte dieser Energie im preußischen Abgeordnetenhause nach der Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow aufgebracht, so könnten wir heute ganz anders verhandeln. Dr. Pachnicke hat gestern außerordentlich lebhaft beteuert, daß eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen uns hindurch geht. Ich will zunächst nicht daran mithelfen, eine Brücke über diese Kluft zu bauen. Aber daß diese Kluft gähnt, ist nicht unsere Schuld. Gewiß sind manche scharfen Worte von uns in den letzten Wochen gefallen. Unter meiner Zustimmung sind Resolutionen angenommen worden, in denen die Haltung der Mehrheit der Fraktionsgemeinschaft scharf gerügt wird. Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, wie die Freisinnige Volkspartei vorgeht. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Die „Freisinnige Zeitung" gehört ja nun auch schon zu den sakro-

sankten Paladien des Liberalismus, die niemand mehr angreifen darf. Naumann mag sich daran erinnern, daß er noch vor kurzer Zeit gerade wie wir jetzt von der „Freisinnigen Zeitung" mit Kot beworfen wurde, so daß jedem von uns die Zornes welle ins Gesicht stieg. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Ist es da nicht richtig, wenn wir sagen, das Vorgehen der „Freisinnigen Zeitung" ist schamlos? Die „Freisinnige Zeitung" ist nicht irgend ein beliebiges Blatt. Jeder weiß, wer hinter ihr steht, sie schreibt nur, was die offiziöse Billigung der leitenden Männer der Freisinnigen Volkspartei findet. (Sehr richtig!) Payer erklärte am 4. April, daß die Freisinnigen den Weg weiter gehen würden, den sie bisher gegangen sind. Wegen dieser Rede habe ich mich, daß muß ich offen sagen, als Liberaler einigermaßen geschämt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit, Zischen bei der Mehrheit.) Das Festhalten an der Fraktionsgemeinschaft bedeutet weiter nichts als die **Unterwerfung** unter die Ansichten **und Beschlüsse der freisinnigen Volkspartei.** Es ist nur eine Frage von wenigen Monaten, das die Freisinnige Vereinigung in der Freisinnigen Volkspartei aufgeht. (Oho!-Rufe.) Wir sind auf dem Wege zur Fusion. Die führenden Mitglieder der Fraktion sind sich darüber klar, daß es wünschenswert, ja notwendig ist, zur freisinnigen Volkspartei überzugehen. (Hört! hört!) So soll die Einigung des Liberalismus folgerichtig durchgeführt werden. (Heiterkeit.) Die Fraktionsgemeinschaft ist nach unserer Ueberzeugung weiter nichts als die

Vorstufe zur Einigung mit den Nationalliberalen.

(Abg. Heckscher ruft: Sehr richtig!) Die Zeit ist nicht fern, wo Herr Heckscher sagte, bei Nationalliberalen sei keine Spur von Liberalismus vorhanden. (Hört! hört!) Wie kann man überhaupt mit einer Partei zusammengehen, die zwar immer schweren Herzens, aber stets unter allen Umständen die Volksfreiheit verrät? (Sehr richtig! bei der Minderheit.) § 7 des Vereinsgesetzes ist nichts weiter als ein Symptom. Es mußte so kommen, daß man in dieser wichtigen Frage, um die Freunde der rechten Seite nicht zu verletzen, liberale Grundsätze preisgab. Was die **Wahlrechtserklärung** des **Fürsten Bülow** anlangt, so haben die freisinnigen Führer diese Erklärung

am Abend vorher gekannt.

(Hört! hört!) In zwölf bis achzehn Stunden hätte da auch Herr Pachnicke eine Erklärung sich ausdenken können, die mehr Hörner und Zähne gehabt hätte. Jetzt reist Herr Kopsch im Auftrage des Wahlausschusses im Lande umher und predigt die Notwendigkeit des Kulturblocks bis zu Herrn v. Zedlitz, der der ärgste Feind des Wahlrechts ist. (Sehr richtig!) Warum ist Professor Brentano aus der Partei ausgetreten? Das alles gibt zu denken. Wir können die Verantwortung für die Blockpolitik nicht weiter übernehmen, **denn der Block ist nichts weiter als ein Institut der Erziehung zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterbewegung.** (Sehr richtig!) Das Zentrum soll später auch darin aufgenommen werden. Dann beginnt

der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Wir stehen auf dem alten Boden Naumanns, auf dem Boden des demokratischen sozialen Liberalismus, und wir wollen die Naumannsche Politik, wenn es nötig ist, auch ohne Naumann weiter treiben! (Stürmischer Beifall bei der Minderheit. Zischen.)

Dr. Dehrn-Stettin: Für die würdige Haltung unserer Parlamentarier, wie hier gesagt wurde, hat das Volk kein Verständnis. Es sagt sich vielmehr, daß diese Haltung eine unwürdige ist. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Dr. Barth müssen wir auf alle Fälle bei uns behalten, **damit uns Herr Pachnicke nicht verraten kann.** Breitscheid sagt, wenn es so weiter geht, werden wir nationalliberal. Ich glaube zwar nicht, daß es so schnell geht, aber wenn Dr. Barth herausgeht, **geht es noch schneller.** (Beifall und Heiterkeit.) Mit dem Austritt Dr. Barths schwächen wir die Stellung unserer Freunde in der Fraktionsgemeinschaft. (Lebhafter Beifall.)

v. Gerlach

(mit Beifall und Zischen empfangen): **Man zitiert den Ton** und die Forderung unserer Polemik. Das erinnert mich an das Vorgehen der Regierung gegen Beamte, die an sich sachlich gerechtfertigte Wünsche vorbringen. Dann sagt man, der Ton paßt uns nicht. Ich mag manchmal etwas zu scharf geworden sein, aber ich bereue nicht ein einziges Wort, das ich seit dem 10. Januar gegen die Fraktionsgemeinschaft geschrieben habe. (Lebhafter Beifall und Zischen.) § 7 des Vereinsgesetzes ist eine

Verletzung der Grundsätze des Liberalismus.

Das hat selbst ein konservativer Mann, wie Prof. Delbrück, und auch Prof. Laband, zugegeben. § 7 bedeutet die **Verkümmerung der Versammlungsfreiheit.** (Sehr richtig!) Mit der Begründung von der polnischen Gefahr kann man noch viel besser ein Sozialistengesetz befürworten. Wenn schon eine Gefahr besteht, dann sind die drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen eine viel größere Gefahr, vom Standpunkt des Staates, als die drei Millionen Polen. Das ist eben die schiefe Ebene, auf die man gerät. Naumann hat an seinem Endziel, der großen Linken, festgehalten. Aber erst will er einen mächtigen Liberalismus schaffen. Er sagte, heute fehlt sowohl bei der Sozialdemokratie wie beim Liberalismus die psychologische Disposition für das Zusammengehen. Das mag richtig sein. Aber es gibt kein ungeeigneteres Mittel, diese psychologische Disposition herbeizuführen, als sein Vorgehen. **Der Block hat nur die Aufgabe, gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten. Wie kann man sich vorstellen, daß das Zusammenfassen aller reaktionären Elemente mit den liberalen die Liberalen geneigter machen kann, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen?** (Sehr richtig!) Das kommt mir gerade so vor, als wenn man in einen Korb, in dem verfaulte Aepfel liegen, ein paar gute Aepfel hineinwirft und nun sich einbildet, man habe jetzt ein gesundes Nahrungsmittel. (Heiterkeit und Beifall.) Der Block hat nicht die Konservativen liberaler gemacht, sondern die Liberalen konservativer. (Lebhafter Beifall.) Der Block dient zu nichts weiter, als wie der

Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Einzelne Reden, wie wir sie gestern und heute gehört haben, könnten ebenso gut in jeder Versammlung des Reichsverbandes gehalten werden. Solche Reden wären noch vor zwei Jahren auf dem Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung nicht möglich gewesen. Das ist auch eine Blockfrucht! (Heiterkeit.) Wie der Block weiter wirkt, sehen wir ja auch an dem Antrage Dove-Mommsen. Wir sollen **Verbrauchssteuern bewilligen.** (Hört! hört!) Man sieht also, wohin die Reise geht, von einer Konzession zur anderen. Diese Reise können wir nicht mitmachen. Ich bin nicht nach Frankfurt gekommen, um aus der Partei auszutreten (Beifall), aber ich bin hierher gekommen mit der absolut klaren Erkenntnis, daß wenn der Parteitag nicht erklärt, daß die Zustimmung zum § 7 eine Verletzung der liberalen Grundsätze ist, ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist. (Hört! hört! Beifall bei der Minderheit.) Wenn wir irgend eine verwaschene Resolution annehmen, dann hat die Fraktion Blankovollmacht für künftige Verstöße. (Sehr richtig!) Wir können ruhig einmal riskieren, der Reichstagsfraktion zu sagen: Ihr habt falsch gehandelt! Sonst sind die Delegiertentage eine bedeutungslose Kundgebung. **1903 haben wir ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für die Landtagswahlen von Fall zu Fall beschlossen.** Heute wagt kein Mensch mehr, einen solchen Antrag zu stellen. Was würden auch die Herren Fischbeck und Kopsch dazu sagen? (Sehr richtig! Zuruf: Sozialdemokratischer Wahlaufruf!) Der sozialdemokratische Wahlaufruf ist die

absolut notwendige Konsequenz der Blockpolitik.

(Sehr richtig! bei der Minderheit.) Die Sozialdemokraten müßten **Narren** und **Feiglinge** sein, wenn sie sich anders stellen würden. (Sehr richtig!)

Die Sozialdemokratie verhält sich diesmal genau so korrekt wie 1903. Sie hat uns damals das bescheidene Angebot gemacht, in ganz Schleswig-Holstein nur ein Mandat zu bekommen, dann würde sie alle unsere Abgeordneten heraushauen. Aber nicht ein einziges Mandat haben die Freisinnigen ihr zugestanden und haben dadurch

glattweg Dutzende Mandate der Reaktion ausgeliefert.

(Sehr richtig! Zuruf: Wo sind die Wahlmänner, die für Sozialdemokraten stimmen?) Es gibt Tausende und Abertausende unabhängiger Freisinniger, die das tun könnten. Abgeordneter Singer erklärte, die Sozialdemokratie sei bereit, sich mit den Freisinnigen für die Landtagswahlen zu verständigen. Jetzt erklärt die gesamte freisinnige Presse: **Lieber unterstützen wir jeden Reaktionären, als daß wir auch nur einen Sozialdemokraten wählen.** (Lautes Hört! hört!) Machen wir uns doch keinen blauen Dunst vor! Es kommt gar nicht darauf an, ob wir 30, 40 oder 50 Abgeordnete im Landtag sitzen haben, wir wollen nur ehrliche demokratische Politik treiben, einen kräftigen Volkssturm bei den Wahlen entfesseln. Lieber will ich einsam meinen Weg gehen, als Soldat in einer Armee zu sein, die nach rechts marschiert. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit.)

Pfarrer Corell-Königsstedten

(mit Beifall begrüßt): **Wir in Hessen arbeiten als Freisinnige aller drei Richtungen zusammen und mit Freuden gedenke ich der Mitarbeit der Anhänger der Freisinnigen Volkspartei.** (Beifall.) Wir arbeiten alle zusammen gegen rechts und gegen die Liberalen Heylscher und Dr. Beckerscher Observanz. Deshalb sind wir auch zu 95 Prozent entschiedene Gegner der Blockpolitik. (Beifall.) Wenn Fürst Bülow nach dem Zusammenstoß Einem-Paasche im Reichstag die Vertrauensfrage stellte, so kann das bei der ersten besten Gelegenheit wieder geschehen, zum Beispiel wenn über die bekannten Handlungen von allerhöchster Stelle in den letzten Wochen von unseren Vertretern im Parlament Kritik geübt wird. **Eine große Gefahr der Blockpolitik besteht darin, daß wir der Sozialdemokratie gegenüber den Standpunkt der Objektivität und Sachlichkeit verlieren.** (Sehr richtig!) Es ist nicht richtig, wie es z. B. Dr. Cohn getan hat, daß man zur Unterstützung der Rechtsnationalliberalen einen Wahlkreis bereist, nur um einen Sozialdemokraten herauszudrängen, mit dem man bis dahin im Landtage zusammengearbeitet hat. Man soll also nicht immer sagen, nur die Sozialdemokraten haben die Schuld. Damit macht man sich noch lange nicht zum Schleppträger der Sozialdemokratie. Wir können uns gegenüber der Sozialdemokratie nur behaupten, wenn wir sie gerecht beurteilen. (Beifall.) Die Gefahr, daß wir das nicht mehr tun, liegt bei der Blockpolitik vor. Auf die Ordensgeschichte lege ich keinen allzu großen Wert. Aber ich meine, man sollte immerhin Rücksicht auf das Volksempfinden nehmen. (Sehr richtig!) In weiten Kreisen des Volkes ist der Eindruck vorhanden gewesen, daß in der Tat hier und da kleine Eitelkeit im Spiele war. (Sehr richtig! **Das Vereinsgesetz ist ein Rückschritt gegen unseren bisherigen Zustand, § 7 ist eine Verletzung der Grundsätze des Liberalismus.** Daraus erklärt sich unsere Protestkundgebung gegen das Vereinsgesetz, die von der „Freisinnigen Zeitung" lächerlich zu machen versucht wurde. Die „Freisinnige Zeitung" hat mir speziell das Zeugnis ausgestellt, daß ich damit eine Hülfsaktion für Herrn v. Gerlach einleiten wollte. Darauf kann ich nur antworten: Herrn v. Gerlach dem Liberalismus zu erhalten, ist mir viel wertvoller, als den Fürsten Bülow dem deutschen Volke als Reichskanzler zu erhalten. (Lebhafter Beifall.) Trotz alledem halten wir fest an der Fraktionsgemeinschaft, weil wir sie für wertvoll halten. Im Zusammenarbeiten mit der Volkspartei erblicke ich keine Schädigung des Liberalismus. Ja, ich gehe weiter. Ich arbeite sogar im Nationalverein für das liberale Deutschland **mit Nationalliberalen zusammen,** um auch sie zur demokratischen Politik zu bekehren. Wenn ich nun an der Fraktionsgemeinschaft festhalte, so hat das die Konsequenz, daß ich auch am Block **festhalten muß, den ich an und für sich aufs schärfste verurteile.** Wenn ich aber am 10. Januar unter der Einwirkung der Erklärung des Fürsten Bülow im preußischen Abgeordnetenhause meinerseits erklärt habe, daß ich nach dem Verhalten der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage politisch nicht mehr tätig sein wollte, so nehme ich keinen Anstand, diesen Schritt, den ich am 10. Januar getan habe, heute zu widerrufen. Ich tue das nicht, um darin etwa eine Anerkennung des Blocks auszudrücken, sondern um die Fraktionsgemeinschaft nicht zu zerstören. Gerade die Trennung hat den Liberalismus geschädigt. Wenn Dr. Breitscheid die Freisinnige Volkspartei angreift, so mag das gut sein. Wenn er aber auch Naumann angreift, so gehe ich nicht mehr mit. Naumann ist uns stets selbst treu geblieben und wir werden ihn heraushauen, mag er stehen, wo er will. Es läßt sich kein Naumannscher Liberalismus treiben ohne Naumann. Lassen Sie uns zusammenbleiben, damit der Block möglichst bald auseinandergehe. Bleiben wir zusammen, damit nicht der Liberalismus auseinandergeht. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Dr. Rosenberger-Charlottenburg: Pfarrer Corell hat gut reden von einem Zusammenarbeiten mit der Freisinnigen Volkspartei. Er lebt in Hessen, aber wir in Berlin. **Und vor den Toren Berlins hat die Freisinnige Volkspartei mit den Nationalliberalen ein Bündnis abgeschlossen, um zwei freisinnige Kandidaten unserer Richtung zu Fall zu bringen,** nur weil wir uns den beiden Parteipäpsten in der Zimmerstraße nicht beugen wollten. (Hört! hört! bei der Minderheit.)

Pastor a. D. Kötschke: Naumann ist unser politischer Lehrer gewesen, aber wenn wir ihm jetzt folgen sollten, müßten wir erst umlernen. Wir dürfen ruhig der Fraktion einen Tadel aussprechen, dazu sind wir einfach verpflichtet. Auf den Block brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen. Wenn Naumann sagt, der Feind steht rechts, so steht das mit seinem Handeln in der letzten Zeit in Widerspruch. Früher wollte Naumann keine Zweifrontentheorie. Jetzt ist sein Blick durch den Block getrübt. (Sehr wahr! bei der Minderheit.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Potthoff: Wenn wir Mitglieder verlieren sollen, so ist es besser, wir verlieren sie nach Rechts. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Die letzte Frage ist die, ob wir Pachnicke zur Freisinnigen Volkspartei folgen wollen, wohin er gehört, oder ob wir den Wahlverein der Liberalen als politisch demokratischen Verein erhalten wollen. Dann ist das beste Konservierungsmittel Barth. Den linken Flügel können Sie nur halten, wenn Sie auf den rechten zu verzichten wagen. Entweder spricht Pachnicke selbst aus, daß er zur Freisinnigen Volkspartei gehen will, oder die Versammlung muß ihm den Austritt nahelegen. Die „Freisinnige Zeitung" hat schon die Hausknechtsärmel aufgekrempelt. Wenn im Herbst die Fusion mit der Freisinnigen Volkspartei kommt, wird für uns kein Platz mehr sein. Sie können Barth hinaustreiben, aber die Barthschen werden Sie nicht los. (Lang anhaltender Beifall bei der Minderheit.)

Reichstagsabgeordneter Schrader: Ich halte allerdings eine Vereinigung mit der Freisinnigen Volkspartei für notwendig, aber sie kann sich natürlich nur vollziehen mit Zustimmung des Parteitages.

Rechtsanwalt Brabant-Hamburg: Die Liberalen Hamburgs stehen einmütig auf dem Standpunkte Corells. Wenn Barth und Gerlach uns heute verlassen, so können sie mit dem Bewußtsein von uns scheiden, daß sie hingebungsvolle und treue Arbeit für den Liberalismus geleistet haben.

Arbeitersekretär Wolter-Berlin: Wenn wir in der Mark noch einige Erfolge bei den Arbeitern gemacht haben, so gebührt der Dank dafür der Richtung Barth. Lassen Sie unseren rechten Flügel gehen, wohin er gehört, zur Freisinnigen Volkspartei. Wir aber treiben weiter praktische Sozialpolitik im Sinne Barths.

Reichstagsabgeordneter Pachnicke: Ich möchte es nicht unwidersprochen lassen, wenn gesagt wird, nach Barths Weggang werde die liberale Sozialpolitik stillstehen. Ich habe schon 1898 mit Roesicke im Reichstage sozialpolitisch gearbeitet. Es ist nach wie vor meine Meinung, **daß eine Verschmelzung mit der Freisinnigen Volkspartei auf die Dauer nicht zu vermeiden sein wird.** Das ist ganz einfach die Konsequenz der Fraktionsgemeinschaft, die nur zur richtigen Zeit gezogen werden muß und gezogen werden wird. Auf die freundliche Hinauskompromittierung kann ich nur antworten: Je nach dem Gange der Dinge werden meine Freunde und ich die Folgerungen aus den Beschlüssen ziehen. Nur bitte, fassen Sie Ihre Beschlüsse so klar wie möglich. (Zischen bei der Minderheit.)

Von Dr. Herz-Harburg ist eine Resolution folgenden Wortlauts eingegangen:

„Bei Anerkennung der Motive der Fraktionsmehrheit bedauert der Delegiertentag ihre Zustimmung zu § 7 des Reichsvereinsgesetzes als eine Verletzung der Grundlagen des Liberalismus. Der Parteitag spricht sich für die Aufrechterhaltung der liberalen Fraktionsgemeinschaft aus in der Erwartung, daß sie den Liberalismus kräftigen wird."

Rechtsanwalt **Brabant** (Hamburg) **beantragt, den ersten Satz** wie folgt zu fassen:

„Der Delegiertentag bedauert die Stellung der Fraktionsgemeinschaft zu § 7, wenn er auch die Motive, die sie zu dieser Stellung geführt haben, durchaus anerkennt."

Die Reichstagsabgeordneten **Mommsen, Dr. Heckscher, Naumann** und Dr. **Pachnicke** erklären nacheinander, daß sie in der Annahme dieser Resolutionen ein **Mißtrauensvotum** gegen die Reichstagsfraktion erblicken und die **notwendigen Konsequenzen ziehen müßten.**

Reichstagsabgeordneter Dr. Potthoff: Nachdem die Mehrheit der Fraktion diese Erklärung abgegeben hat, kann ich im Gegenteil für die Minderheit erklären, daß wir in der Ablehnung des Antrages Brabant ein **Mißtrauensvotum gegen uns sehen** und unsererseits die Konsequenzen ziehen würden.

Hierauf erfolgt die **Abstimmung.** Dr. Herz-Harburg zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages Brabant zurück. Die Abstimmung über den Antrag Brabant ist eine **namentliche,** sie ergibt die

Ablehnung

des Antrages mit **315** gegen **98** Stimmen bei **18 Stimmenthaltungen.** (Lautes Bravo! bei der Mehrheit; Zischen und Lärm bei der Minderheit.)

Nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses erklärten 20 Mitglieder des sozialliberalen Vereins Berlin und der Vereine in Erlangen, Nürnberg und Aachen ihren **Austritt aus dem** Wahlverein der Liberalen. Darunter befinden sich **Dr. Barth, v. Gerlach, Dr. Breitscheid, Pastor a. D. Kötschke,** Schriftsteller Kurt Bürger und andere.

Es erfolgte nunmehr namentliche Abstimmung über die Resolution Pfarrer Corell und Professor Lizst-Charlottenburg. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag spricht sich für die Aufrechterhaltung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft aus in der Erwartung, daß sie den Liberalismus festigen wird. Er hält es für notwendig, alle entschieden liberalen Elemente zusammenzufassen, fordert auf, im Rahmen der liberalen Fraktionsgemeinschaft den entschiedenen Liberalismus zu vertreten, hält es aber im Interesse einer solchen Politik für geboten, daß alle Kritik, die in keiner Weise unterbunden werden soll, sich stets der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens bewußt bleibt."

Diese Resolution wurde mit **371** gegen **33** Stimmen bei **12 Stimmenthaltungen** angenommen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Der Gau VII des Schuhmacher-Verbandes

hielt eine Gaukonferenz im Gewerkschaftshaus zu Berlin ab. Anwesend waren 44 Delegierte aus 24 Zahlstellen. Vier Mitglieder der Gauverwaltung und Appel aus dem früheren Gau XI nahmen gleichfalls teil. Der Gauleiter Hamacher gab zu dem, den Delegierten zugestellten gedruckten Geschäftsbericht noch einige Erläuterungen, an die sich die Berichte der Delegierten aus den einzelnen Zahlstellen anschlossen. Aus denselben ist hervorzuheben, daß trotz Gründung von gelben Gewerkschaften, wie in Frankfurt a. Oder, sehr erfreuliche Resultate in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnaufbesserungen erzielt wurden. Besonders hat der Kampf der Ballschuharbeiter in Berlin gezeigt, was durch die Organisation zu erreichen ist. Die Zahl der Differenzen betrug in der zweijährigen Berichtsperiode insgesamt 81, von denen 81 zur Arbeitsniederlegung führten. Allgemeine Bewegungen hatte man insgesamt 16. Auf die Schoßarbeiter entfielen hiervon 13, auf die Fabrikarbeiter 3.

Die gesamten Differenzen wurden in 52 Fällen durch Forderungen von Lohnerhöhungen hervorgerufen, in 6 Fällen waren Lohnabzüge die Ursache und in 23 Fällen waren es Maßregelungen, meist durch Einführung neuer Maschinen veranlaßt, ferner sogenannte Lohnregulierungen. 34 Verhandlungen mit den Unternehmern oder Unternehmerkorporationen fanden durch die Gauverwaltung statt.

Hierauf hielt Hamacher einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Agitation und Organisation im Gau VII", an den sich eine lebhafte Diskussion schloß, in der Krone-Kottbus, Frohn-Stettin, Nowak-Strausberg, Tiche-Berlin und Reuter-Charlottenburg sprachen. Nachdem einige Anträge zur Statutenänderung ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. L. 12. Das Gesuch ist an die Steuerdeputation des Magistrats zu richten, die es bewilligen kann, nicht muß. Beweismittel: Invalidenkarte, Zeugnis der Ehefrau. — **E. L. 33.** Strafantrag an keine Antragsfrist gebunden, weil Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs. Aufforderung zum Ersatz des Schadens nicht strafbar. — **J. S. 95.** 1. und 2. Nein. Die Frau kann intervenieren. 3. Nein. Der Sohn kann intervenieren. — **G. S., Tegel.** Gesetzlich können Sie den Abzug machen, vertraglich ist aber jedenfalls etwas anderes bestimmt. Setzen Sie eine vierzehntägige Frist zur ordnungsmäßigen Einrichtung mit der Drohung, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist ausgehen und Schadenersatz fordern. — **Alex Krause.** Rückforderung ist unzulässig, wenn eine unverschuldete Säumnis vorlag. Durch Abzug vom Lohn darf sich die Firma ohne Ihr Einverständnis befriedigen. — **K. G. 12.** Lassen Sie sich die Urteile vom Gerichtsvollzieher zurückgeben und beantragen Sie dann beim Amtsgericht Lohnpfändung und Ueberweisung. Die Urteile sind beizufügen. — **F. S. 30.** Nicht verjährt. — **F. 28.** Einen Rechtsanspruch auf Herausgabe des Urteils haben Sie vorläufig nicht. Bitten Sie den Vorstand der Anwaltskammer um Vermittelung. — **00.** Nein. — **Völkner.** Die Rente geht weiter. — **L. W. 44. Rixdorf.** Privatklage gegen den jungen Mann wegen Beleidigung, weil er behauptet hat, Sie hätten das gesagt. — **J. P. 100.** Nein. — **E. Schultze.** Kommt auf den Inhalt der Worte an. Wahrscheinlich nein. — **G. M. 54.** Die Augen müssen ersetzt werden. Genossenschaft hat die Auslagen zu erstatten. — **R. 6.** Das Urteil ist mit Vollstreckungsauftrag an die Gerichtsvollzieherverteilungsstelle des über den Wohnort des Schuldners zuständigen Amtsgerichts zu senden. — **G. H. 100.** 1. Leider ja. 2. und 3. Bestimmungen hierüber existieren leider nicht. Zu 1 solange, als es ohne Schaden der Gesundheit geschehen kann. Zu 2, üblicherweise von 4 Uhr nachmittags ab. 4. Fragen Sie in Spezialgeschäften der Branche an.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. **Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.**

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 26. April 1908, vormittags 10 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal 1908 und Bericht der Revisoren. 2. Stellungnahme zur Maifeier.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. 30/4*

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen in der Versammlung zu erscheinen.

Der Zweigvereinsvorstand.

Baustellen und Landparzellen

□R. von 4 Mark an

nahe

Bahnh. Fredersdorf

Auskunft täglich im Pavillon am Bahnhof und bei 2601Z*

Nieschalke & Nitsche

Berlin, Neue Königstr. 16.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Freitag, den 24. April 1908, abends 8½ Uhr, im Schullokal, Grenadierstraße Nr. 37:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Wahl zweier Revisoren. 3. Anträge. 4. Schulangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge werden entgegengenommen.

Prämie für die Leser des „Vorwärts“.

Ausschneiden und sofort einsenden!

Unser großer Hand-Atlas

enthält **150** Seiten mit **138 Vollkarten** und außerdem eine Menge Nebenkarten.

Dem allgemeinen Verlangen nach einem erstklassigen Hand-Atlas, den sich des hohen Preises wegen nur wenige anschaffen können, Genüge zu leisten, haben wir einen **kartographisch exakten**, in jeder Beziehung das **Neueste enthaltenden großen Hand-Atlas** herstellen lassen. — Derselbe ist **auf feinstem Atlaskarton in vielen Farben gedruckt**, und wird unter den vielen anderen bisher bestehenden Ausgaben an erster Stelle rangieren. **Außer politischen, physikalischen, astronomischen u. meteorologisch.** Karten enthält dieser Hand-Atlas ganz ausführliche **Geschichtskarten** sowie auch **Spezialkarten** aller durch **Naturschönheiten** bevorzugten, sowie zur Kur, sei es am Meer oder im Gebirge, geeigneten Plätze unseres deutsch. Vaterlandes in ausführl. Bearbeitung nach neuestem Material. Ein großer Hand-Atlas kostete **sonst ca. 30 M.**, während es uns durch eine Riesenauflage mögl. ist, dies. Prachtwerk zu dem enorm billigen Preise von **nur 6 M.** an die Leser des „Vorwärts“ abzugeben.

Format: 30×23 cm.

Prachteinband, Hoch- und Goldprägung.

Für Bestellung bitte nebenst. Bestellschein zu benutzen od. a. d. Ztg. Bezug zu nehm.

Bestellschein

für die Leser des **„Vorwärts“.**

Der Unterzeichnete bestellt hiermit unter Nachnahme beim **Neuen Allgemeinen Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 66, Mauerstr. 86—88:**

_____ Stck. Neuer gr. Hand-Atlas à 6,00 M., zuzüglich 50 Pf. für Porto; Ausland-Zuschlag nach Posttarif.

Ort: _____

Name: _____

Dürkopp

bestes Material
vorzüglichste Arbeit
eleganteste Ausstattung

Kataloge umsonst.

Dürkopp & Co., A.-G.
Bielefeld.
Gegründet 1867. Ca. 4000 Arbeiter.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
M. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Gardinen, Portieren, Decken, Federbetten, Bettwäsche, Bilder, Uhren auf Teilzahlung. Nur Postkarte erbeten.

L. Matzner, Berlin, Augustistraße 50.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Teppiche mit Farbenfehlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 6488*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 6499*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 6505*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 6515*

Tischdecken, Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 6530*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 6541*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 331R

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332R*

Installateure und Händler kaufen Gaskronen, Zugampeln, Beleuchtungsgegenstände, Hängelicht, Gaskocher allerbilligst bei Baumann, Alte Jakobstraße 125, Spezial-Großhandlung. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. [†27

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. †27

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †27

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borbagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Anzüge, elegante, 10,00, 15,00, 20,00, Freischwinger 10,00 Gubenerstraße 3—4, Pfandleihe. †29*

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16,00, Gardinen, Tischdecken spottbillig Gubenerstraße 3—4, Pfandleihe. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Pumpenwolff, Ackerstraße 81, hat 500 Abessinier eigenhändig aufgestellt. Pumpen von 8,00 bis 100,00, gebrauchte 5,00. Gartenspritzen, Leiherdbohrer umsonst. †71*

Hermannplatz 6! Pfandleihhaus! Spottbilligste Einkaufsquelle! Für Arm und Reich! Staunend billige Sommerpaletots! Herrenanzüge! Extragroßer Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Riesenauswahl! Verkaufsräume im Pfandleihhause Hermannplatz 6, auch Sonntags geöffnet! †101

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Fabriklager aller Systeme. Teilzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. †132*

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte. Schneider, Kurfürstenstraße 172 (Dennewitzstraße) 638R*

Milchverkaufs-Apparate, Kübel, Kannen, Flaschen, geeichte Maßgefäße. Otto Lindner, Gartenstr. 96.

Wegen Auflösung der Handelsgesellschaft Sommer u. Wolf, Gardinen- und Teppichhaus spottbilliger Inventurverkauf in Teppichen, Gardinen, Steppdecken, Plüschportieren usw. bis zur Hälfte des Wertes. Schnellster Einkauf unbedingt empfehlenswert. Richard Wolf vorm. Sommer u. Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). *

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle, Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326R*

Tülldettdecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,25, Englisch Tüll 2,35, Tülldettrückwände 5,85. Inventur-Ausnahmepreise. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Gestickte Friesenstermäntel 2,15, Wert 4,00. Inventur-Extrapreis. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158.

10,00. Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 670R*

Laubbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Aussteuer, Damastbezüge. Pfandleihe Andreasstraße 38. 671R*

Bauerndeckbett. Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Damenhemden, Herzfasson, mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,75. Normalwäsche, Arbeiterhemden, sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet. 251/13

Bekanntmachung. Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße jetzt täglich großer Pfänderverkauf, Herrenanzüge, Sommerpaletots, einzelne Herrenhosen, spottbilligster Bettenverkauf, Bettwäsche, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Uhrenverkauf, staunenerregende Riesenauswahl. Sonntags geöffnet. *

Globus! Dresdenerstraße 18. Herren-Moden nach Maß. Spezialität: Elegante und bequeme Uniform- und Zivilhosen. Solide Preise. 15725

Geschäftsverkäufe.

Parteilokal, gut gehend, bin willens zu verkaufen wegen Uebernahme eines anderen Geschäfts. Zu erfragen Spedition Niederdorferstraße 3. †30

Existenz. Kleine, billige Fabrikeinrichtungen für Seifen, Selterwasser 2c. „Flüssiges Silber“, Postamt 87. 1569b

Gemüsegeschäft krankheitswegen verkäuflich Boddinstraße 7. †5

Möbel.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Libekes Auktions- und Möbelspeicher. Kostenloser Transport. Lagerung. 255R*

Möbel, S. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, Taschensofas 45,—, hochelegante Salongarnituren, Büfette, Trumeaus 33,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische, Herrentische, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, bunte Küchen, Kronen, Oelgemälde, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Lennert, Lothringerstraße 55. 657R*

Auf Teilzahlung Kleiderspinde, Vertikos, Sofas, komplette bunte Küchen. Polsterwaren jeder Art. Anzahlung von 3 Mark an. Woche 1 Mark. „Berolina“, Kastanienallee 49. 1275b*

Auf Teilzahlung Möbeleinrichtung Stube und Küche. Anzahlung von 15 Mark an. „Berolina“, Kastanienallee 49. 1275b*

Möbel. Große Auswahl in Kleiderspinden, Vertikos, Sofas, Büfetts, Schlafzimmer, Speisezimmer, bunte Küchen. Ganze Einrichtung schon von 275 Mark an. Dresdenerstraße 117. 516R*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Garnitur, neu, 100 Mark. Mahagoni-Vertiko, Tische, Ersatzmöbelstücke verkauft billigst Landsbergerstraße 82 I.

Möbelhalle „Norden“, Thiele, Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 214R

Möbelfabrik F. u. L. Engelle, Kastanienallee 83 u. 26 liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und Teilzahlung zu billigsten Preisen. Kulanteste Bedingungen. *

Aus herrschaftlichem Besitz: Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer., Gaskrone, Standuhr, Klubsessel, Ledersofa, Rauchewentisch, Ankleideschrank, Frisiertoilette, moderne Küche, zirka für die Hälfte des Wertes. Lothringerstraße 26, Hof, Speicher, Schönhauser Tor. 1556b*

Englische Bettstelle mit prima Staubschutz-Matratze 45 Mark, Kleiderschrank, zweitürig 27, Vertiko 27, Sofatisch 17, Schlafsofa 38, moderne Küche, komplett 60, Wanduhr 16, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, Speicher. 1555b*

Sie kaufen eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück am billigsten, wenn man die Gelegenheitskäufe sich ansieht von Hasemanns Möbel-Speicher. Täglich noch ganz neue Möbel werden bis 30 Prozent billiger verkauft als dieselben regulär kosten! Einrichtungen 150—200, 300, 400, 1500! Große Auswahl in fünf Etagen! Ankleideschränke, Schreibtische, Plüschsofas, tiefe Kleiderspinden, Vertiko, Ausziehtische, Säulentrumeau, Chaiselongue, Gaskronen, moderne Küchen! Auch gebe nur reellen Leuten bei vorheriger Vereinbarung Möbel auf Teilzahlung! Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. *

Federbetten, schöne, breite, Stand 20 Mark, Ausziehtisch 16,00, Rohrlehnstühle 4,50, Taschensofa, Plüschgarnitur, Kleiderspind, Tischdecke 5,00, Teppich 8,00, Trumeau 34,00, Bilder, Ankleideschrank, Ruhebett, Herrenschreibtisch. Neue Königstraße 29, vorn I rechts. 251/14*

Nußbaummöbel, Stube und Küche, verkaufe sofort Winkelmann, Dresdenerstraße 109, Quergebäude rechts parterre. †113

Säulenschrank, Säulenvertiko, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Paneelsofa, Spiegelvollette, Ankleideschrank, englische Bettstellen, gut erhalten, Dresdenerstraße 28, Keller. †113

Plüschsofa, Kleiderschrank, Vertiko, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Chaiselongue, zwei englische Bettstellen, Ankleideschrank, Wanduhr, Teppich, Portieren, pikfeine Küche, alles tadellos erhalten, billigst. Fräulein Bölling, Chausseestraße 52 vorn II.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 212R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320R*

Fahrräder, 35,00 an, Badstraße 9.

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkoppräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Halbrenner muß sofort verkaufen Alexanderstraße 63, Zigarrenladen.

Halbrenner, hochelegant, spottbillig Kleine Frankfurterstraße 25 II.

Halbrenner, hochelegant, jeden annehmbaren Preis. Stabenow, Gartenstraße 112. 663R*

Eleganter Halbrenner, sofort 35,00, Ziegenfuß, Wollinerstraße 43, II. *

Fahrräder, neue 35,00, 45,00, Luftschläuche 1,50, Laufdecken 1,50. Machnow, Weinmeisterstraße 14. 664R

Herrenzimmer. Eiche, gute Arbeit, 520, Lothringerstraße 26, Speicher. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Wäsche wird sauber gewaschen. Laken und Leibwäsche 0,10. Frau Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. Abholung Sonnabends.

Ernst Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. 659R*

Illustrierte humoristische Schriften gesucht, auch ältere. Offerten „Karikatur“, Postamt 18. 1567b

Nehme die Beleidigung gegen den Herrn Kombatzke, Hochstraße 29, zurück. Karl Klätsch, Hochstraße 28.

Vermietungen.

Leere zweifenstrige Stube als Lagerraum oder Werkstelle zu vermieten Landsberger Allee 44. †51

Wohnungen.

Kleine Wohnungen, Stube, Küche, sofort billig zu vermieten Görlitzer Ufer 5.

Görlitzerstraße 35 sofort Stube, Küche, Korridor billig. 1577b

Günstig! Zweizimmerwohnung, Balkon, Geschäftshalber vermietet Carmen Sylvastraße 7. †91

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, alleln. Wittenwalderstraße 25, IV links. †44

Möbliertes Zimmer, 2 Herren. Kindel, Brunnenstraße 53, vorn III.

Möbliertes Zimmer, Telephon. Waldemarstraße 33, vorn III links. *

Möbliertes Zimmer, Parkaussicht. Schröder, Mariannenstr. 53, II.

Möbliertes Zimmer, Herrn. Städter, Prinzenstraße 8 II. †47

Schlafstellen.

Gemütliche Schlafstelle bei Wille, Simon Dachstraße 31, vorn I, Nähe Bahnhof Warschauerstraße. †51

Freundliche Schlafstelle bei Rudolph, Rigaerstraße 5, III. †51

Möblierte Schlafstelle Prinzenstraße 47, vorn III links. 1570b*

Schlafstelle, möbliert, 13 mk., Weinbergsweg 12, Quergebäude IV. Berg. 1583b

Alleinige Schlafstelle. Bock, Greifenhagenerstraße 17, vorn IV, Bahnhof Schönhauser Allee. †91

Kleines separates Zimmer für einen Herrn als Schlafstelle vermietet Voß, Neue Jakobstraße 28 III. 1558b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Arbeiter oder Werkmeister auf Gummisauger und Zahnplatten nach Arbeitsschluß gesucht zum Anlernen eines ausländischen Herrn, hohe Vergütung. Offerten sub T. 5913 befördern Daube u. Co., Jerusalemerstraße 53/54. 212/10*

2 Korbmacher auf Geschoßkörbe verlangt sofort Willi Heinemann, Alexandrinenstraße 95/96. 1571b

Zeitungsfrauen werden bei G. Walter Wwe., Kronenstraße 65, verlangt. 1574b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. 127/18*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Meldungen Schützenstraße 24/25.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tischler-Lehrlinge

erhalten unentgeltlich Lehrstellen nachgewiesen im **Bureau der Tischler-Innung.** Alexanderstr. 31, 4—7 Uhr nachmittags. *

Bedeutendes Spirituosen-Importhaus

sucht branchekundige, eingeführte

Vertreter

für Stadt- und Landbezirke unter günstigsten Bedingungen. Offerten mit Referenzenangabe unter Chiffre **N. L. 1084** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Wegen enormer Lohnabzüge haben die Kollegen der Fabrik **Neufeld** die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwischenmeisterbetrieb von **E. Schlenner,** Rixdorf, Pflügerstr. 52, gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten!

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter. *

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

Für **Bautischler und Einsetzer: Sprötte, Kurfürstenstraße 12**

für **Klavierarbeiter: Neufeld,** Belleallancestr. 3, Zwischenmeister **Schlenner** in Rixdorf, Pflügerstr. 52; **Pianofabrik Hedke** in Neu-Lichtenberg,

für **Stockarbeiter: Pfahl,** Kottbuser Ufer 33,

für **Bodenleger:** Zwischenmeister **Peter,** Blücherstraße 66, Bau Schramm.

Die Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

15. Kongreß der Sozialdemokratie Ungarns.

Budapest, 21. April.

In der Nachmittagssitzung des Ostersonntags wurde vom Genossen Parteisekretär Horowitz der von uns auszugsweise wiedergegebene Bericht der Parteileitung erstattet.

Die Debatte, die die Sitzung ausfüllte, brachte u. a. eine Ausstellung des Genossen Ladanyi, daß die Parteileitung die Bewegung der Landarbeiter nicht genug unterstützt habe.

Zu Beginn der Montagsitzung wurde nach einer Schlußrede des Genossen Horowitz der Parteibericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Es folgte hierauf der zweite Punkt der Tagesordnung:

Der Kampf um das Wahlrecht.

Referent Genosse Alexander Garbai besprach zunächst die Wirkung der großen Demonstration vom 10. Oktober. Dann fuhr er fort: Der bisherige Kampf habe zumindest das erreicht, daß die Frage des allgemeinen Wahlrechtes auf der Tagesordnung blieb. Die Koalition plant das Pluralwahlrecht und kommt dieses vor das Parlament, so kommt es als gemeinsamer Plan der Regierung und der Dynastie. Dann wird die Zeit kommen, wo wir den Herren zurufen werden: uns geht der Pakt nichts an und auch das nicht, was die koalierten wirklichen geheimen Räte dem König empfohlen oder versprochen haben. Kommt aber die Zeit, wo das Pluralwahlrecht dem Parlamente vorgelegt wird, dann wird eine Budapester Demonstration allein nicht genügen, sondern es wird notwendig sein, daß sich auch die Provinz beteiligt, und besonders wichtig ist es, daß auch die Landarbeiter sich dem politischen Massenstreik anschließen. „Wenn wir arbeiten, werden wir Erfolge aufweisen können; zaudern wir, dann stürzen wir!" schließt der Redner seinen Vortrag und empfiehlt sodann einen Antrag zur Annahme, in welchem es u. a. heißt:

„Der 15. Kongreß erklärt, daß er das Hinziehen der Verwirklichung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes als ein gegen die Millionen Arbeiter des Landes geplantes Attentat betrachtet und konstatiert, daß dieses verdächtige Zaudern auf in einem Abkommen eingegangener Verpflichtungen und auf den Plan, das Wahlrecht zu verfälschen, hindeutet, daß es darauf abzielt, anstatt des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes das die bisherigen Vorteile, Privilegien und Monopole der Besitzenden wahrende Pluralwahlrecht zum Gesetz zu erheben.

Indem der Kongreß Vorstehendes konstatiert, spricht er zugleich aus, daß, sofern die Regierung das Pluralwahlrecht vor das Parlament bringt, die Industrie- und Landarbeiterschaft Ungarns mit dem **politischen Massenstreik antworten soll.** Art und Dauer dieses politischen Massenstreiks wird ein zu gleicher Zeit einzuberufender außerordentlicher Parteitag festzusetzen haben."

Es entspann sich nunmehr eine lebhafte Debatte. Genosse Pelczeder geht noch weiter als Genosse Garbai und wünscht den politischen Massenstreik schon dann, wenn die Regierung den Gesetzentwurf über das Wahlrecht nicht bis zum Peter-Paultag einbringt.

Genosse Josef Schneff-Nagykanizsa bemängelt es, daß die Zentrale am 10. Oktober den Eisenbahnern die Beteiligung an der Demonstration untersagte.

Genosse Karl Jancsó-Ujpest hält es im Interesse eines Erntearbeiterstreiks für unerläßlich, daß das fremdsprachige Proletariat fester organisiert werde. Im Alföld verrichte nicht der Alfölder ungarische Bauer die Erntearbeit, sondern der Slowake, der Ruthene usw. und ohne Einbeziehung dieser Elemente könne auf einen Erfolg nicht gerechnet werden.

Stefan Porczió-Budapest ist der Ansicht, daß die Arbeiterschaft bereits längst zum äußersten Kampfe entschlossen sei. Er, Redner, habe seinen ganzen Einfluß aufbieten müssen, damit die Mitglieder seiner Fachorganisation von der Insultierung der koalierten Abgeordneten abstehen.

Josef Gyuriás-Budapest bemängelt es, daß nach dem 10. Oktober in der Bewegung eine Totenstille eintrat, während das Gegenteil angezeigt gewesen wäre. Redner ist kein Freund leichtsinnig inszenierter Streiks, in der Frage des Wahlrechtes erwartet er aber nur vom Massenstreik einen Erfolg.

Sigmund Schubert-Budapest betonte, daß die Eisenbahner am Platze sein werden, wenn es zum Handeln käme.

In der Nachmittagssitzung erklärt Genosse Béla Vágó-Budapest: Man müsse das Volk Ungarns auf die Empörung, die Revolution vorbereiten. Die Genossen seien opferbereit und geneigt, das Land von Grund auf aufzuwühlen. Die Parteileitung möge alles unternehmen, selbst um den Preis der Opferung der Organisationen.

Oskar Faber-Budapest beantragt, die Parteileitung möge auch im Interesse des Wahlrechtes der Frauen eine Bewegung einleiten.

Max Großmann-Budapest ist der Ansicht, daß ein politischer Massenstreik in ein und derselben Angelegenheit, in der Frage des Wahlrechtes, nicht zweimal als Waffe benützt werden könne. Mit dem Massenstreik müssen wir nicht den Termin der Einreichung der Wahlrechtsvorlage, sondern ihren Inhalt sichern. Es wäre daher nicht empfehlenswert, die Taktik der Partei dem Feinde vorzeitig zu verraten. Nicht das ist die Hauptsache, wann die Wahlrechtsvorlage eingereicht werde, sondern welches ihr Inhalt ist. Der Redner bittet daher die Genossen Jócsák und Pelczeder, ihren Antrag zurückzuziehen.

Desider Faragó-Budapest antwortet auf die Bemerkungen des Nagyvárader Delegierten und betont die großen Schwierigkeiten, die der Bewegung der Eisenbahner entgegenstehen. Sofern die Parteileitung den Eisenbahnern die Möglichkeit verschaffe, der drohenden fünfjährigen Kerkerstrafe zu entgehen, so würden auch die Eisenbahner mit voller Kraft am Kampfe teilnehmen.

Frau Stefan Malonay-Budapest hält den Kampf um das Wahlrecht nur dann für vollkommen, wenn auch die Frauen in diesen Kampf einbezogen werden. Kämpfen die Frauen schon gemeinsam mit den Männern um ihre Existenzen, dann mögen sie auch für ihre Rechte gemeinsam kämpfen.

Nachdem noch mehrere Redner das Wort genommen, hielt Genosse Alex Garbai seine Schlußrede und weist darauf hin, daß die Zeit ernster Arbeit gekommen sei und die Zeit der Phrasen abgelaufen ist. Auch die preußischen Arbeiter kämpfen für das allgemeine Wahlrecht und fanden nach gründlichen Beratungen, daß die zwei Millionen organisierter Arbeiter zur Inszenierung des politischen Massenstreiks nicht hinreichend sind. Aehnlich verhält es sich in Ungarn. Für die Schwäche der Partei ist aber nicht nur die Parteileitung, sondern auch jeder einzelne Genosse verantwortlich. In Ungarn werde zu wenig Parteisteuer gezahlt. Man müsse nicht nur kritisieren, sondern auch handeln.

Der Inhalt des Wahlrechtes sei es, für welchen alles auf das Spiel gesetzt werden müsse. Die Hauptwaffe der Bewegung sei das Parteiblatt. Dieses müsse mit allen Kräften verbreitet und entwickelt werden.

Vor den Drohungen des Ministers des Innern brauche man nicht zu erschrecken. Andererseits sei es gewiß, daß die Empörung einer, zweier Städte Ungarn noch nicht demokratisieren werde. Der Staatsgewalt müsse die Gesamtheit der organisierten Arbeiter gegenübertreten. Ein jeder möge seine Pflicht voll erfüllen und dann werde bei richtiger Taktik der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Antrag des Referenten wurde sodann mit dem Zusatzantrage des Genossen Oskar Faber (betreffend Agitation für das Frauenwahlrecht) angenommen.

Es folgen die Beratungen über die Parteiagitation und die Parteipresse.

Jakob Weltner hebt hervor, daß ein ergänzender Teil des allgemeinen Wahlrechtes die Freiheit der Agitation bilde. Die Bewegung sei in ganzen Provinzstrichen vernichtet worden. Die Organisationen wurden mit roher Gewalt unterdrückt, und dies sei nur dadurch möglich gewesen, daß es in dem ungarischen Asien zweierlei Recht gebe. Wir machen uns gegenseitig Vorwürfe, daß die Bewegung sich nicht entsprechend entwickele, und in Wirklichkeit ist hieran die ungarische Verwaltung schuld, die außer auf dem Balkan in ganz Europa nicht ihresgleichen finde.

Zwischen der Hauptstadt und der Provinz besteht ein kolossaler Unterschied. Während die Hauptstadt 23 000 Kronen Parteisteuer zahlte, flossen aus der Provinz an Parteisteuer bloß 8000 Kronen ein. In der Hauptstadt zahlten 50 Proz. der organisierten Arbeiter Parteisteuer, in der Provinz der sechste Teil der Arbeiter. Zehn größere Provinzstädte, welche auch Parteisekretariate besitzen, lieferten an Parteisteuern zusammen 1458 Kronen ein. In Form von Subventionen erhielten diese Städte das Fünffache zurück.

Damit schloß die Montagssitzung.

* * *

Das Verbot der Landeskonferenz der jugendlichen Arbeiter bewog die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Budapest zur Abhaltung eines Protestmeetings.

Trotz des Verbotes des Oberstadthauptmanns Dr. Boda und trotz der zahlreichen Spitzel, mit welchen die jugendlichen Arbeiter umgeben wurden, hielten diese (wie bereits kurz berichtet) ihre Konferenz ab. Am ersten Tage, Sonntag, in einem Gasthause des Extravillans; Montag aber auf dem Wasser der Donau. Sie mieteten sechs Kähne, banden sie zusammen und, von den am Ufer stehenden Spitzeln verwundert angegafft, ruderten sie auf die Donau hinaus, um dort ihre Beratungen fortzusetzen.

Die Konferenz erledigte alle wichtigen Fragen. Das Organisationskomitee wurde zur Ausarbeitung eines Programmes betreffend Erziehung und Unterricht angewiesen. Auch wurde eine energische Aktion gegen die klerikalen Lehrlingsheime beschlossen. Nach der Erledigung der Anträge wurde die Konferenz geschlossen.

Vierzehnter Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Arnheim, 19. April 1908.

Aus der Diskussion in der Nachmittagsitzung des ersten Kongreßtages sind noch einige kritische Aeußerungen über den Standpunkt der Partei und ihre Taktik hervorzuheben.

Genosse Loopuit, Amsterdam III, weist auf das in der „Tribüne" erläuterte falsche Verfahren der Partei hin, die ihr Wachstum auf dem Lande, anstatt in den Städten und in den Industriezentren suche. Die Partei komme dadurch zu übertriebenem Parlamentarismus und ziehe gewisse Elemente an, bevor sie für den Sozialismus reif seien. Pfarrer und Pastoren, willkommen wie jeder andere Genosse, würden zu früh als Propagandisten zugelassen, während es besser sei, wenn sie vorher die Prinzipien des Sozialismus studierten.

Genosse Wynkoop, ebenfalls vom III. Amsterdamer Distrikt und Redakteur der „Tribüne", macht der Parteileitung den Vorwurf, sie mache keinen Gebrauch von für die Propaganda günstigen Fällen und die „Tribüne" habe dahin drängen müssen, daß endlich die Arbeitslosenfrage zu Amsterdam in die Hand genommen wurde. Die Partei habe den internationalen Standpunkt in der Frage des Achtstundentages verlassen. „Het Volk" vertrete die Ansicht, daß der Widerstand der bürgerlichen Parteien Hollands gebrochen sei, was den Tatsachen widerspreche, in Holland sei der Widerstand genau so stark wie in anderen Ländern. Auch habe „Het Volk" eine wankelmütige Haltung zu den Straßendemonstrationen der deutschen Genossen eingenommen. Dann führte er weiter an die Bewertung der deutschen Freisinnigen als „Stütze" im Kampfe der preußischen Genossen gegen das Dreiklassenwahlrecht, die Stellungnahme gegen die Mehrheit der deutschen Partei in ihrem Berichte über den Essener Parteitag, die abschwächende Beurteilung der russischen revolutionären Bewegung, der Verzicht auf jegliche Leitung beim Rotterdamer Hafenarbeiterstreik, die unaufhörlichen politischen Betrachtungen über das in Holland zu erwartende Ministerium, die Verwerfung einer Arbeitslosendemonstration zu Amsterdam aus Furcht, daß dann dem wohlwollenden (aus Bürgern aller Parteien zusammengesetzten) Hülfskomitee keine Geldmittel mehr zuflössen; das verspätete Eingreifen zugunsten der Amsterdamer Hafenarbeiter bei ihrem Kampfe gegen den ihnen vom Hafenkapital aufgezwungenen Kulikontrakte, der sie zu Sklaven degradierte und dessen scharfe Zurückweisung die Redaktion anfangs einem Bürgerlichen überließ.

Der Delegierte der Abteilung holländischer Genossen zu Brüssel weist auf die verkehrte Beurteilung des „Het Volk"-Korrespondenten in London über die englischen Eisenbahnarbeiter und die von der Redaktion geäußerte Ansicht hin, der Berliner „Vorwärts" handele verkehrt, indem er die Freisinnigen als Feinde des Wahlrechts behandele. In seiner Artikelserie gegen die holländischen Marxisten betitele die Redaktion sie als Besserwisser und Nörgler, sie aber nehme sich heraus, die ausländischen Parteien in solch gekennzeichneter Weise selbst zu kritisieren (bedillen en bemobberen; Korresp.).

Der Delegierte von Büssum schließt sich der Kritik an der Haltung der Redaktion gegen die deutsche Partei an und fügt hinzu, die „Het Volk"-Redaktion verteidige das jetzige französische Ministerium.

Parteisekretär Genosse van Kuykhof bezeichnet die „Tribüne" als ein Kampfblatt, errichtet gegen die Partei, den Parteivorstand, die „Volk"-Redaktion und die Kammerfraktion. Er wendet sich gegen die an der Ausbreitung der Partei auf dem Lande geübte Kritik, wo die Abteilungen nicht auf Veranlassung des Parteivorstandes, sondern durch die dortigen Genossen selbst errichtet würden. Der Kampf der Marxisten gegen die Parteiinstitutionen verursache den Stillstand in den Städten, besonders in Amsterdam, Rotterdam dagegen mache bedeutende Fortschritte. Ueber die Gruppe von der „Blyde Wereld", das Organ der kritisierten Pfarrer, und den Genossen van Vorst äußert der Redner, daß die Partei jeden aufnehme, auch wenn dieser den historischen Materialismus nicht in allen Konsequenzen unterschreibe. Er hofft, daß der Parteitag den Wunsch ausspricht, daß hinfort kein Blatt von Parteigenossen mehr errichtet werde, ohne vorherige Beratung mit dem Parteivorstande.

Genosse Oudegeest, Delegierter der 9. Amsterdamer Abteilung, fordert im Auftrag der letzteren von der Kammerfraktion Auskunft über eine Auslassung ihres Mitgliedes, des Genossen Schaper, wonach dieser sich in der Zweiten Kammer beklagt habe, daß die sozialdemokratische Fraktion während der letzten Kabinettskrisis von der Krone nicht zu Rate gezogen wurde, wie dies auch mit anderen Parteien, die das ausgeschiedene Ministerium zusammen mit der Fraktion zu Falle brachten, geschehen sei. Uebrigens stellt der Delegierte sich persönlich auf den Standpunkt der Gegner der „Tribüne" und führt dieselben Argumente gegen deren Inhalt und gegen Genossin Roland-Holst an, die er in der Jahresversammlung der Gewerkschaftszentrale vorbrachte, worüber berichtet wurde.

In der Abendsitzung des ersten Ostertages fragte Genosse Fortuyn, Amsterdam VI, an, ob der Genosse van Kol unter Zustimmung der Fraktion die Tätigkeit der Heilsarmee anerkennend besprochen und für eine staatliche Subvention empfohlen habe. Ferner, weshalb die Mitglieder der Fraktion in sehr wichtigen Fällen sich bei der Abstimmung gespalten haben. So stimmte Genosse van der Loeven gegen einen Kasernenbau, die übrigen Fraktionsmitglieder dafür, Genosse van Kol stimmte gegen die übrigen Genossen beim Gesetzentwurf betr. die Nachforschung nach der Vaterschaft; derselbe Genosse stimmte für die Subventionierung der christlichen Bauernleihbanken, deren Statuten bestimmen, daß nur der Mitglied werden kann, der Eigentum und Familie erhalten will, während der Rest der Fraktion seine Stimme gegen die Subventionierung abgab; Genosse van Kol hielt ferner eine große technische Rede über den Bau der Amsterdamer Festung.

Der Delegierte von Dordrecht forderte von der Fraktion Auskunft über ihre Haltung bei der Beileidsbezeugung der Zweiten Kammer beim Königsmord in Portugal, wobei die Fraktionsmitglieder keinen Einwand erhoben, aber durch Sicherheben von ihren Sitzen bezw. durch Stehenbleiben oder durch Nichtverlassen des Saales ihre Zustimmung bezeugt haben sollten; auch über die Verteidigung dieses Verhaltens durch den Genossen Schaper in „Het Volk" verlangte er Auskunft.

In einer bis Mitternacht dauernden Rede beantwortet Genosse W. H. Vliegen, Parteivorsitzender und Redakteur von „Het Volk", die gegen den Parteivorstand und die Redaktion gerichtete Kritik, die außerordentlich wenig an Tatsachen anzuführen hatte. Durch die Kritik in der „Tribüne" sei der innere Zwist in die Parteiabteilungen getragen worden, nachdem sie vorher im Dunkeln gewühlt habe. Die Rede des Genossen van der Goes leide an Oberflächlichkeit; die Redaktion habe sich in ihrer Artikelserie gegen die Kritik verteidigen müssen. Parteileitung und Redaktion hielten sich an das Abkommen auf dem vorjährigen Kongresse zu Haarlem, um den Parteizwist zu begraben; von der anderen Seite wurden sie aber scharf angegriffen und das Parteileben wurde vergiftet. Die Redaktion hat nicht zur Aufgabe, Abweichungen von Parteigenossen (gemeint ist die Broschüre des Propagandisten van Vorst) abzuweisen, nur bei absoluter Notwendigkeit tue sie das, wie bei dem von der „Tribüne" geübten „System", die Partei herunterzumachen. Der Redner gibt zu, daß die Bourgeoisie die Neigung habe, die parlamentarischen Institutionen abzuschaffen. Er hält aufrecht, was er über den englischen Genossen Hyndman gesagt hat, er wiederholt, er nehme diesen Genossen nicht für ernst. Ein anderer Redakteur habe diesen den holländischen van Kol genannt. Die Redaktion hat Genossen van der Goes zur Mitarbeiterschaft eingeladen, dieser machte aber davon keinen Gebrauch. „Het Volk" hat früher schon vorhergesagt, daß die deutsche Partei nicht imstande sei, durch den Generalstreik das Wahlrecht zu erobern, und darin sei die ganze deutsche Partei einig. Den Vorwurf, er, Redner, habe seine Freude darüber ausgesprochen, daß die „Sozialistischen Monatshefte" die „Neue Zeit" verdrängten, sei dahin zu verstehen, daß er nur konstatiert habe, daß dies der Fall sei, besonders in Gewerkschaftskreisen. Ueber seine Berichterstattung über den Essener Parteitag sagt er: Einige heißspornige deutsche Genossen haben zu Essen nochmals versucht, die Parteizwistigkeiten aufzurühren, aber es ist ein erfreuliches Zeichen, daß der Parteitag darauf nicht einging. — Aus van der Goes' Auslassung über die Religion folge notwendig, daß die Parteiprinzipien der Religion widersprechen und daß jeder Gläubige die Partei verlassen müsse; dies sage aber das Parteiprogramm nicht. — Daß Genossin Roland-Holst in der „Tribüne" die Revisionisten nicht als volle Parteigenossen bezeichne, sei beleidigend; sie seien ebenso gute Sozialisten als die Marxisten. In der Programmkommission habe diese Genossin die ganze Kladderadatsch-Theorie vertreten und habe erklärt, sie sei in diesem Punkte marxistisch-konservativ. Diese Genossin tue, wie auch der Genosse Kautsky, gegenwärtig nichts anderes als prophezeien. Der Generalstreik diene nicht dazu, das Proletariat in seiner Aktion zu kräftigen, sondern um diese zu ersetzen. Der Redner und seine Gesinnungsgenossen seien es, die die „alte erprobte Taktik" hochhielten. Er habe nicht behauptet, daß die Genossin Roland-Holst immer Neuigkeiten bringe und zum Anarchismus abgleite. Er verteidigt den Genossen van Vorst, der, gewiß nach heftigem Kampfe, über einen Abgrund zur Partei gekommen sei. Die von der „Tribüne" gestellte Antithese zwischen den ländlichen Parteiabteilungen und den städtischen sei nicht richtig. Die Rotterdamer Hafenarbeiter seien vom Parteivorstande nicht unterstützt worden, weil die Gewerkschaftszentrale keine Unterstützung gewährte. Die Redaktion von „Het Volk" könne nicht immer agitatorisch schreiben; über die Krisis habe sie mehr geschrieben als irgend ein Parteiblatt der Welt. — Der vorjährige Parteitag habe den Zwiespalt in der Partei zu beseitigen versucht; die Genossin Roland-Holst und ihre Gesinnungsgenossen hätten sich nicht an das damalige Uebereinkommen gehalten. Sie trachteten danach, „Het Volk" in ihre Hände zu bekommen, um dieses gegen die Partei, gegen den Parteivorstand und gegen die Kammerfraktion zu benutzen. Der Redner hofft, daß die Partei verständiger sein werde und sagt: „Nicht die Marxisten ans Ruder, sondern, wenn nötig, ohne sie!" Die Partei muß ihren Standpunkt beibehalten; sie ist auf dem Wege, eine große Partei zu werden! (Langanhaltender Beifall.)

Ohne die Diskussion weiter zu führen, da es bereits nach Mitternacht geworden, wird zur Abstimmung geschritten und die kollektive Redaktionsform des Zentralorgans „Het Volk" mit 204 Stimmen beibehalten, gegen 86 Stimmen, die sich für eine Redaktion unter einem Hauptredakteur aussprachen, wofür die Marxisten eingetreten waren und wozu die Genossin Roland-Holst bezw. Genosse Mendels als Kandidaten aufgestellt waren.

Neunte Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten, Heizer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Köln, 21. April 1908.

3. Verhandlungstag.

Anträge, welche die Festsetzung der Unterstützung für Maifeier-Gemaßregelte

verlangen, werden durch Ausführungen Scheffels als erledigt betrachtet. Derselbe ersucht, von einer statutarischen Festlegung Abstand zu nehmen, weil bereits Parteivorstand und Generalkommission eine Regelung zu treffen bemüht waren. Ihre Vorschläge haben den Protest verschiedener Gewerkschaftskartelle hervorgerufen und so wird die Frage sowohl den nächsten Gewerkschaftskongreß wie den Parteitag beschäftigen. Bis dahin möge der Verband den heutigen Modus bestehen lassen. Der Verband stehe auf dem Boden der Amsterdamer und Stuttgarter Beschlüsse, und wer infolge Maifeier gemaßregelt wird, erhalte Unterstützung nach den bis jetzt bestehenden Bestimmungen.

Durch Annahme von Anträgen werden dann noch die Referenten verpflichtet, auf die kolossalen

Schäden des Alkohols

speziell im Beruf hinzuweisen. Der Vorstand erhält den Auftrag, anstatt der bisherigen Listenabrechnung die Markenabrechnung einzuführen und außerdem für die Zahlstellenkassierer eine Tabelle herauszugeben zur sichereren Orientierung über das Unterstützungswesen. Außerdem findet folgende Resolution Berlin Annahme:

„Der Verbandstag der Maschinisten und Heizer zu Köln 1908 nimmt Kenntnis davon, daß staatliche sowie städtische Betriebe Maschinisten und Heizer nur in Stellung nehmen, wenn

dieselben das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Da nun Staatsangehörige ohne Unterschied des Standes bis ins hohe Alter hinein Steuern zahlen müssen, so ist es menschlich und logisch, daß das Alter in Zukunft bei der Anstellung in derartigen Betrieben nicht in Frage kommen darf.

Ferner beschließt der Verbandstag, daß die Vertreter in den Parlamenten sowie Kommunen dafür eintreten, daß derartige Bestimmungen aus der Welt geschafft werden."

Zum Punkt

Neuwahl des Vorstandes

werden die bisherigen besoldeten Kollegen einstimmig wiedergewählt, als besoldeter zweiter Vorsitzender wird Gauleiter Pickardt einstimmig gewählt, zu Revisoren werden gewählt Metasch-Spandau, Schönrad-Berlin, Galle-Köpenick, mit der Bestimmung, daß sie ihr Amt sofort anzutreten haben. Als Sitz des Vorstandes und Ausschusses bleibt Berlin bestehen. Es wird dann eine Regelung der Beamtengehälter und zwar mit Annahme folgender Skala vorgenommen: Das Gehalt des Vorsitzenden beträgt 2500 M., steigend um 50 M. pro Jahr bis 2700 M. Verbandssekretär 2400 M., steigend um 50 M. pro Jahr bis 2600 M. Redakteur 2400 M., steigend um 50 M. pro Jahr bis 2600 M. Kassierer 2400 M., steigend um 50 M. pro Jahr bis 2600 M., außerdem pro Jahr ein Mankogeld von 50 M. Für Gauleiter wird das Gehalt auf 1800—2200 M. gesetzt, ihre Diäten von 6 auf 7 M. erhöht. Außerdem wird dem Schriftführer für seine Tätigkeit eine Entschädigung von 300 M. pro Jahr und dem Kassierer für die verflossene Geschäftsperiode ein Mankogeld von 60 M. pro Jahr bewilligt.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Hamburg bestimmt. Dieselbe soll Ostern 1910 stattfinden und wird ihre Dauer auf 4 Tage verlängert. Von einer Berichterstattung vom internationalen Kongreß wird auf Vorschlag des Bureaus Abstand genommen. Dann wird auf Anregung des Vorstandes beschlossen, zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg 4 Delegierte zu entsenden und zwar gehen aus der sofort vorgenommenen Wahl Müller-Harburg und Fleischmann-Hamburg hervor. Zu zwei weiteren Delegierten soll ein Mitglied vom Zentralvorstand und ein Gauleiter bestimmt werden, deren Wahl dem Zentralvorstand überlassen bleibt.

Außerdem wird beschlossen, daß die Kollegen der Rheinschiffahrt einen einheitlichen Beitrag in Höhe der jetzt beschlossenen Beiträge und ein Lokalzuschlag in gleicher Höhe zu zahlen haben. Darüber, welchem Ort die Kollegen anzugliedern sind, haben die Zahlstellen selbst zu beschließen.

Es folgen dann die Berichte der Kommissionen, wobei der Berichterstatter zum Punkt

Presse

folgenden Antrag unterbreitet:

„Das Fachorgan soll vom 1. Januar 1909 ab alle 14 Tage erscheinen. Es soll achtseitig und zwar im Format des „Couriers" angelegt werden, ferner soll es zur Pflege der technischen Fragen eine Beilage enthalten, die aber höchstens zwei Seiten Inserate führen darf. Auf die Inserateneinnahme vollständig zu verzichten, hält die Kommission aus finanziellen Gründen nicht für angebracht. Bei dieser Ausführung würden die Kosten sich auf 27 000 M. belaufen, während bisher etwas über 29 000 M. verwandt worden seien. Für die Minderausgabe von 2000 M. sollen Mitarbeiter aus allen Kreisen herangezogen werden, auf diese Weise hoffe man das Fachorgan zu der geistigen Waffe zu machen, welche man bedürfe, um die Indifferenten aufzurütteln und die Gewonnenen zu wirtschaftlich geschulten Kräften im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu erziehen."

Der Antrag wird mit Beifall und ohne Diskussion gegen zwei Stimmen angenommen.

Ebenso werden die Anträge der Statutenänderungskommission ohne Debatte angenommen.

Durch dieselben wird das Statut in verschiedenen Paragraphen abgeändert.

Die

Unterstützungen

bei Streik, Aussperrung und Maßregelung werden um 2 M. pro Woche erhöht. Zur Erwerbslosenunterstützung werden folgende Sätze beschlossen:

Bei 50 Pf. Wochenbeitrag

nach	52wöchiger	Beitragszahlung	6	M.	auf die	Dauer	von	4	Wochen
„	104	„	„	7	„	„	„	4	„
„	156	„	„	8	„	„	„	5	„
„	208	„	„	9	„	„	„	6	„
„	260	„	„	10	„	„	„	6	„
„	312	„	„	11	„	„	„	6	„
„	416	„	„	12	„	„	„	6	„

Bei 40 Pf. Beitrag werden sämtliche Sätze um 1 M. niedriger bemessen.

Die Krankenunterstützung soll nach denselben Sätzen bemessen werden. Und ebenfalls wird der Zentralvorstand ermächtigt, bei Maßregelungen evtl. auch Umzugsunterstützung gewähren zu können. Die Delegationen zur Generalversammlung sollen in Zukunft in der Weise erfolgen, daß Zahlstellen von 200—300 Mitgliedern einen Delegierten, Zahlstellen mit mehr als 400 Mitgliedern 2 Delegierte, Zahlstellen über 1000 Mitglieder dagegen 3 Delegierte entsenden können. Zahlstellen, die weniger als 200 Mitglieder haben, bilden mit angrenzenden Zahlstellen einen Wahlkreis, um die vorgeschriebene Zahl zu erreichen.

Es wird dann noch beschlossen, daß der neugewählte zweite Vorsitzende sein Amt bereits am 1. Mai anzutreten hat, worauf die umfangreiche Tagesordnung erledigt ist und der Verbandstag unter begeisternden Ansprachen der Genossen Sabbath und Scheffel geschlossen wird.

IX. Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker.

Mannheim, 21. April. (Eig. Ber.)

Erster Verhandlungstag.

Im hiesigen Gewerkschaftshaus wurde heute morgen der Verbandstag der Dachdecker eröffnet. Es sind insgesamt 29 Delegierte erschienen. Seitens des Hauptvorstandes sind anwesend der erste Zentralvorsitzende, Kollege Georg Diehl, und der Hauptkassierer, Jacob Diel-Frankfurt a. M. Der Ausschuß hat den Kollegen Janell-Berlin entsandt, die Preßkommission vertritt Schauerte-Frankfurt, die Redaktion Reichstagsabgeordneter G. Hoch-Hanau. Die Generalkommission hat Genossen Drunsel-Berlin entsandt.

Nach herzlichen Begrüßungsansprachen seitens des Mannheimer Gewerkschaftskartells und des Kollegen Diehl-Frankfurt wird in die Beratungen eingetreten, nachdem Höppner-Berlin, Eßkuchen-Düsseldorf und Wagner-Nürnberg zur Ergänzung des Bureaus und Koch-Braunschweig, Schreinert-Dresden und Mehrlein-Berlin als Mandatsprüfungskommission gewählt sind. Zunächst beschließt der Verbandstag, die Tagesordnung noch um 2 Punkte zu ergänzen, und zwar soll noch behandelt werden der Punkt Bauarbeiterschutz, Referent ist dazu Genosse Hoch-Hanau, außerdem soll ein Referat über Arbeitsnachweise gehalten werden. Hierauf erstattet Diehl-Frankfurt a. M. den

Geschäftsbericht,

aus dem wir schon gestern die wichtigsten Mitteilungen entnommen haben. Der Referent hebt vor allen Dingen die außerordentlich günstige Entwickelung der Organisation hervor, die in den letzten 2 Jahren trotz der niedergehenden Konjunktur stetig zugenommen hat. In gleicher Weise kann auch der Zentralkassierer Jacob Diel von den Finanzen berichten, über deren Entwickelung derselbe eine interessante Skala seit Bestehen der Organisation zusammengestellt hat. Danach haben die Einnahmen der letzten 2 Jahre dieselbe Höhe erreicht, wie die Gesamteinnahmen in den voraufgegangenen 10 Jahren.

Für den Ausschuß berichtet Janell-Berlin, daß gegen die Geschäftsleitung Beschwerden nicht vorliegen, nur kleinere Differenzen aus Düsseldorf, Mühlhausen, Kiel, Wiesbaden, Mannheim und Berlin beschäftigten den Ausschuß. Von prinzipieller Bedeutung war eine Beschwerde des Zentralvorstandes gegen die Filiale Mannheim. Dieselbe hat gegen den Beschluß desselben eine Lohnbewegung inszeniert und die verweigerten Gelder bei der Abrechnung abgezogen. Der Ausschuß hat dem Zentralvorstand recht darin gegeben, daß Filialen, die ohne Genehmigung des Zentralvorstandes in einen Streik treten, die Unterstützung verweigert wird.

Für die Preßkommission erstattet Schauerte-Frankfurt kurz Bericht. Auch diese kann von größeren Differenzen nichts berichten, nur eine Beschwerde aus Düsseldorf wirbelte viel Staub auf, da Ausschuß und Preßkommission in Kompetenzkonflikt gerieten. Der Ausschuß verlangte, als oberste Instanz über die von der Preßkommission abgelehnten Berichte nochmals zu entscheiden. Dagegen verwahrte sich die Preßkommission ganz entschieden.

Als erster Diskussionsredner bemängelt zunächst Otto-Halberstadt die Anstellung eines besoldeten Gaubeamten in Berlin, da der Verbandstag in Braunschweig einen diesbezüglichen Antrag abgelehnt hatte.

Diehl-Frankfurt a. M. bemerkt dazu, daß der Beamte in Berlin zum größten Teil von den Berlinern bezahlt und seitens der Hauptkasse nur ein Zuschuß geleistet wird.

Mehrlein-Berlin kann den Standpunkt der Preßkommission zum Ausschuß nicht verstehen, in diesem Fall hat die Existenz der Preßkommission keinen Wert.

Schreinert-Dresden polemisiert ebenfalls gegen die Preßkommission, die bezüglich der Filialberichte eine eigentümliche Stellung eingenommen hat. Auch

Piepenbrink-Köln ist mit der Tätigkeit derselben nicht einverstanden. Weiter wünscht dieser Redner schärfere Bestimmungen gegen solche Filialen, die ohne Genehmigung des Zentralvorstandes in einen Streik treten. Der Bewilligungseifer des Zentralvorstandes für den Berliner Gaubeamten war etwas zu groß, nachdem die dortigen Kollegen nicht so viel Opfer bringen wollten, als die Rheinländer. Unter den jetzigen Verhältnissen wird der Gauleiter nicht auskommen können. Ueber die Agitationsversammlungen 1907 ist Redner sehr unbefriedigt, das Verhalten des Zentralvorstandes war unsicher, es fehlte jede Direktive. Besonders ist der Beschluß der letzten Konferenz nicht ganz durchgeführt worden.

Wagner-Nürnberg stimmt in das allgemeine Urteil bezüglich der Preßkommission ein, daß dieselbe ihrer Aufgabe nur mangelhaft gerecht geworden ist. Auch steht dieser Redner auf dem Standpunkt, daß der Ausschuß über die Beschlüsse der Preßkommission zu wachen hat.

Denselben Standpunkt nehmen ferner ein Päffchen-Köln, März-Dortmund und Eßkuchen-Düsseldorf.

Genosse Hoch-Hanau tritt dem Verfahren des Zentralvorstandes, die Urabstimmung zur Verschmelzung vor dem Verbandstag vorzunehmen, entschieden entgegen. Zunächst mußte unter allen Umständen der Verbandstag entscheiden. Jedenfalls darf derselbe solche Uebergriffe nicht gutheißen. Die Preßkommission ist, nachdem der Verband selbst 2 besoldete Beamte hat, überflüssig geworden. Ueber die vorgebrachten Beschwerden gegen Berichte müsse immer und immer hervorgehoben werden, daß der Raum des Blattes nicht zu kleinlichen Auseinandersetzungen benutzt wird und nicht als Sprachrohr für Dinge herhalten muß, die gegen das Statut verstoßen.

März-Dortmund ist mit der Haltung der „Dachdecker-Zeitung", soweit die Christlichen in Betracht kommen, nicht einverstanden, die Zeitung müsse mehr die Offensive ergreifen, bezüglich der Urabstimmung steht er auf dem Standpunkt des Genossen Hoch. Zentralvorsitzender Diehl-Frankfurt a. M. polemisiert gegen Piepenbrink-Köln, der den Konferenzbeschlüssen eine falsche Darstellung gegeben hat. Die Agitation bezw. ihre Inszenierung war den Gauvorständen vollständig überlassen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Kosten der Agitation ganz auf die Zentrale zu übernehmen; es können nur die nicht leistungsfähigen Bezirke berücksichtigt werden.

Mutig-Hannover ist mit den geheimen Gaukonferenzen nicht einverstanden. Derartige Zusammenkünfte können ganz ruhig öffentlich abgehalten werden. Die Verschmelzung mit dem Maurerverband ist vom Zentralvorstand künstlich abgeschlachtet worden.

Görnitz-Berlin schließt sich bezüglich der Urabstimmung dem Vorredner an und tritt lebhaft dafür ein, daß dem Ausschuß auch eine Nachprüfung der Preßkommissionsbeschlüsse zusteht. Im übrigen ist Görnitz nicht einverstanden mit dem Ton des Verbandsvorsitzenden in der Fachpresse. Mit der Regelung der Reiseunterstützung, wie sie Ausschuß und Zentralvorstand vorgenommen haben, ist Redner ebenfalls nicht befriedigt. Diese Herabsetzung hat in Berlin viel böses Blut gemacht.

Koch-Braunschweig ist mit der Haltung der „Dachdeckerzeitung" gegenüber den Christlichen ganz einverstanden und ebenfalls, daß die Urabstimmung vor dem Verbandstag vorgenommen wurde. Gegen die Haltung der Berliner bei der Auszahlung von Reiseunterstützung hat er große Bedenken, da die Zentralkasse zuviel belastet wird.

Ebert-Frankfurt erklärt sich für strengeres Vorgehen bei solchen Streiks, die ohne Genehmigung des Zentralvorstandes begonnen werden.

Micklisch-Leipzig bespricht die Behandlung der Filialberichte und verwahrt sich gegen die Meinung des Kollegen Erfurth-Leipzig.

Nach weiteren persönlichen Ausführungen wird die Debatte über die Geschäftsberichte geschlossen und dem Zentralvorstand, Ausschuß, Redaktion und Preßkommission einstimmig Entlastung erteilt.

Der Filiale Mannheim soll nachträglich die vom Zentralvorstand verweigerte Unterstützung gezahlt werden. Das verlangt ein Antrag, der den Verbandstag nunmehr beschäftigt. Die ganze Angelegenheit wird dabei nochmals aufgerollt und von Bauer-Mannheim eingehend begründet. Der Antrag wird jedoch mit 28 gegen 1 Stimme abgelehnt. Auch die Beschwerde des Kollegen Hahn-Berlin gibt noch zu längeren Ausführungen Veranlassung über die Befugnisse der Filialen gegenüber Vorstandspersonen. Ueber den Fall selbst wird zur Tagesordnung übergegangen. Damit ist der Punkt I erledigt und der Verbandstag behandelt zunächst den Punkt

Unsere Lohnbewegungen und die einzuschlagende Taktik bei denselben.

Referent ist G. Diehl-Frankfurt a. M.

Ein Antrag, diesen Gegenstand in geheimer Sitzung zu behandeln, wird abgelehnt. Der Referent verweist zunächst auf die üble Angewohnheit, schon nach möglichst kurzem Bestehen der Organisation Lohnbewegungen zu inszenieren, und bespricht die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten, bezüglich der Taktik und besonders bei der Unterstützungsfrage kommen wir in eine schiefe Lage. Im Jahre 1906 hatte der Verband 61 Lohnbewegungen, wobei es in 21 Fällen zum Streik kam. Die Lohnbewegungen gestalten sich gegen frühere Jahre immer schwieriger, die Unternehmerorganisationen beschwören schwere Kämpfe herauf und die kleinen Filialen rechnen viel zu wenig damit. Sie verkennen zu sehr die Tragweite eines Streiks. Die Scharfmacher im Bauberuf sind überall auf dem Posten, um unsere Position zu schwächen und unsere schwachen Seiten auszunutzen. Deshalb heißt es mehr als früher: Vorsicht zu beachten und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um uns nach jeder Seite hin zu sichern. In ausführlicher Darstellung gibt nunmehr Diehl eine Darstellung verschiedener solcher unvorsichtiger Operationen, die als Solidaritätsstreik viel zu unvorsichtig aufgebaut waren. Im Jahre 1907 waren 54 Lohnbewegungen gemeldet, worunter der Berliner Kampf an erster Stelle zu nennen ist. Man hatte vielfach die Auffassung: die Berliner Bewegung war eine Aussperrung, was aber nicht wörtlich zutrifft. Wir waren ja der angreifende Teil. In Berlin hat wohl anfangs niemand gedacht, daß die Bewegung so in die Breite und Länge ging. Redner verweilt eingehend bei den dort gemachten Erfahrungen und den sich daraus ergebenden Lehren für die Zukunft. Besonders über die Länge der Streiks müsse heute ein Wort gesprochen werden. Der Streik in Remscheid dauerte 234 Tage, ähnlich auch in Celle. Da muß doch einmal ein Ende gemacht und im Statut eine Grenze festgelegt werden. In den kleineren Städten muß unter allen Umständen einmal eine durchgreifende Reform stattfinden, und die Zustände verbessert werden. Der Zuzug nach den Großstädten würde dadurch etwas eingedämmt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Klein- und Mittelstädte sehr zurück sind. Die Streiks haben in den letzten 2 Jahren eine erhebliche Steigerung erfahren, die viel höher ist, als das Wachstum des Verbandes. Das darf uns aber nicht hindern, trotzdem mit aller Energie für die Verbesserung der Verhältnisse einzutreten. Redner ersucht nachdrücklich, mehr als bisher die Mitglieder politisch aufzuklären.

Eine allgemeine Richtschnur lasse sich schwer aufstellen. Die Taktik muß so oft gewechselt werden, als es notwendig ist. Die verhandelnden Kollegen lassen sich leider zu oft von dem Unternehmertum führen. Wir haben in unserem Beruf im Grunde genommen 2 Gegner: die Meister und Unternehmerorganisationen, die immer mehr die einzelnen Unternehmer und Filialen ausschalten und, wie der Oberscharfmacher Müller-Neuwied vorschlägt, den Zentralverband schadenersatzpflichtig zu machen. Die besten Erfolge haben wir bezüglich der Verbesserungen in den Großstädten erzielt, besonders die Verkürzung der Arbeitszeit hat dort mehr Fortschritte gemacht, als in den anderen kleineren Filialen. Das mag zum Teil in den noch niedrigen Löhnen begründet sein; immerhin kann hier eine Aufrüttelung nichts schaden. Besonders über die Länge des Tarifs und die Ablaufstermine macht Diehl recht interessante Vorschläge. Bittere Klagen hatte die Zentrale in den letzten zwei Jahren über die Art und Weise zu führen, wie sich die Filialen über das Statut hinwegsetzen. „Schickt Geld" ist die einzige Nachricht, wenn gestreikt wird. Die langen Werkstattsperren müssen in Zukunft aufhören, vor allen Dingen im Winter, schließlich müssen wir uns auch über eine anderweitige Aufbringung der Finanzen als durch Extrabeiträge einigen. Wir wollen nicht weniger Lohnkämpfe führen, sondern nur mehr Taktik beobachten. (Lebhafter Beifall.)

Schreinert-Dresden beschwert sich als erster Diskussionsredner über die Tarifverhandlung Diehls in Dresden, der, ohne sie zu beendigen, abreiste und dadurch Verwirrung und Empörung hinterließ, wie ihm überhaupt manche Ansicht des Zentralvorstandes wunderlich erscheine.

Piepenbrink-Köln ist im allgemeinen mit dem Referenten einverstanden und kann dem Solidaritätsstreik ebenfalls keinen Geschmack abgewinnen. Im übrigen polemisiert er gegen die Ausführungen Diehls, soweit sie die Kölner Ausführungen betreffen. Auch der Kampf in Remscheid werde nicht richtig eingeschätzt. Die Taktik in Berlin gegenüber den Christlichen hat ihm nicht gefallen, ebenfalls nicht, daß sich die Kollegen zu sehr die Termine von den Meistern vorschreiben lassen.

Riebe-Barmen bespricht den Streik in Elberfeld-Barmen und Remscheid und Koch-Braunschweig die dortige Aussperrung, wobei er dem Zentralvorstand darüber Vorwürfe macht, daß er den Braunschweiger Kampf abbrach, dafür in anderen Städten aber mehr Rücksicht übte. Koch verlangt, daß Angriffsstreiks jetzt eingedämmt werden und zunächst abgewartet wird, wie das Unternehmertum operiert.

Hauptkassierer Jacob Diel gibt eine statistische Uebersicht über die Kosten der Streiks, womit die erste Sitzung beendigt wird.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

Biel, 19. April.

Der Gewerkschaftskongreß tagt im Saale des alten historischen Rathauses und ist zahlreich besucht. Auch einige weibliche Delegierte sind anwesend.

Die Verhandlungen beginnen mit der Beratung der Stellungnahme zu den Einigungsämtern und Schiedsgerichten. Ohne erhebliche Diskussion wird folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß sieht als erste Vorbedingung an zur Vermeidung von Arbeitseinstellungen die ungehemmte Entwickelung der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter und deren Anerkennung durch die Unternehmerorganisationen resp. Unternehmer als gleichberechtigte Kontrahenten bei Aufstellung des Arbeitsvertrages.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß in Verfolgung dieser Aufgabe das Bestreben der Gewerkschaften darauf gerichtet sein soll, kollektive Tarifverträge zu schaffen, vereinbart zwischen den Berufsverbänden der Unternehmer und Arbeiter.

Als weiteren Ausbau der Tarifverträge sieht er paritätische Einigungsämter an, vereinbart zwischen den beiden vertragschließenden Parteien.

Er verwirft die von Sulzer-Ziegler und Konsorten empfohlenen Arbeiterkommissionen und die staatlichen Schiedsgerichte und Einigungsämter, weil sie in denselben einen Hemmschuh der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter sieht.

Er fordert von den Behörden die größtmöglichste Garantie für Beobachtung des durch die Bundesverfassung gewährleisteten Vereins- und Versammlungsrechts.

Er betrachtet als weiteres wirksames Mittel zur besseren Ordnung und teilweisen Einschränkung der Arbeitseinstellungen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, aber er protestiert mit Entschiedenheit gegen alle Gesetzesmaßregeln wie Streikgesetze usw. in Verbindung mit staatlichen Schiedsinstanzen, wodurch die Arbeiter zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden sollen."

Längere Diskussion veranlaßt die Stellungnahme zu den dem Gewerkschaftsbunde nicht angehörenden Verbänden. Das Bundeskomitee beantragt dazu, die Verbandsvorstände sollen ihre Sektionen dazu anhalten, bei Streiks und Aussperrungen nur diejenigen Gewerkschaften durch Extrabeiträge zu unterstützen, deren Verbände dem Gewerkschaftsbunde angehören. Greulich beantragt, das internationale Gewerkschaftssekretariat zu veranlassen, dahin zu wirken, daß die ausländischen Verbände ihre Gegenseitigkeitsverträge mit den schweizerischen Verbänden, die dem Gewerkschaftsbunde nicht angehören, lösen, wenn sie sich demselben nicht anschließen wollen. Gleichzeitig soll auch auf freundschaftlichem Wege mit den fernstehenden Verbänden betreffend Anschluß an den Gewerkschaftsbund verhandelt werden. Die meisten Diskussionsredner bekämpften den Antrag des Bundeskomitees als unzweckmäßig und undurchführbar und erklärten sich für den Antrag Greulich, wobei die Unsolidarität der außenstehenden Verbände (Schneider, Maler, Maurer, Pöstler, Lokomotivführer, romanische Typographen) verurteilt wurde. Nur wenige Redner billigten denselben mildernde Umstände zu.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Greulich wie der Antrag des Bundeskomitees verworfen und nur beschlossen, dem Bundeskomitee den Auftrag zu geben, die Vorstände der außenstehenden Verbände um die Bekanntgabe ihrer Gründe für das Fernbleiben einzuladen und sodann eine Konferenz aller Verbandsvorstände, einschließlich der fernstehenden, einzuberufen, um den Anschluß derselben an den Gewerkschaftsbund herbeizuführen.

Eine unerwartet lange Debatte rief der Antrag der Metallarbeiter in Winterthur hervor, den Ausbau des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises als im Interesse der wirtschaftlichen Bewegung der Arbeiterschaft liegend und empfiehlt deshalb den Gewerkschaftsverbänden, dieser wichtigen Frage ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß diese Frage schon behandelt wurde, solange die Gewerkschaftsbewegung besteht, daß aber mit Ausnahme der Glaser und Buchdrucker in keinem anderen Gewerbe der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis größere Bedeutung erlangt hat. Die notwendige Voraussetzung wäre das Umschauverbot, das heute noch im allgemeinen undurchführbar wäre. Es sollte daher den kommunalen Arbeitsnachweisen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Metallarbeiter angenommen.

Von der italienischen Gewerkschaftszentrale wird ein Glückwunschtelegramm verlesen. Nach der sodann mitgeteilten Präsenzliste sind 17 Verbände durch 137 Delegierte vertreten.

Der Bericht des Bundeskomitees über seine Tätigkeit in den Jahren 1906/1907 gab Veranlassung zu einer so weitläufigen Besprechung, daß damit fast die ganze Nachmittagssitzung ausgefüllt wurde. Wie immer kam viel Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Leitung des Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck, indem die großzügige Gewerkschaftspolitik, die initiative Führung und tatkräftige Förderung der allgemeinen Gewerkschaftsinteressen mangelt. Der Gewerkschaftsbund soll also wieder einmal reorganisiert werden. Nach einem bezüglichen Beschlusse hat das Bundeskomitee an die Vorstände Fragebogen zu senden, um ihre Wünsche und Vorschläge zu erfahren und dann soll in einem halben Jahre eine Gewerkschaftskonferenz stattfinden, um sich damit zu beschäftigen.

Verschiedene Geschäfte wurden auf den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß verschoben und hierauf der Kongreß abends 7 Uhr geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Handelskammer über das Wirtschaftsjahr 1907.

In ihrem nun erschienenen II. Teil des Jahresberichtes für 1907 faßt die Handelskammer ihr Urteil über die Gesamtwirtschaftslage in folgenden Ausführungen zusammen:

Beginnend im Frühjahre in der holzbearbeitenden Industrie und im Baugewerbe, zunächst hier noch lokal beschränkt, durch Kämpfe um die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen, sowie auch durch den teuren Geldstand hervorgerufen, löst eine zurückebbende Bewegung allmählich die Hochflut der industriellen Tätigkeit der vorangegangenen Jahre ab. Im Sommer und namentlich im Herbst zieht diese Bewegung immer weitere Kreise. Gegenüber der fortgesetzten Preissteigerung der Lebensmittel, sowie fast aller Gebrauchsgegenstände erlahmt die Kaufkraft der Bevölkerung, die sich bisher als der Hauptträger der Konjunktur bewährt hatte. Auf den Unternehmungen lasten die hohen Preise der Rohstoffe und Vorfabrikate, die hohen Löhne und namentlich auch die Teuerung des Leihkapitals. Der Begehr nach Kapital, schon seit längerer Zeit stark gesteigert durch die rege wirtschaftliche Tätigkeit, gerät durch die im Herbste akut werdende Wirtschaftskrisis in den Vereinigten Staaten von Amerika vollends außer Verhältnis zu dem Angebot und bringt es zu Zins- und Diskontsätzen von lange nicht gekannter Höhe. So wird die Rentabilität vielfach beeinträchtigt. Beschäftigung liegt meist noch genügend vor in der Erledigung übernommener Aufträge, aber der Neueingang von Aufträgen läßt nach. Hierbei spricht auch der Preisrückgang mit, der bei einzelnen Rohstoffen eingetreten ist und der die Käufer zurückhaltend macht, da sie bei Hinausschiebung ihrer Bestellungen noch billigere Preise erhoffen. Die Umkehr der Konjunktur vollzieht sich so zwar unaufhaltsam, aber doch in Ruhe, ohne Ueberstürzung.

Dieses Urteil entspricht den tatsächlichen Verhältnissen jedenfalls besser, als die Resultate der — wissenschaftlichen Untersuchungen des Gen. Calwer. Zur Erheiterung unserer Leser sei auch noch mitgeteilt, daß Blätter wie die „Frankf. Ztg.", die sich das Vergnügen machten, Calwer gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, nun die obige Auslassung ohne Vorbehalt abdrucken.

Saatenstand.

Saatenstand in Preußen Mitte April 1908, wenn 2=gut, 3=mittel, 4=gering bedeutet:

Winterweizen 2,7 (Vorjahr 3,5), Winterspelz 2,5 (2,9), Winterroggen 2,7 (2,9), Raps und Rübsen 2,7 (3,5), Klee 2,7 (3,2), Luzerne 2,6 (3,2), Rieselwiesen 2,7 (2,9), andere Wiesen 3,1 (3,2).

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz" heißt es: Die Hoffnung auf eine gute Durchwinterung der Saaten ist im großen und ganzen in Erfüllung gegangen. Ueber den Umfang der Umpflügungen wird erst der nächstmonatige Bericht die näheren Mitteilungen bringen. Infolge der ungünstigen Frühjahrswitterung konnte auch die Bestellung der Aecker zur Sommersaat nicht überall so gefördert werden, wie es der landwirtschaftliche Betrieb verlangt. Im nordöstlichen Staatsgebiete war sie bis zur Abgabe der Berichte kaum hier und da in Angriff genommen, während sie in manchen anderen Gegenden, namentlich in den westlichen Landesteilen, bezüglich der Halmfrüchte völlig beendet und die Saat vereinzelt sogar schon aufgegangen, auch mit dem Legen der Kartoffeln bereits begonnen war. Die mit Frühlingsanfang zu erwartende Wiederbelebung der Pflanzenwelt ist infolge der nun schon seit längerer Zeit herrschenden rauhen Witterung, besonders der Nachtfröste, allgemein zurückgehalten, in den nordöstlichen Landesteilen vielfach überhaupt noch nicht wahrzunehmen. Man hofft auf baldigen Eintritt wärmeren Wetters, wonach alles gut gedeihen werde. — Die Weizensaaten haben sich in ihrer Haltbarkeit als sehr verschieden erwiesen. Durchweg haben wieder die feineren englischen Sorten dem Kahlfroste nicht widerstanden, während die einheimischen Sorten zumeist gut durchgekommen sind. Letztere sollen auch vielfach kräftig bestockt sein. Die Roggensaaten haben unter den Witterungseinflüssen, abgesehen von denen in dem rauhen Klima des Nordostens und auf den Höhenzügen, wenig gelitten. Mehr ist von den Oelfrüchten Raps und Rübsen ausgewintert. Der Klee und die Luzerne haben weniger durch Frost und Schnee, ersterer aber in manchen Gegenden beträchtlich durch die Mäuse eingebüßt. Die Wiesen sollen überwiegend noch grau aussehen, vielerorten unter Wasser stehen und in Ostpreußen stellenweise mit einer Eisschicht bedeckt sein.

Der Saatenstandsbericht des österreichischen Ackerbauministeriums von Mitte April eröffnet für die Wintersaaten in Oesterreich gute Aussichten. Der Stand von Winterroggen sei kräftiger als der von Winterweizen. Winterraps und Wintergerste überwinterten gut. Mit dem Anbau von Zuckerrüben konnte bereits begonnen werden; Hopfen sei kräftig. — Laut „Handels- und Industriezeitung" war der Wintersaatenstand in Rußland am 25. März alten Stils in den dreizehn südlichen und den zehn polnischen Gouvernements im allgemeinen nicht vollkommen befriedigend. Unbefriedigend, teilweise schlecht ist er in den Gouvernements Cherson und Kiew, im größten Teil von Poltawa, Nordtaurien, Podolien, Wolhynien, im Dongebiet und im Osten von Jekaterinoslaw, gut in einigen Gouvernements des Nordkaukasus, der Krim und Polen; im übrigen befriedigend. Eine Vergrößerung der Anbaufläche für das Wintergetreide stehe bevor. Die Aussaat des Sommergetreides verzögere sich infolge der Kälte.

Konkurrenzkämpfe. Seitdem der Inlandskonsum und der Absatz auf den gewohnten Weltplätzen die deutsche Industrie nicht mehr so reichlich beschäftigen, wie einst im Mai 1907, und das Niveau der Preise gesunken, haben die Exportbestrebungen mit verstärkter Kraft eingesetzt. Geht es nicht nach West und Ost, so vielleicht nach Süd und Südost. Insbesondere gilt dies von der Eisenindustrie. In Oesterreich spürt man die deutsche Konkurrenz schon sehr empfindlich und kann sich ihrer drängenden Angebote kaum erwehren. Die österreichischen Feinblechwalzwerke haben deshalb die Preise ermäßigt, um der deutschen Konkurrenz das Eindringen zu erschweren. Die Alpine Montangesellschaft, eines der größten Eisenwerke Oesterreichs, spricht in ihrem sonst zuversichtlichen Berichte die Befürchtung aus, daß die geschäftliche Situation in Deutschland den auf ihr lastenden Druck auf die österreichische Industrie weitergeben könnte.

In den ersten zwei Monaten des Jahres 1907 belief sich die deutsche Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn auf 82 814 Doppelzentner, in diesem Jahre hob sich die Menge auf 340 138 Doppelzentner, das ist auf das Vierfache! Um 257 324 Doppelzentner nahm der österreichisch-ungarische Markt diesmal von deutschen Eisenwaren mehr auf. Für die deutschen Stahlherren bedeutet der noch aufnahmsfähige Markt in Oesterreich-Ungarn ein höchst wichtiges Ventil. Daß dem so ist, verdanken die deutschen Unternehmer nicht ihrer Einsicht und Kunst in der Ausfindigmachung und Behauptung neuer Absatzgebiete, sondern der geringeren Leistungsfähigkeit der österreichischen Eisenwerke, die der noch anhaltend starken Nachfrage im Inlande und in Ungarn nicht Genüge leisten können.

Auf die Lage der deutschen Eisenindustrie wirft es ein bezeichnendes Licht, daß sie sich zur Lieferung bedeutender Quantitäten in wenigen Tagen erbieten konnte. Was täte das deutsche Eisenkapital, wenn sich ihr nicht dieser Ausweg eröffnet hätte? Für die deutschen Eisenarbeiter ist es ein Glück, daß die Krise in Oesterreich-Ungarn noch nicht ihren Einzug gehalten hat; sie würden sonst die Energie der deutschen Eisenunternehmer noch empfindlicher zu spüren bekommen, deren ganze Kunst, Krisen zu mildern, darin besteht, die Produktion einzuschränken und die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen.

Vom englischen Eisenmarkt.

Einen sehr trüben Situationsbericht veröffentlicht die „Mh. Ztg." vom Eisenmarkt. Ein schlechtes Zeichen sei es, daß die in der verflossenen Woche abgehaltene Quartalsversammlung der Industriellen des Birminghamer Distrikts eine Klarlegung der tatsächlichen Marktverhältnisse nicht gebracht hat. Die Preisnotierungen seien zwar nicht weiter zurückgegangen, es werde aber doch noch von allen Seiten über flaue Käufe geklagt. Die Konsumenten seien abgeneigt, über die Deckung des dringenden Bedarfes hinaus Ware zu erwerben, wenngleich die notierten Preise einen gewissen Anreiz dazu bieten. Außerdem sind die Monatsausweise des Britischen Handelsamtes keineswegs ermutigender Natur, zumal die Verladungen von Cleveland-Roheisen, besonders nach dem europäischen Kontinente, recht umfangreiche bleiben. Die starken Verschiffungen wurden von anderer Seite als ein Beweis der guten Lage stigmatisiert. Weiter wird konstatiert, daß auch am Halbzeugmarkt die Lage ungesund sei. Weiter wird befürchtet, daß im schottischen Gießereigeschäft ein ernster Arbeiterstreik ausbreche, da die Abstimmung der Leute gegen die von den Masters verlangte Lohnherabsetzung ausgefallen ist. In der Stahlindustrie der Westküste herrsche ausgesprochene Ruhe und viele der Anlagen seien völlig außer Betrieb gesetzt, auch das Geschäft in Schottland zeige nur wenig Neigung zur Besserung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. April.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Hugenotten.
Königl. Schauspielhaus. Julius Cäsar.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Lessing. Das Lumpengesindel.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Neues. Die gute Partie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Weg zum Herzen.
Schiller Charlottenburg. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kleines. 2×2=5.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Brüder von St. Bernhard.
Lustspielhaus. Frl. Freischolzen. Der Brandstifter.
Lortzing. Fidelio.
Komische Oper. Tiefland.
Westen. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Luisen. Gebildete Menschen.
Thalia. Die Brunnennymphe.
Trianon. Seine erste Frau. Die Hand.
Theater an der Spree. Der Onkel aus Kottbus.
Bernhard Rose. Die Loreley.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Der kleine Chevalier. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Else aus der Bar. Es lebe das Nachtleben!
Kasino. Ein Dorfroman.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Ota Gygi. Spezialitäten
Parodie. Tannhäuser. Nachtasyl. Monna Vanna.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten. Lione d'Ève.
Palast. Spezialitäten.
Folies Caprice. Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 7½ Uhr:
Alt-Heidelberg.
Freitag 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die gute Partie.
Morgen bis Montag 8 Uhr: Die gute Partie.
Dienstag zum erstenmal: Ramon, der Abenteurer.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag 3 Uhr: Mandragola.
Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr, halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Die Brüder von St. Bernhard.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Privatdozent.
Sonnabend: Kriemhilds Rache.
Sonntag 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr: Sein Prinzeßchen.

Residenz-Theater,
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Sonntag, den 26. April, 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Freitag: Frau Warrens Gewerbe.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Freitag zum erstenmal: Mutter Erde.
Sonnabend: Unsere Don Juans.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der wilde Reutlingen. Abends 8 Uhr: Der Mann mit den vier Frauen.
Montag: Der wilde Reutlingen.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Täglich 8 Uhr:
Der Onkel aus Kottbus.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Morgen: Der Onkel aus Kottbus.

Apollo Theater
Donnerstag, den 23. April cr.:
Kätchen Lossen | Bertha Geerts
Elfentücke | Geisha Nemond
Fina Montjoie | Kun Arpad
Blue Bell | Enrico Caruso
Rolf Rafaëlly | (Auxetophon).
Mittelmeerreise des Kaisers.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: Familien-Vorstellung. Kleine Preise.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Weg zum Herzen.** Lustspiel in 4 Akten v. Adolf L'Arronge.
Freitag, abends 8 Uhr: **Hans Huckebein.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **College Crampton.**
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.** Lustspiel in 5 Aufzügen und einem Vorspiel von William Shakespeare.
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Weg zum Herzen.**

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Tante Cramers Testament.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Loreley.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Morgen und folgende Tage: Die Loreley.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Trompeter von Säkkingen.

Metropol-Theater.
Zum 214. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 26. April, nachm. 3 Uhr: **Die Herren von Maxim.**

WINTER GARTEN
Neues abwechslungsreiches Programm.
Gertrude Harrison, Tänzerin
Selma Brantz, Jongleuse.
Hagedorns Wundergrotte.
John u. Luis Boller, Radfahrer.
Enlonboltas, Luftgymnastiker
3 Braggs, Akrobaten.
May de Souza, amerikanische Sängerin.
Tschernoff, Dresseur.
Millmann-Trio, Drahtseilakt.
Corwey, musikalischer Clown.
Palace Girls, englische Gesangs- und Tanz-Truppe.
Lili Schreiber, Soubrette.
Der Biograph.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue April-Programm.
Berlins Lieblings-Soubrette
Grete Gallus.
Erstklassige Spezialitäten.
Tunnel: Militär-Konzerte.
Theaterbesucher freien Eintritt.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Heute zum letztenmal:
Else aus der Bar.
Es lebe das Nachtleben!
Morgen: IV. Serie:
Die letzte Ehre!
Endlich allein!
Fall Blumentopf.
Mittwoch, den 29. April cr.:
Schluß dieser Saison!

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
Auf vielfachen Wunsch:
Der Flüchtling.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Gr. Extravorstellung: **Die Fischerin von Island.**

Kasino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Ein Dorf-Roman.
Vorher das glänz. April-Programm.
Sonntag 4 Uhr: **Nick Carter.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Anfang Sonntags 7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47—49.
Donnerstag, den 23. April:
Der Herrgottschnitzer von Ammergau.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Sensation Berlins!
Ota Gygi
der Mann mit den 3 Geigen.
Rita Tanea
und das kolossale April-Programm!

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:

Neues Progr. **Elitesoiree** Tanz-Kränzch.
von
Hoffmanns Nordd. Sänger
Neues Soiree-Programm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das phänomenale April-Programm!
Miß Belverde mit ihren dressierten
Bären.
Mexiko in Berlin. — Ein lustig. Witwer.
Posse mit Gesang.
Außerdem Duskes Bioskoph und 20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr Sonntags 6 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz
im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
Das brillante April-Programm.
U. a.: Lina Goty, Artur Wolff, M. Beudix, Alexander Brüd. Noranas Sisters.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Park. 0,75, Entree 50 Pf., in d. Woche Familienbillett 5 St. 2 M.
Im unteren Konzertsaal:
Täglich: Konzert.

Passage-Panoptikum.
Während der Osterferien
Vom 11. April b. inkl. 27. April
Volkstage!!!
Jed. Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alle Extra-Sehenswürdigkeiten frei!
„Die lange Dora", das größte Wund., 2,19 Mtr. groß.
Kunsttaucher Kapitän Gröbl.
Vitascop-Theater.
Alles ohne Extra-Entrée.
Eintritt 50 Pf.
Kinder ohne Begleitung und Soldaten 25 Pf.

Husten, Heiserkeit beseitigen wunderbar leicht und schnell die berühmten
Hustentropfen
von Otto Reichel.
Nur echt mit Marke „Medico"
Fl. 50 Pf. u. 1.—
Vor Nachahmungen jeder Art muß dringend gewarnt werden.
In den meisten Drogerien und bei **Otto Reichel,** Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Schönheitsfehler
durch Pickel und Schwitze zu verdecken, ist nicht selten ein Verbrechen an der eigenen Gesundheit. Man benutze die nach dem genialen D. R. P. Nr. 138588 von L. Zucker & Co., Berlin, hergestellte, wunderbar milde Zuckoph-Seife, ärztl. empfohlen und außerordentlich bewährt. Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und Mk. 1,50 (große Geschenkpackung) in Verbindung mit Zuckoph-Creme, dem herrlichsten und unnachahmlichsten Hautcreme, Preis Mk. 1,—, Probetube 75 Pfg.

Wunderbare Erfolge,
zumal bei gleichzeitiger Anwendung der nach dem nämlichen Patent hergestellten, weltberühmten und im Gegensatz zu obiger äußerst kräftig wirkenden Zucker's Patent-Medizinal-Seife, Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15 g) und Mk. 1,50 (große Packung, 35 g), von stärkster Wirkung, werden täglich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der Kinder verwendet die bekannte Mutter Bitumoor-Kinder-Seife, D. R. P., Preis 50 Pfg. und Bitumoor-Kinder-Creme, Preis 40 Pfg. Doppelbade 70 Pfg., das Edelste, Beste und Reinste für die kindliche Haut. Ueberall zu haben. Wo nicht, direkter Versand durch L. Zucker & Co., Berlin, Potsdamerstr. 75.

In Berlin echt bei Max Schwarzlose, Königstr. 69 und Potsdamer Straße 7a, Franz Schwarzlose, Leipziger Straße 56, Schwarzlose, vorm. Adolph Heisler, Friedrichstraße 183 und außerdem in fast allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Strelitzerstr. 1.

Palast-Theater

Burgstr. 24. Bhf. Börse.
Täglich 8 Uhr:
Das
erstklass. April-Programm.
U. a.: **Agnes Krembser,**
Jongleur-Akt.
Volkstümliche Preise.

Trianon-Theater.

Gastspiel Charlotte Wiehe. **Seine erste Frau. Die Hand (La main).**
Anfang 8 Uhr.

25221.*

Vorletzte Woche!

Zum Inventur-Extrapreis!

Eine Partie **große Divandecken** auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (Wert 6,75)

Buntperalsche doppelseitige
Divandecken
Mk. 7,50–8,75 (Wert 12–15 Mk.

Bunte Mocquett-**Plüsch-Divandecken**
Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 Mk.)

Eine Partie **Divanrückwände**
reichgestickt 8,85 M. (Wert 8,50 M.)

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.

Habe nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
gratis u. franko.

Blendol

mit dem Putzmännchen
bestes flüssiges Metall-Putzmittel.
In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf. Blechfl. z. 20, 30 u. 50 Pf. überall erh.
Urban & Lemm, Charlottenburg

Freie Volksbühne

29. Kunstabend im Rathaus
Sonnabend dieser Woche 8½ Uhr:
Jungösterreichischer Dichterabend.
Vortragender:
Herr **Fritz Richard** vom Deutschen Theater.

Morgen Freitag 8¼ Uhr:

Luisen-Theater	Lortzing-Theater
21. (I.) Abendabteilung:	23. (III.) Abendabteilung:
Mutter Erde.	**Der Troubadour.**

Gastkarten a 1 M. sind in allen Zahlstellen und beim Obmann im Theater zu haben.

Sonntag, den **26. April,** nachm. **3** Uhr:

Berliner Theater	Neues Schauspielhaus
5./6. Abteilung:	14./15. Abteilung:
Der ledige Hof.	**Die Kralle.**

240/7 **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Brauerei Friedrichshain

Fr. Lipps. Ok.: Ernst Liebing. Am Königstor.
Heute Donnerstag:
Populäres Konzert von
C. M. Ziehrer aus **Wien**
Hofkapellmeister, Dirigent der k. k. österr. Hofballmusik,
mit auf **sechzig** Künstler verstärktem Orchester.
Anf. 7½ Uhr. Entree 50 Pf., reserv. Pl. 1 M., num. Tisch 1,25 M. Billetts im Vorverk. Bote & Bock, Wertheim, Leipziger Str., Invalidendank, Kaufhaus des Westens u. in d. m. Plakat. bel. Gesch

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Große Massen-Konzerte
Spezialitäten-Vorstellung.

10 Jahre Garantie

Neue elegante
Fahrräder
45, 50, 55 Mk., ca. 500 St. gebr. 15, 20, 25, 30; Luftschläuche 1,75, Laufdecken 2, 2,50, 3,50, Pedale 0,75, Acetylenlaternen 1,25, Ketten 1,50, Torpedofreilaufn. 12,50, Glocken 0,10, Fußpumpen 0,60 Korkgriffe 0,10, Engländer 0,15 u. s. w. Nähmaschinen 28, 35 Mk. Motorwagen, Motorzweiräder, Motorzubehörteile, Transporträder, Jugendräder, Tandems, grösste Auswahl. Verlangen Sie sofort im eigenen Interesse Prachtkataloge gratis und franko.
Fahrradfabrik **BERLIN**
Ernst Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

✝
Bitte genau zu beachten!
Westmanns Trauermagazin
Eckhaus Kolonaden
Mohrenstraße 37a,
a. d. Jerusalemerstraße.
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 115.
2. Haus an der Andreasstr.
Ausführung und Preise konkurrenzlos!
Bei Vorzeigung dieser Anzeige vergüte ich 10 % in bar.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm billig

Uebergangs-Paletots
Capes
Jacketts
Staubmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots

Robert Baumgarten
Hausvogtei-Platz 11, I. Etage
(an der Jerusalemerstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden **5 Proz.** Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Am Sonntag, den 26. d. M., vormittags 10 Uhr, findet im **Märkischen Hof,** Admiralstr. 18c, die
Ordentliche General-Versammlung
statt. 273/15

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
2. In getrennter Versammlung Ergänzungswahl von 3 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer), § 38 Abs. 3 des Statuts.
3. Regelung der Gehälter unserer Bureauangestellten.
4. Verschiedenes.

Berlin, den 22. April 1908.
Der Vorstand.
G. Kneiß, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Maler u. verw. Gewerbe

Berlin.
Montag, den 27. April 1908, abends 8½ Uhr:
General-Versammlung der Delegierten
in den **„Armin-Hallen“,** Kommandantenstraße 58/59, Hof part. rechts.

Tages-Ordnung:
Geschäftsbericht und Abnahme der Jahresrechnung pro 1907. Bericht der Prüfungskommission. Verschiedenes.
15685 **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die wohltuende Teilnahme und die kostbaren Kranzspenden bei m Hinscheiden meines lieben Mannes
Hermann Müller
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren der Direktion, den Beamten und dem Personal der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft meinen tiefgefühltesten Dank. 28132
Auguste Müller.

Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe

zu Berlin. [273/15
Donnerstag, den 30. April 1908, abends 10 Uhr, bei Hahn, Rosenthaler Str. 57:
Ordentliche General-Versammlung der Delegierten.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Jahresbericht des Rendanten. 3. Bericht der Revisoren. 4. Kassenangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
J. A.: Paul Schrolle, Vorsitzender.

Hygienische Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69–70. Preisl. gratis.

Abgerissen

u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen getragene
Monatsgarderobe
in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur Wochen gebrauchte
Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.
J. Wand Hauptgeschäft: Große Frankfurter Str. 116
2. Geschäft: Chausseestr. 89
3. Geschäft: Chausseestr. 86
Bekanntestes Spezial-Geschäft für Monatsgarderoben Berlins.

Einheitspreis für Damen u. Herren M. 12,50
Luxusausführung M. 16,50

SALAMANDER

SCHUH-GES. m. b. H.
Centrale W. Friedrichstr. 182
C. Königstr. 47
SW. Friedrichstr. 221

Salamander-Stiefel werden nach den neuesten Errungenschaften der Technik von geschulten Arbeitern aus besten Rohstoffen hergestellt und sind als das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie anerkannt

Fordern Sie Musterbuch!

V.L.

Brennabor

Das Rad der Weltmeister und aller vorsichtigen Sportsleute

Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
Filiale Berlin W., Kronenstraße 11, nahe Friedrichstraße.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 28102*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Gertrud Müller
Otto Pohl
Verlobte. 15755
Braunsberger Straße 7.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Sohn
Eduard Nitschke,
der in geistiger Umnachtung seinen Tod im Wasser gesucht hat, jetzt aufgefunden ist. [15735
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, auf dem Luisenkirchhof, Charlottenburg, Fürstenbrunner Weg statt.
Die trauernden Eltern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Handlungsgehilfe
Eduard Nitschke
(2. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Charlottenburg (Fürstenbrunner Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
235/2 **Der Vorstand.**

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.
(Deutscher Senefelder-Bund.)
Am 19. April cr. verstarb unser Mitglied und Kollege, der Steindrucker
Wilhelm Ebel
im Alter von 61 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes II, Freienwalder Straße, aus statt.
286/10 **Die Verwaltung.**

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 19. April verstorbenen Steindruckers
Wilhelm Ebel
findet statt am Donnerstag, den 23. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Freienwalderstraße. 15811
Das Komitee.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Bezirk Charlottenburg.
Am 21. April verstarb unser Mitglied
Heinrich Marziger.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. April, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/13 **Die Ortsverwaltung.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, der Maurer
F. Böttcher
im 19. Lebensjahre am 20. d. M. plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 23. d. M., nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause Rixdorf, Walterstraße 24 aus, nach dem Böhmischen Friedhof statt. 15825
Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen
D. Böttcher.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des 6. Kreises, Bezirk 592 und 593, sowie den Kollegen der Firma Keyling u. Thomas für die rege Beteiligung und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. 28122
Die trauernde Witwe
Luise Verleih nebst Sohn.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters und Großvaters, des Putzers 15845
Albert Behrendt
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank; besonders dem Zentralverband der Maurer (Sektion Putzer) sowie dem Gesangverein und Wahlverein Schönebergs.
Die trauernden Hinterbliebenen
Helene Behrendt und Kinder.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Landtagswahl.

Morgen **Freitag, den 24. April,** von 7 Uhr abends an findet in den 12 **Berliner** Landtagswahlkreisen von den bekannten Stellen aus die

Flugblattverbreitung

zur Einsichtnahme in die Wählerlisten statt.

Wir erwarten, daß die Genossen Mann für Mann antreten und in gewohnter Weise arbeitsfreudig ihre Schuldigkeit tun.

Die Listen werden ausliegen am:

Sonntag, den 26. April, von 12 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends,
Montag, den 27. April, von 12 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends,
Dienstag, den 28. April, von 12 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Entgegen der Gewohnheit bei früheren Wahlen liegen die

Urwählerlisten diesmal nach Stadtbezirken geordnet

aus.

Eine allgemeine Liste für Berlin ist nicht zusammengestellt. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen werden **am besten schriftlich bei den 64 Auslagestellen oder im Wahlbureau des Magistrats, Poststr. 16 II, eingereicht,** doch liegt, wie schon bemerkt, eine Gesamtliste diesmal **nicht** im Wahlbureau, Poststraße, aus.

Aus dem Steuerzettel ersieht jeder Wähler, **in welchem Stadtbezirke er wohnt.** Auch aus dem Berliner Adreßbuch, 2. Teil, Seite 114—133, ist die Zugehörigkeit zum Stadtbezirk zu ermitteln, ebenso geben unsere Beauftragten, deren Verzeichnis unten folgt, hierüber Aufschluß.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind

nur am 26., 27. und 28. April

zulässig. Früher oder später eingehende Reklamationen werden als nicht gestellt betrachtet und sind daher völlig zwecklos. Es ist also nötig, die Einsprüche so aufzugeben, daß dieselben **spätestens am 28. April nachmittags** in Händen der zuständigen Stellen sind.

Die Listen liegen aus:

Stbz. Nr.	Für die Stadtbezirke	In der Turnhalle der	Straße
1	1—13	Berliner Gymnasium z. Grauen Kloster	Neue Friedrichstr. 86
2	14—25	51./130. Gem.-Schule	Niederwallstr. 6/7
3	26—30, 50—53	27./44. „ „	Wilhelmstr. 117
4	31—39	107. „ „	Genthinerstr. 4
5	40—46	99. „ „	Steinmetzstr. 79
6	47A—49	126./143. „ „	Culmstr. 15
7	54—60	108./116. „ „	Hagelbergerstr. 54
8	61A—65	6. Realschule	Belle-Alliancestr. 80
9	66A—71	40./101. Gem.-Schule	Gneisenaustr. 7
10	72—76A	28./217. „ „	Wilmsstr. 10
11	76B—78C	83./93. „ „	Dieffenbachstr. 60/61
12	79—86	106./152. „ „	Brixerstr. 17/18
13	87—94	50./68. „ „	Reichenberger 44/45
14	95—102	90. „ „	Waldemarstr. 77
15	103—106, 109	114./122. „ „	Köpenickerstr. 2
16	107A, 108B	177./191. „ „	Görlitzerstr. 51
17	110—113B	100./102. „ „	Eing. Forsterstr. 15
18	114—120	112./129. „ „	Wasserstorstr. 31
19	121—129	47. „ „	Stallschreiberstr. 54
20	130—136	Viktoriaschule	Prinzenstr. 51
21	137—144	62. Gemeinde-Schule	Schmidstr. 38
22	145—150	Filiale der 158. Gemeinde-Schule	Blumenstr. 63a
23	151—157	25. Gem.-Schule	Strausbergerstr. 9
24	158—164	201. „ „	Gr. Frankfurterstr. 23
25	165—167C	188./158. „ „	Mühlenstr. 50
26	168—174	18./125. „ „	Koppenstr. 84
27	175A—177B	87./98. „ „	Memelerstr. 24/25
28	177C—179A	119./136. „ „	Gubenerstr. 51/52
29	179B—180D	81./109. „ „	Tilsiterstr. 4/5
30	181A—181F	264./266. „ „	Samariterstr. 19/20
31	182—188	33./66. „ „	Eing. Höchststr. 36/37
32	189A—189C	234./253. „ „	Strahlmannstr. 6
33	189D, 193C u. D	228./279. „ „	Cismarchstr. 18
34	190A—191	267./280. „ „	Hausburgstr. 20
35	192, 193A, B u. E, 194A—C	204./213. „ „	Christburgerstr. 18
36	195—202	84. „ „	Keibelstr. 32
37	203—210	8./63. „ „	Gipsstr. 23a
38	211—217	45. „ „	Auguststr. 67/68
39	218—225	2. Realschule	Weißenburgerstr. 4a
40	226—232	Filiale der 171. Gem.-Schule	Choriner Str. 74
41	233—239	110./174. „ „	Schönh. Allee 166a
42	240—242C	162./197. „ „	Danzigerstr. 23
43	243—246C	200./214. „ „	Oderbergerstr. 57
44	246D, 247D, 250A	74./79. „ „	Pappel-Allee 30/31
45	248A, 249B, 250B—D	249./261. Gem.-Sch.	Greifenhagener 78/82
46	251—253, 254C u. E	190./198. „	Grauustr. 11
47	254A, B, D, 261A u. C	132./142. „	Demminerstr. 27
48	259—260, 261B, 262—264	207./210. „	Strelitzerstr. 41a/42
49	255—258, 265—268	13./67. „	Elisabethkirch 19/20
50	269—272, 274B	36. „	Gartenstr. 107
51	273—274A, 275—278	111./186. „	Pflugstr. 12
52	279—283, 285—286	26./179. „	Albrechtstr. 20
53	284A u. B, 287A—C	31. „	Alt-Moabit 23
54	288—290B, 294A, 295	82./90. „	Turmstr. 75
55	291A u. B, 292B u. C	216./222. „	Rostockerstr. 32
56	292A, 293A—C, 294B	206./212. „	Siemensstr. 20
57	296—298, 301—302	113./128. „	Turmstr. 86
58	299—300, 303A—304	160./188. „	Stephanstr. 3
59	305, 307—308A, 308C	183./196. „	Müllerstr. 158
60	308B, 309—312	86./141. „	Müllerstr. 48
61	306, 316—318	118./127. „	Pankstr. 8
62	313—316	65./77. „	Eingang Reinickendorferstr. 99/100
63	319—322	32. „	Pankstr. 26
64	323A—326C	140./194. „	Prinzen-Allee 8

Die Listen sind aufgestellt nach dem Wohnungsstande im letzten Drittel des Monat März. Wer also am 1. April verzogen ist, hat im Bezirke seiner früheren Wohnung zu wählen und sich an einem der drei Tage davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht. Vergewissere sich jeder Wähler darüber, ob er in die Liste eingetragen ist. Wer wahlberechtigt ist, aber nicht in der Wählerliste steht, kann sein Wahlrecht nicht ausüben.

Für diejenigen, denen es nicht möglich ist, selbst Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, sind nachgenannte Genossen bereit, dieses zu tun.

1. Landtagswahlkreis.

An der Apostelkirche 7, Janitzki.
Boutzenestr. 5, Saager, Tischler.
Bülowstr. 58, Wiemers.
„ 66, Roy.
Eylauerstr. 2, Tietz.
Flensburgerstr. 24, Rothe.
Gleditschstr. 50, Schnarke.
Großgörschenstr. 22, Gräbner.
„ 29, Schmutz.
„ 32, Pickel.
Göbenstr. 19, Abert.
Holsteiner Ufer 15/16, Hube.
Kaylerstr. 6, Strauß.
Kirchbachstr. 14, Schmidt, Ztg.-Sped.
„ 16, Roy.
Kreuzbergstr. 32 38, Will.
Kurfürstenstr. 26, Drähn.
Lützowstr. 7, Bethke.
Möckernstr. 121, Prüfer.
Monumentenstr. 23, Priesz.
Schönebergerstr. 17, Störmer.
Schwerinstr. 7, Kußmann.
„ 16/17, Riedinger.
Steinmetzstr. 29, Seiler.
„ 36a, Rickert.
„ 37, Aswendt, Ztg.-G.
„ 54, Strief.
„ 60, Neumann, Ztg.-G.
Yorkstr. 61, Keusner.
Zietenstr. 17, Schulz.

2. Landtagswahlkreis.

Arndtstr. 35, Kleinke.
Alte Leipzigerstr. 1, Meyer.
An der Fischerbrücke 16, Schwedler.
Belleallancestr. 71, Hänsel.
„ 73, Hätscher.
„ 74a, Schmidt.
Bergmannstr. 97, Maaß.
Charlottenstraße, Ecke Besselstraße, Schmidt.
Dorotheenstr. 31, Gumlich.
Französischestr. 6, Palzer.
Fidicinstr. 20, Salein.
„ 34, Sattler.
Grünstr. 21, Weihnacht.
Hagelbergerstr. 2, Nix.
„ 23, Tietge.
Hornstr. 2, Satz.
Kochstr. 6, Ganzberg.
„ 39/34, Teichmann.
„ 49, Böymann.
„ 54a, Pötzschke.
„ 55, Krüger.
Königgrätzerstr. 84, Frehse.
Krausenstr. 30, Weikert.
Kreuzbergstr. 12, Böhnchen.
„ 76, Eckelt.
Lindenstr. 3, 2. Hof, Schmidt.
Markgrafenstr. 102, Ohnesorge.
Mauerstr. 89, Fritz Zinke, Zeitungsspedition.
Mehrenstr. 40, Ziehe.
Roßstr. 3, Ege, Schuhwarengesch.
Schützenstr. 56, Schäfer.
Tempelhofer Ufer 19, Grosse.
Teltowerstr. 11, Wolf.
„ 28, Ulbrich.
Wilhelmstr. 119/20, Reck.
Wilhelm-Alexiisstr. 26, Lerf.
Zimmerstr. 60, Stephan.
„ 64, Adam.

3. Landtagswahlkreis.

Adalbertstr. 4, Haupt.
„ 43, Lange.
„ 65, Walter.
Alexandrinenstr. 34, Tietz.
„ 45, Daniel.
Alte Jakobstr. 48, Schäfer.
Alte Jakobstr. 65, Stumpe.
„ „ 74, Müller.
Brandenburgstr. 40, Ziessemann.
„ 56, Friedrich.
Brückenstr. 6, Schröder.
„ 6a, Münzberg, Ztg.-Hdl.
Buckowerstr. 1, Lehmann.
„ 10, Feistel.
Dresdenerstr. 80, Gutthardt.
„ 105, Wilke.
„ 107/108, Gensch.
Engel-Ufer 4a, Spiel.
„ 15, Horsch.
Köpnickerstr. 31, Kommnick.
„ 58, Brandow.
„ 59, Rieger.
„ 168, Wolf.
Mariannen-Ufer 4, Höhne.
„ Straße 48, Liebehentschel.
Melchiorstr. 5, Thomas.
Michaelkirchplatz 19, Moschinsky.
Michaelkirchstr. 48, Dietrich.
Muskauerstr. 43, Erdmann.
Naunynstr. 9, Lier.
„ 54, Krüger.
Neue Jakobstr. 1, Radke.
Oranienstr. 71, Dans.
„ 103, Meyer.
Prinzenstr. 23, Voth.
„ 28, Aimer.
„ 31, Fritz.
„ 43, Artner.
Pücklerstr. 3, Halbergott.
Ritterstr. 15, Börner.
„ 47, Schmidt.
„ 74, Bering.
„ 75, Bercht.
„ 123, Stramm.
Rungestr. 9, Rabe.
Sebastianstr. 1, Bimbös.
„ 13, Kimmel.
„ 41, Uebeleisen.
Sebastianstr. 50, Schröder.
Seydelstr. 22, Gräber.
„ 30, Engel.
Spittelmarkt 3, Arnold.
Stallschreiberstr. 6, Banz.
„ 19, Friedrich.
„ 58, Schmidt.
Waldemarstr. 29, Börsche.
„ 43, Rathke.
„ 60, Heinze.
„ 64, Edel.
Wallstr. 36, Zeppe.
Wrangelstr. 4, Höfer.

4. Landtagswahlkreis.

Alexandrinenstr. 122, Schmidt.
„ 114/115, Buchholz.
Arndtstr. 26, Kleinke.
Barutherstr. 1, Scholz.
Bergmannstr. 93, Maaß.
Blücherstr. 34, Caspari.
Boeckhstr. 7, Leu.
„ 49, Keiler.
„ 34, Tolzmann.
Boppstr. 4, Federhardt.
Camphausenstr. 18, Jorecki.
Dieffenbachstr. 31, Kroatz.
„ 55, Krieg.
„ 53, Maier.
Fidicinstr. 20, Salein.
„ 34, Sattler.
Gitschinerstr. 87, Polzin.
„ 88, Barth.
Gneisenaustr. 30, Thomsen.
„ 45, Petermann.
„ 72, Werner, Sped.
Gräfestr. 4, Schaller.
„ 9, Kathen, Barbier.
„ 32, Bollsahn, Barbier.
Hasenheide 9, Zehrend.
Heimstr. 9, Vonhoff.
Hollmannstr. 33, Puder.
Jahnstr. 1, Schmidt.
Lachmannstr. 5, Arndt.
Luisenufer 53, Bauer.
Marheineckeplatz 5, Frisch.
Moritzstr. 9, Lindemann.
Neuenburgerstr. 24, Lüdtke.
„ 38, Jabel.
Nostizstr. 12, Kirschke.
„ 8, Krautmann.
Plan-Ufer 27, Wolff.
„ 75, Riehle.
Schönleinstr. 6, Grunbach.
Solmsstr. 22, Friedrich.
„ 44, Hermann.
Urbanstr. 7, Kurb.
„ 29, Reim.
„ 50, Pech.
„ 93, Kutscher.
„ 170, Hemp.
Willibald-Alexiisstr. 26, Lerf.
Wilmsstr. 5, Löwenhagen.

5. Landtagswahlkreis.

Adalbertstr. 4, Haupt.
Admiralstr. 19, Köhler.
„ 21, Schnieber.
„ 40, Schulz.
Brixerstr. 32, Döhring.
„ 40, Mittmann.
Cuvrystr. 8, Golz.
„ 25, Lehmann.
Eisenbahnstr. 16, Zander.
Falckensteinstr. 5, Wolfram.
„ 33, Mende.
Forsterstr. 17, Schulze.
Görlitzerstr. 33, George.
„ 44, Paysold.
„ 58, Schulze.
Grünauerstr. 3, Werwitz.
Glogauerstr. 29, Keßner.
Köpenickerstr. 101, Becker.
Kottbuser Ufer 45, Pfeiffer.
„ „ 59, Pfeffer.
„ „ 62, Lange.
Lausitzerstr. 25, Laaser.
Liegnitzerstr. 18, Krone.
Lübbenerstr. 1, Pietsch.
„ 18, Hentschel.
„ 27, Horning.
Manteuffelstr. 49, Panneke.
Oppelnerstr. 38, Benthin.
„ 47, Hoffmann.
Pücklerstr. 18, Grundmann.
Ratiborstr. 16, Leugthen.
Reichenbergerstr. 10, Lange.
„ 16, Manzey.
„ 47, Pappenfuß.
„ 83, Lange.
„ 85, Jenisch.
„ 86, Ritschke.
„ 138, Paul.
„ 188, Kohl.
Schlesischestr. 6, Kohl.
„ 38, Neumann.
Skalitzerstr. 22, Wählisch.
„ 59, Nix.
„ 94, Grabert.
„ 114, Wilke.
„ 102, Grapenthin.
Sorauerstr. 4, Ladewig.
Wienerstr. 43, Baumgärtner.
„ 48, Krusch.
Wrangelstr. 58, Schötzig.
„ 59, Ihm.

6. Landtagswahlkreis.

Andreasstr. 11, Fahnert.
„ 26, Merkowski.
„ 34, Hoffmann.
Am Ostbahnhof 7, Knospe.
Blumenstr. 38, Manschke.

Boxhagenerstr. 5, Schrödter.
Breslauerstr. 30, Fahnert.
Caprivistr. 20, Füllenberg.
Gr. Frankfurterstr. 38, Brathun.
Friedrichsbergerstr. 10, Werner.
Friedrichsfelderstr. 23, Schulze.
Fruchtstr. 61, Ramonat.
„ 69, Berger.
Fürstenwalderstr. 17, Trebus.
Goßlerstr. 19, Finke.
Grüner Weg 119, Rolle.
Gubenerstr. 12, Hertel.
„ 13, Senkel.
„ 19, Richter.
Kaiserstr. 41, Weil.
Königsbergerstr. 28, Jaeckel.
Koppenstr. 68, Hübner.
Krautstr. 36, Rath.
Langestr. 53, Kluge.
Libauerstr. 5, Kühn.
Markusstr. 14, Tabert.
„ 21, Gorn.
„ 47, Welkisch.
Marsiliusstr. 9, Hohenstein.
Memelerstr. 59b, Balzer.
„ 61, Lanzky.
„ 63, Tesch.
Mühlenstr. 5, Ambos.
„ 49, Neumann.
Münchebergerstr. 9, Wachs.
Pallisadenstr. 23, Bläsing.
Persiusstr. 5, Graß.
Posenerstr. 10, Kühn.
Revalerstr. 10, Markgraff.
Rochowstr. 5, Pankratz.
Rominterstr. 2, Greive.
„ 31, Ziggel.
Rüdersdorferstr. 16, Böhl.
„ 52, Köhnke.
Schillingstr. 22, Wicke.
Stralauer Allee 17c, Halvaß.
„ 36, Ulm.
Strausbergerstr. 15, Schubert.
Warschauerstr. 61, Zietz.
„ 70, Ebrecht.
Waßmannstr. 11, Glaubitz.
Weberstr. 40a, Schulze.

7. Landtagswahlkreis.

Allensteinerstr. 38, Schönberg.
Bötzowstr. 8, Krause.
Bardelebenstr. 8, Gott.
Christburgerstr. 16, Hartung.
Chodowieckistr. 3, Kunze.
Eckertstr. 8, Seifert.
Ebertystr. 21, Jeschke.
Elbingerstr. 9, Beiersdorf.
„ 15, Kersten.
„ 74, Lange.
Frankfurter Allee 70b, Pflanz.
„ „ 74, Schöpke.
Friedebergerstr. 1, Zwarg.
Friedrichsbergerstr. 22, Gohlke.
Gabelsbergerstr. 12, Blendinger.
Greifswalderstr. 37, Sachse.
Hausburgstr. 4, Franke.
„ 15, Wagner.
Heidenfeldstr. 14, Pauten.
„ 17, Gotowitz.
Hufelandstr. 9, Eue.
Jablonskistr. 23, Walburg.
Kochhannstr. 36, Minkwitz.
Landsberger Allee 4, Kienemann.
Langenbeckstr. 1, Bandow.
Löwestr. 14, Goldbach.
Liebigstr. 14, Gruß.
„ 30, Doberkow.
„ 46, Beyer.
Matternstr. 4, Kuhrt.
Mirbachstr. 16, Bek.
„ 24, Zydek.
Petersburgerplatz 4, Mann.
Petersburgerstr. 3, Mathes.
„ 4a, Witschuß.
„ 7, Wartig.
„ 81, Kirsch.
„ 84, Kirmse.
Proskauerstr. 12, Kühn.
Rigaerstr. 1, Wille.
„ 95, Plöger.
Samariterstr. 11, Beckmann.
Schreinerstr. 4, Manegold.
Stralauerplatz 1/2, Barenthin.
Straßmannstr. 29, Rott.
„ 41, Lorenz.
Strausbergerstr. 7, Schmidt.
Thaerstr. 5, Schmidt.
„ 12, Lange.
Tilsiterstr. 23, Schober.
„ 27, Koblenz.
„ 32, Engel.
„ 79, Thimm.
„ 85, Kempin.
Weidenweg 4, Daviet.
„ 43, Krüger.
„ 68, Heßriegel.
Wilhelm-Stolzestr. 6, Peters.
Zorndorferstr. 8, Rahn.
„ 16, Schwarzer.
„ 26, Hack.

8. Landtagswahlkreis.

Anklamerstr. 33, Bülow.
Alte Schönhauserstr. 20, Schrader.
„ „ 32, Hof IV, Fischer.
Alte Schönhauserstr. 32, Steinborn.
Barnimstr. 2, Süßmuth.
„ 42, Reul.
Büschingstr. 7, Erhardt.
Chorinerstr. 7, Höffler.
„ 54, Ulrich.
Danzigerstr. 24, Voß.
Diedenhofenerstr. 11a, Werner.
Dragonerstr. 15, Heufelder.
Elisabethstr. 34, Jenner.
„ 45a, Heidke.
Fehrbellinerstr. 9, Schönfeld.
„ 34, Beyer.
Fransecki str. 43, Schensch.
„ 52, Gemmert.
Kl. Frankfurterstr. 13, Kampe.
Georgenkirchstr. 65, Spät.
„ 67, Becker.
Gollnowstr. 28, Brauer.
Gormannstr. 7/9, Füldner.
Grenadierstr. 35, Liehr.
Heiligegeiststr. 40, Kirchner.
Hochmeisterstr. 5, Pinner.
„ 22, Schulze.
Höchstestr. 22, Lehmann.
Immanuelkirchstr. 12, Schild.
„ 12, Zucht.
„ 26, Mierecke.
Kastanienallee 28, Metzen.
„ 54, Schmadicke.
„ 96, Bugge.
Kaiserstr. 41, Weil.
Kaiser-Wilhelm-Str. 18, Möckel.
Keibelstr. 9, Wisheth.
Klosterstr. 100, Boß.
Neue Königstr. 10, Behle.
„ „ 83, Königstädt.
„ „ 88, Wall.
Landsbergerstr. 8, Haseloff.
„ 107, Steinacker.
Lothringerstr. 9, Wilewka.
Magazinstr. 17, Preuß.
Marienburgerstr. 6, Schmupp.
„ 24, Hoffmann.
„ 49, Daske.
Metzerstr. 3, Verband d. Gärtner.
Mollenstr. 12, Buchholz.
Mulackstr. 29/30, Danilhe.
Parochialstr. 36, Hönow.
Prenzlauer Allee 43, Hartwig.
„ „ 232, Holthausen.
„ „ 236, Krüger.
Raabestr. 15, Jahn.
Ryhestr. 45, Hornemann.
Schillingstr. 15/16, Wicke.
Schönhauser Allee 156, Klaust.
„ „ 167a, Ziemainsch.
Schwedterstr. 23, Obiglo.
Stralauerstr. 48, Hahn.
Straßburgerstr. 32, Großmann.
Steinstr. 1, Waldmann.
„ 17, Schünemann.
Tresckowstr. 36, Pinner.
„ 53, Granzow.
Veteranenstr. 4, Geisler.
Weberstr. 39/40, Bober.
Weinstr. 28, Spät.
Weinbergsweg 8, Reimann.
Weinmeisterstr. 5, Rickchen.
Winsstr. 6, Rausch.
„ 57, Wysocki.
„ 64, Glashagen, Konsum.
„ 64, Rosemann.
Wörtherstr. 15, Schirmer.
„ 39, Lamprecht.
Zionskirchplatz 5, Kurzrock.

9. Landtagswahlkreis.

Bastianstr. 20, Arndt.
Behmstr. 39, Zickert.
Biesenthalerstr. 4, Riedel.
„ 16, Koch.
Böttcherstr. 4, Anders.
Buttmannstr. 10, Rottke.
Carmen Silvastr. 153, Mahnkopf.
Colbergerstr. 12/13, Mattern.
Dunckerstr. 10, Schwarz.
„ 19, Otto.
„ 79, Heimann.
„ 83, Grobler.
Eberswalderstr. 4, Georgi.
Freienwalderstr. 8, Hübschen.
Gaudystr. 9, Wieck.
„ 10, Krüger.
Gleimstr. 9c, Schulz.
„ 10, Dabbert.
„ 63, Lerche.
Graunstr. 16, Ertelt.
„ 40, Berger.
Grünthalerstr. 5, Knapp.
Hochstr. 33, Jahnke.
Kopenhagenerstr. 26, Skobel.
„ 31, Hübner.
„ 38, Schulz.
Korsörstr. 12, Nebatz.
Kuglerstr. 44, Kühne.
Lettestr. 3, Wesenigk.
Lortzingstr. 4, Schmalowski.
Lychenerstr. 3, Ihlig.
„ 18, Horst.
„ 27, Bolduan.
„ 117, Schneider.
„ Ecke Stargarderstr., Post.
Milastr. 5, Grohn.
Oderbergerstr. 20, Kühne.
„ 39, Meier.
Pankstr. 32, Kersin.
„ 45, Knop.
Pappel-Allee 10, Petsch.
„ 25, Martins.
„ 64, Schmidt.
Prinzen-Allee 17, Stripp.
„ 57, Mandel.
Putbuserstr. 35, Treuter.
„ 45, Schuldt.
„ 45, Strangfeld.
Ramlerstr. 15, Morgenstern.
Rodenbergstr. 8, Boltze.
Rügenerstr. 20, Krause.
Schivelbeinerstr. 26, Herrs.
„ 27, Sauer.
„ 36, Meißner.
„ 47, Coßiniak.
Schliemannstr. 6, Peschel.
„ 23, Seifert.
„ 25, Leuendorf.
„ 42, Charlet.
Schönhauser Allee 50a, Engelhardt.
„ 72, Schmidt.
„ 131a, Sauer.
Seelowerstr. 22, Neumann.
Senefelderstr. 3, Götze.
Stargarderstr. 74, Kriedemann.
„ 79, Stein.
Stettinerstr. 17, Braack.
„ 30, Berber.
„ 46, Otto.
Stolpischestr. 52, Goldschmidt.
„ 54/55, Wetzel.
„ 61, Unbehaun.
Swinemünderstr. 47, Hoffmann.
„ 51, Schilling.
„ 95, Penning.
Völkerstr. 8, Reggebrecht.
Wichertstr. 3, Hönisch.
Wiesenstr. 7, Mandel.
„ 27, Maas.
Wisbyerstr. 4, Beyer.

10. Landtagswahlkreis.

Ackerstr. 6/7, Kubig.
„ 36, Raschke.
„ 90, Radke.
„ 110, Lenz.
„ 123, Wiesenthal.
Albrechtstr. 7, Schneider.
Arkonaplatz 8, Wesener.
Auguststr. 51, Wirth.
Bergstr. 10, Merker.
„ 62, Hilgenfeld.
Bernauerstr. 22, Badrad.
„ 76, Hildebrandt.
„ 82, Gienke.
„ 93, Mattke.
Boyenstr. 19, Heyse.
Brunnenstr. 79, Döhling.
„ 96, Maas.
„ 113, Spendahl.
„ 145, Diesler.
„ 188, Wilke.
Charitéstr. 3, Pasche.
Chausseestr. 100, Liese.
Dalldorferstr. 5, Kowalzick.
Demminerstr. 4, Wischnat.
Dircksenstr. 51, Will.
Elsasserstr. 68, Wittchow.
„ 89, Münzer.
Fennstr. 15, Selten.
„ 32, Zietz.
Gartenstr. 48, Karsowski.
„ 71, Thomas.
„ 100, Gottschalk.
Gerichtstr. 74, Bergemann.
„ 82, Springer.
Kl. Hamburgerstr. 19, Schäfer.
Gr. „ 18/19, Seifert.
Neue Hochstr. 8, Fahrensteiner.
Hussitenstr. 29, Busch.
„ 35, Thoman.
„ 43, Schulz.
Jasmunderstr. 9, Albrecht.
Kielerstr. 1, Reichenbach.
Liesenstr. 12, Böhm.
Linienstr. 138, Konitzer.
Lortzingstr. 32, Zimmer.
Luisenstr. 26, Kürbis.
Oranienburgerstr. 50, Thorup.
Pflugstr. 5, Agthen.
Rheinsbergerstr. 37, Deblitz.
Rosenthalerstr. 57, Hahn.
Ruppinerstr. 42, Siedler.
Schwedterstr. 226a, Haase.
Schlegelstr. 9, Dams.
Sellerstr. 3, Dobats.
Sophienstr. 5, Hummel.
Stralsunderstr. 17, Henkel.
Swinemünderstr. 20, Jäger.
„ Ecke Bernauerstr. Bertels.
„ 40, Brüsch.
„ 99, Karsten.
„ 118, Rusch.
Tieckstr. 34, Joseph.
Usedomstr. 22, Kinzel.
Wattstr. 1, Greth.
„ 17, Seeliger.
Wolgasterstr. 11, Höhne.
Wollinerstr. 9, Schmidt.
„ 28a, Krüger.
„ 60/61, Klückmann.

11. Landtagswahlkreis.

Antonstr. 9, Sauermann.
Brüsselerstr. 9, Kant.
„ 20, Metzer.
Burgsdorffstr. 13, Barleben.
Colbergerstr. 28/29, Mechtel.
Drontheimerstr. 4, Fritsch.
Gerichtstr. 41, Manneck.
„ 62, Filter.
Guineastr. 39, Blasius.
Kamerunstr. 53, Tauschel.
Kolonie str. 77, Plath.
„ 124, Hahn.
Köslinerstr. 3, Schönrock.
Liebenwalderstr. 4, Glawe.
„ 34, Mirring.
„ 49, Michaelis.
Lindowerstr. 26, Sachse.
Malplaquetstr. 23, Schulz.
„ 33, Ullrich.
Marstr. 16, Sauerweier.
Müllerstr. 12a, Wurtzel.
„ 32a, Doye.
„ 118, Allzeit.
„ 130, Pflügner.
„ 162a, Mattner.
Oudenarderstr. 10, Knappe.
„ 43, Fitting.
Pankstr. 5, Rieschel.
„ 46, Müller.
Plantagenstr. 5, Winkelsesser.
Prinz Eugenstr. 25, Gumz.
Ravenéstr. 6, Fahrow.
Reinickendorferstr. 72, Malinowski.
Ruheplatzstr. 18, Woi.
Schulstr. 5, Buchholz.
„ 64, Pötzel.
„ 114, Seefeld.
Schulzendorferstr. 27, Beutel.
Schwedenstr. 18c, Platen.
Soldinerstr. 76, Beier.
Sparrstr. 20, Kohlschmidt.
Sprengelstr. 42, Pfalzgraf.
Tegelerstr. 23, Engler.
Togostr. 3, Zacharias.
Triftstr. 41, Funke.
Ilserstr. 4, Reff.
Utrechtstr. 9, Greulich.
Weddingstr. 7, Rüß.
Wiesenstr. 6, Blank.
„ 29, Melzer.
Willdenowstr. 1, Schlivhacke.

12. Landtagswahlkreis.

Alt-Moabit 57, Fuhrmann.
„ 79, Benecke.
„ 119, Cäsar.
An der Gotzkowsky-Brücke, Brüschke.
Berlichingenstr. 2, Baumann.
„ 4, Agthen.
„ 19, Punzel.
Beusselstr. 9, Kirschkowski.
„ 21, Weden.
„ 32, Mischke.
„ 44, Rau.
„ 50, Albrecht.
„ 57, Bartsch.
„ 66, Seidler.
„ 70, Krothe.
„ 72, Küster.
„ 75, Prause.
Birkenstr. 28, Petermann.
„ 29, Gutheil.
Bochumerstr. 6, Rosenau.
Bredowstr. 11, Müller.
„ 19, Simoneck.
„ 44, Apitsch.
Buchstr. 6, Rietzdorf.
Calvinstr. 28, Trobach.
Dretzselstr. 13, v. Majewski.
Elberfelderstr. 45, Jäger.
Emdenerstr. 12, Rettkowski.
„ 23, Crone.
„ 41, Worbs.
Fehmarnstr. 4, Krause.
„ 11, Finzelberg.
„ 22, Hacke.
Gotzkowskystr. 13, Döhring.
„ 29, Schrolle.
Havelbergerstr. 35, Lehmann.
Huttenstr. 9, Räther.
„ 10, Kaczor.
Jagowstr. 21, Kühne.
Lehrterstr. 48, Volkmann.
Lübeckerstr. 42, Rademacher.
Perlebergerstr. 13, Walentowski.
„ 39, Schulz.
„ 42, Siebert.
„ 58, Stimpel.
Putlitzstr. 10, Lamprecht.
Quitzowstr. 104, Michaelis.
„ 119, Gädig.
Rostockerstr. 9, Schwand.
„ 19, Golzow.
„ 27, Pilz.
„ 28, Pflaumbaum.
„ 31, Dumschat.
„ 37, Sachs.
„ 45, Liedmann.
„ 49, Koch.
Salzwedelstr. 16, Bachstein.
Stephanstr. 11, Faber.
„ 31, Lausch.
„ 47, Bonitz.
Stromstr. 20, Brey.
„ 24, Callmuth.
„ 36, Schröder.
Sickingenstr. 78, Warner.
Siemensstr. 3, Stümer.
Spenerstr. 22, Burtschaf.
Thomasiusstr. 18, Püschel.
Turmstr. 34, Franke.
„ 52, Marker.
„ 62, Rapp.
Waldstr. 8, Pieleke.
„ 23, Schmidt.
Waldenserstr. 24, Gundlach.
Wiclefstr. 24, Achilles.
„ 38, Werth.
Wilhelmshafenerstr. 61, Mentz.
„ 68, Petry.
Wittstockerstr. 19, Schwarz.
Zwinglistr. 10, Göhlisch.
„ 14a, Schmidt.
„ 15c, Petri.
„ 16, Kiepert.

Für den Landtagswahlkreis Ober- und Nieder-Barnim

liegen die Wählerlisten am 28., 29. und 30. April in den Gemeindebureaus während der ortsüblichen Dienststunden aus.

Parteigenossen! Da uns nur einige Tage von dem Termine der Auslegung trennen, erwächst uns die doppelte Pflicht, mit aller Kraft für die Eintragung in die Listen einzutreten. Am **Sonntag, den 26. April,** ist zu diesem Zwecke eine

Flugblattverbreitung

für den Landtagswahlkreis angesetzt. Die Verbreitung findet in den einzelnen Bezirken von den bekannten Stellen aus statt.

Das Wahlkomitee.

Partei-Angelegenheiten.

Britz-Buckow. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Freitagabend 8 Uhr ist Materialausgabe bei Weniger. Die Bezirksführer werden ersucht, pünktlich zur Empfangnahme zu erscheinen.

Der Vorstand.

Rudow. Am Sonntag, den 26. April, abends 6 Uhr, findet im Lokale von Palm die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Die Technik der Landtagswahlen und Aufstellung der Wahlmänner. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten. — Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung dringend notwendig.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Besuchsstunde im Irrenhause.

In jedem allgemeinen Krankenhause trägt die kostbare Stunde, welche den Angehörigen und Freunden der Patienten gewidmet ist, etwas Herzbezwingendes an sich. An den Hunderten von Krankenbetten sieht man es deutlich, wie im Leid die allbezwingende Menschenliebe erquickend sich durchringt, und wohl nur selten stehlen sich an diese Stätten des Schmerzes, in diese kurzen Stunden häßliche Gefühle hinein, die unter der Larve des Mitleids ein hartes oder gleichgültiges Herz zeigen. Dieses schöne, uns seit altersher vertraute Bild bekommt einen Riß an jenen traurigen Orten, wo weniger der morsche Körper als der aus den Fugen gegangene Geist möglichst wieder in die richtige Bahn gelenkt werden soll — im Irrenhause. Schon die Fahrt nach Dalldorf, Herzberge und Buch in der Elektrischen oder im Eisenbahnwagen hat kurz vor den Besuchszeiten ein eigenartiges, höchst charakteristisches Gepräge. Man hört fast nur vom Irrenhause reden. Allen voran überbieten sich die Frauen im Erzählen von Schauergeschichten, an denen gewöhnlich noch nicht die Hälfte wahr ist. Ungeniert werden die intimsten Familienverhältnisse breitgetreten und Dinge enthüllt, die manchem Fahrgast die Schamröte ins Gesicht treiben. Es mag ja richtig sein, daß die Ursache der Internierung oft sehr schwerwiegender Natur war. Hier im Wagen sollte man sich doch etwas mehr die Zügel anlegen. Aber auch die Irrenhausverwaltungen und die allmächtigen Irrenärzte werden hart mitgenommen und nicht geschont. Was der aufmerksame, unbefangene Beobachter da vernimmt, deckt oft erschreckende Abgründe auf und ist sehr geeignet, tief mit der Sonde des Mißtrauens gegen unser heutiges Irrenhaussystem hineinzudringen. Doch die Mißstände sind ja schon so sprichwörtlich, daß der Sozialkritiker nur noch das Allerbedenklichste der Oeffentlichkeit unterbreitet.

In das weitgeöffnete Anstaltsportal flutets schwarz hinein. In den Vorhallen und auf den Korridoren des Hauptgebäudes schiebt und drängt sich die schnatternde Menge, um erst mit dem Glockenschlage sich nach den einzelnen Pavillons zu verteilen. Aber auch hier sind noch Vorbedingungen zu erfüllen. Stöcke und Schirme, gefährliche Waffen in der Hand von Geisteskranken, müssen abgegeben werden, vor allem aber die für die Patienten bestimmten Gaben. Nur auf ganz leichten Stationen und auf den freien Landhäusern, die das Irrenhaus zu einem Pensionat gestalten, ist diese Vorschrift erlassen. Die Mitbringsel werden vor der Uebergabe genau untersucht. In ihnen könnten ja Hülfsmittel zur Flucht verborgen sein. Bei den Ueberwachungshäusern, die mit zahlreichen gemeingefährlichen Geisteskranken belegt sind, hat sich diese Vorsicht allerdings als sehr angebracht erwiesen. Zeitungen werden in der Regel von vornherein zurückgewiesen. Besonders sind Blätter verpönt, die, wie der „Vorwärts“, rücksichtslos offenbare Irrenhausmißstände an den Pranger stellen. Aber es geht auch hier so wie mit den konfiszierten Witzblättern. Verbotene Früchte locken doppelt. Und so erhalten die Patienten „hinten herum“ gerade jene Presseberichte zugesteckt, die für sie das persönlichste Interesse haben.

Name auf Name wird laut über die öden Korridore gerufen. Die halbwegs vernünftigen Insassen haben schon stundenlang, tagelang vorher die Möglichkeit eines Besuches erörtert. Für den Kenner der Verhältnisse ist es herzzerreißend, wie diese immer Eingesperrten, so oft mit Unrecht Eingesperrten sich an den Glauben festklammern, daß die Angehörigen ihrer noch gedenken. Aber viele müssen wochenlang, monatelang warten, ehe einer aus der köstlichen Freiheit sich um sie kümmert, und gar mancher ist für immer vergessen ... ist tot für die geschäftige Welt. Wem das Hirn im Kampfe ums Dasein verdorrt ist, dem machts nichts aus. Wer noch denken kann, fühlt das Verlassensein um so grausamer. Wie die glücklichen Unglücklichen sich freuen, wenn sie nach dem Besuchssaal geleitet werden! Mit größter Sorgfalt, mit jener verzeihlichen Eitelkeit, die gerade vielen Geisteskranken so eigen ist, haben sich die meisten herausstaffiert, um zu gefallen und zu zeigen, daß sie noch wert sind, das Leben dort draußen wieder zu genießen. Hochdramatische Szenen erlebt man hier nur selten. Instinktmäßig und auch durch die Erfahrung gewitzigt, weiß der einigermaßen intelligente Patient, daß er mit einem möglichst harmlosen Eindruck, mit List und mit Bitten zur Not, weit mehr erreicht als mit Bravour und mit Drohungen. Wer sich in dieser Stunde des Wiedersehens nicht beherrschen kann, verlängert unnötig seine Gefangenschaft. Er ist noch nicht reif für die Freiheit. Nach der Ansicht der Irrenärzte! Aber der Teufel hole manchmal die Geduld und die Ruhe. Es muß oft ein Kunststück der Selbstbeherrschung sein, denen ruhig ins Auge zu schauen, die schuld sind an der Internierung, und ein lammfrommes Gesicht zu zeigen, hinter dem ohnmächtig der Groll kocht. Wie ein endloser bunter Faden zieht sich durch die surrende Unterhaltung im Besuchssaal der Wunsch nach Freiheit. Vieles wird versprochen, wenig gehalten. Was hinterher die liebenswerte Verwandtschaft unter vier Augen verhandelt mit dem Irrenarzte, das ist nicht selten fettes Futter für die Hölle. Der empfängliche Psychiater, dem man alles vorreden kann, sagt Ja und Amen. Mit brennenden Lettern steht's verzeichnet in den Irrenhausakten. Und die sind, wenn sie nicht durch Zufall laut die Lüge verkünden, verschwiegen wie das Grab.

Aussteuerstiftung. Aus der unter Verwaltung der städtischen Stiftungsdeputation stehenden Aussteuerstiftung des Kaufmanns Ferdinand Lange und seiner Ehefrau Klara geb. Schuke für bedürftige Kaufmannstöchter soll die diesjährige Aussteuersumme von 1500 M. vergeben werden. Bewerberinnen müssen Töchter solcher hiesigen verarmten Kaufleute sein, welche entweder in dürftigen Verhältnissen leben oder in solchen gestorben sind. Unter mehreren Bewerberinnen, die einen makellosen Lebenswandel geführt haben müssen, hat den Vorzug die Tochter eines Kaufmanns, welcher den Handel mit Materialwaren betrieben hat oder noch betreibt, in Ermangelung einer solchen Bewerberin aber die Bedürftigste. Den Gesuchen sind beizufügen: 1. ein polizeiliches Führungsattest, 2. ein Attest des betreffenden Bezirksvorstehers über die Erwerbs- und Vermögensverhältnisse der Bewerberin und ihrer Eltern, 3. das Geburtsattest der Bewerberin. Bewerbungsgesuche werden nur bis zum 30. Juni d. J. einschließlich von der städtischen Stiftungsdeputation, Poststr. 16, entgegengenommen. Die Aussteuersumme wird nach erwiesener Verheiratung der Benefiziatin an diese ausgezahlt.

Durch einen empfindlichen Nachtfrost sind besonders die Gärtnereien in der Umgebung Berlins erheblich geschädigt worden. In der Nacht zum Mittwoch war die Temperatur bis auf —2 Grad Celsius gesunken und unter der Einwirkung dieses Frostes entstanden auf den Wasserlachen nicht nur starke Eisbildungen, sondern auch der durch die Regenfälle vom vorgestrigen Tage angefeuchtete Boden gefror. Hierdurch sind besonders die Blumen-Anlagen in den Gärtnereien in Mitleidenschaft gezogen und ganze Beete waren gestern früh schwarz. Erfreulicherweise sind die Obstbäume weniger durch den Frost betroffen worden. Durch die ungünstige Witterung des Frühjahrs ist der Baumwuchs noch so weit zurück, daß der Frost den wenig entwickelten Knospen nichts anhaben konnte. Strichweise sind dagegen die Blattspitzen des Flieders schwarz geworden und ist daher eine Beeinträchtigung der Fliederblüte in diesem Jahre zu erwarten.

Eine Mordstatistik

für Preußen ist dieser Tage veröffentlicht worden. Danach fielen im Jahre 1906 696 Personen einem gewaltsamen Tode durch Mord und Totschlag zum Opfer. Auf 100 000 Einwohner starben im Durchschnitt durch Mord usw. 1,86 Personen; der Landespolizeibezirk Berlin steht mit 1,28 Personen an niedrigster Stelle. Obenan marschiert die Provinz Westfalen, in der 3,03 Personen von je 100 000 Einwohnern durch Mord und Totschlag zu Tode kamen. An zweiter, dritter und vierter Stelle stehen Landesteile, in denen Junker- und Pfaffentum dominieren. So steht der rein ländliche, weitaus überwiegend von katholischer Bevölkerung bewohnte Bezirk Hohenzollern mit 2,93 Personen an zweiter Stelle, Schlesien mit 2,26 Personen an dritter und Westpreußen, die Domäne unserer ostelbischen Junker, mit 2,25 Personen an vierter Stelle. Erst an siebenter Stelle kommt die Provinz Brandenburg mit 1,67 Personen von 100 000 Einwohnern.

Durch diese Statistik wird wieder einmal der gegnerische Schwindel, als seien die Hochburgen der Sozialdemokratie die schlimmsten Stätten des Verbrechens, in eine helle Beleuchtung gerückt. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Ueberall da, wo die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf die Volksmassen geltend machen kann, äußert er sich im kulturellen Sinne, wobei allerdings nicht vergessen werden soll, daß Verbrechen nur in dem Sumpfboden der kapitalistischen Gesellschaft wuchern können.

Nicht uninteressant wäre eine Statistik über die Zahl der unentdeckten Mörder. In diesem Fall würde die Polizeiverwaltung Berlin allerdings schlecht abschneiden.

Kein Freibad am Müggelsee. Eine Korrespondenz weiß zu melden: Die Verhandlungen über die Errichtung eines Familienbades an dem Müggelsee bei Friedrichshagen sind jetzt endgültig gescheitert. Bekanntlich hatte seinerzeit der Berliner Freibäder-Verein die Angelegenheit in die Hände genommen und mit den in Betracht kommenden Behörden Verhandlungen angeknüpft. Durch die Entscheidung der Regierung sind die Bemühungen des Vereins jedoch erfolglos geblieben.

Wie unseren Lesern bekannt ist, war seitens der Stadt Berlin gegen die Errichtung eines Freibades zwischen den Wasserwerken und Rahnsdorf Protest eingelegt worden, und zwar mit Rücksicht auf die dicht an der vorgesehenen Badestelle liegenden Wasserwerke für die Stadt Berlin. Infolge dieses Protestes hat nun die Regierung entschieden, daß solange, als an der betreffenden Stelle Wasser für die städtischen Wasserwerke aus dem Müggelsee entnommen wird, an die Einrichtung eines Freibades nicht zu denken ist. Der Berliner Freibäder-Verein wird nun jedenfalls versuchen, an einer anderen Stelle des Müggelsees ein Familienbad zu schaffen. Da jedoch alle anderen in Betracht kommenden Uferseiten des Müggelsees zum Köpenicker Gebiet gehören und der Köpenicker Magistrat für die Errichtung eines Freibades nicht so leicht zu haben ist, so ist es sehr fraglich, ob am Müggelsee jemals ein Familienbad errichtet werden wird.

Durch einen abstürzenden Eisenkasten zerschmettert. Ein schwerer Betriebsunfall, bei dem ein Arbeiter den Tod gefunden hat und einer schwer verletzt wurde, hat sich gestern morgen in der Maschinenfabrik „Cyklop" von Mehlis u. Behrens in der Pankstr. 15 zugetragen. Auf dem Trockenboden, auf dem die frisch gegossenen Erzeugnisse getrocknet werden, hatt drei Former an einem großen Eisenkasten, der soeben aus der Gießerei gekommen war, gearbeitet. Der Kasten hing an einem Krane etwa einen Meter hoch. Zwei der Former und zwar der 42 Jahre alte Martin Räder, Martin-Opitz-Str. 23 und der gleichaltrige Fritz Knieling lagen unter dem Kasten und hämmerten, das Gesicht nach oben gekehrt, an dem Gußwerk. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache stürzte der Kasten plötzlich vom Kran herunter. Die beiden Former wurden förmlich darunter begraben. Als man den schweren Gegenstand wieder beseitigt hatte, bot sich ein schreckliches Bild. R. lag mit **zerschmettertem Schädel tot auf der Erde.** Die Schädeldecke war dem Unglücklichen vollständig zermalmt worden, so daß das Gehirn bloß lag. K. war an der Rückenseite getroffen und schwer verletzt worden. Er wurde nach der Charité gebracht. Die Ursache des Unfalles ist vermutlich darin zu suchen, daß die Krankette nachgab.

Eine wandelnde Feuersäule im Tiergarten. Ein seltsames Schauspiel bot sich in der verflossenen Nacht auf den Wegen des Tiergartens: ein Mädchen lief lichterloh brennend durch den Tiergarten und alarmierte einen Schutzmann und mehrere Passanten. Ueber den merkwürdigen Vorgang wird berichtet: Aus Furcht vor dem Gefängnis hat die 24 Jahre alte Fabrikarbeiterin Gertrud Deuel aus der Breslauerstraße 19 in der vergangenen Nacht im Tiergarten einen entsetzlichen Selbstmordversuch verübt. Als das Mädchen im vorigen Jahre in Charlottenburg als Aufwärterin tätig war, ging sie mit einem verheirateten Gastwirt ein Verhältnis ein, das nicht ohne Folgen blieb. Um diese zu beseitigen, ließ sie sich ein Vergehen zuschulden kommen, von dem die Behörde Kenntnis erhielt. Gertrud D. wurde darauf zu acht Wochen Gefängnis verurteilt. Aus Furcht vor der Haft beschloß sie in den Tod zu gehen. Gegen 2 Uhr nachts steckte sie am Goldfischteich ihre Kleider in Brand und lief dann schreiend durch den Park. Ein Schutzmann und andere Passanten, die das Geschrei hörten und die wandelnde Feuersäule sahen, eilten zu Hülfe, erstickten mit Decken und Kleidungsstücken die Flammen und brachten die Unglückliche nach der Charité.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Geschäftsfuhrwerk und einem Krankentransportwagen verursachte in der Chausseestraße große Menschenansammlungen. Der Maurer Hermann Schüler aus der Tieckstr. 11 war beim Hinaufsteigen seiner im vierten Stockwerk belegenen Wohnung auf der Treppe ausgeglitten und abgestürzt. Er hatte sich bei dem Sturz schwere Kopfwunden und anscheinend auch innere Verletzungen zugezogen und nachdem er auf der Rettungswache die ersten Notverbände erhalten hatte, sollte er in einem Krankenwagen nach dem Krankenhause Moabit transportiert werden. Als das Gefährt durch die Chausseestraße fuhr, rannte der Kutscher Zotinas, Liegnitzer Straße 40, der sich in angetrunkenem Zustand befand, mit seinem Fuhrwerk in den Krankenwagen hinein. Es entstand nun ein großer Menschenauflauf und da man gegen T. vorgehen wollte, so mußte schließlich die Polizei eingreifen. Der Kutscher erhielt in dem Handgemenge eine schwere Verletzung über den Kopf. Er behauptet, daß sie ihm durch einen Schutzmannssäbel beigebracht worden sei. T. mußte nun gleichfalls nach einem Krankenhause gebracht werden.

Ein erschütterndes Bild bot sich am Dienstagnachmittag in der Oranienstraße vor dem christlichen Arbeitsnachweis den Vorübergehenden. Im Hausflur standen, Kopf an Kopf gedrängt, eine Anzahl junger Leute, Arbeitsloser, die hier eine Stelle erwarteten. Als die Bureautür geöffnet wurde und ein Herr einen Zettel in der Luft schwenkte, ging ein Ruck durch die Menge. Die stumpfen, müden, apathischen Gesichter erhellten sich auf einen Moment. Und nun begann ein heftiges Drängen, Schieben, Stoßen, ein wilder Kampf um die zu vergebende Stelle, um Brot und Existenz. Dabei war es nur eine gewöhnliche Arbeitsstelle, um die hier der Daseinskampf gekämpft wurde. Enttäuschung und Verzweiflung malte sich in den Mienen der andern, als sich ein „Glückspilz" die Stelle in heißem Ringen erobert hatte. Diese Szenen des Verzweiflungskampfes kann man täglich in allen Arbeitsnachweisen und vor den Geschäftsstellen der Zeitungen beobachten. Wieviel Elend, grenzenlose, jammervolle Not sich hinter den verschwiegenen Wänden der Wohnungen abspielt, beweist der Fall der beiden Frauen aus der Prinzenstraße, die der göttlichen Weltordnung freiwillig Valet sagten und einen schnellen Tod dem langsamen, aber sicheren Verhungern vorzogen. Tragödien, die deshalb nicht geringer zu bewerten sind, weil sie täglich passieren. Eine schöne „göttliche" Weltordnung.

Erdrosselt. Ein Kindesmord liegt wahrscheinlich einem Leichenfund zugrunde, der am Elisabethufer gemacht wurde. Aus dem Luisenstädtischen Kanal wurde die Leiche eines etwa 14 Tage alten Kindes weiblichen Geschlechts gelandet. Am Halse konnte man Merkmale beobachten, die jedenfalls auf eine Erwürgung zurückzuführen sind. Es wird vermutet, daß das Kind von der Mutter erdrosselt und dann in den Kanal geworfen worden ist. Die Leiche wurde zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht. — Ein zweiter Leichenfund wurde im Rixdorfer Schiffahrtskanal gemacht. Am Elsensteg wurde der Leichnam eines neugeborenen Mädchens ans Ufer geschwemmt. Er wurde gleichfalls zwecks Feststellung der Todesursache dem Schauhause überwiesen.

Ein Automobilbrand verursachte in der Friedrichstraße allgemeines Aufsehen. Vor dem Lustspielhause hatte die Automobildroschke Nr. 4884 gehalten. Während der Chauffeur die Kurbel andrehen wollte, erfolgte plötzlich in dem Benzinbehälter eine Explosion und im nächsten Augenblick schlug eine mächtige Stichflamme empor. Das Automobil stand bald in Flammen und das Vorderteil wurde fast gänzlich zerstört.

Auf der Brandstelle der alten Garnisonkirche ist die Feuerwehr noch immer tätig. Zu den Aufräumungsarbeiten sind fünfzig Arbeiter herangezogen worden. Die Kronleuchter der Kirche sind jetzt sämtlich geborgen und auseinandergenommen worden. Auch die beiden großen Glocken wurden freigelegt. Sowohl die größere 36 Zentner schwere als auch die kleinere im Gewichte von 25 Zentnern, die 35 Meter über dem Fußboden hingen, sind vollständig unversehrt geblieben. Der Glockengießer hat sie auf ihren Klang geprüft und festgestellt, daß sie wieder benutzt werden können.

Ein umfangreicher Dachstuhlbrand, der auf Brandstiftung zurückzuführen ist, kam gestern mittag in der Chausseestr. 43, Ecke der Schwartzkopffstraße, zum Ausbruch. Bei der Ankunft der Feuerwehr schlugen bereits die hellen Flammen aus dem Dache. Als Brandmeister Hammer mit mehreren Mannschaften die verqualmten Treppen emporeilte, drang ihm ein scharfer Pulvergeruch entgegen. Die oberen Geschosse waren derart verqualmt, daß ein Vordringen bis zum Boden unmöglich war. Brandmeister Hammer ließ daher sofort an beiden Straßenfronten zwei mechanische Leitern aufrichten, über die hinweg der erste Angriff erfolgte. Daneben versuchte eine zweite Löschabteilung von neuem in das verqualmte Treppenhaus vorzudringen. Die Türen des vierten und dritten Stockes fingen inzwischen Feuer. Da der Brand immer größere Dimensionen annahm, wurde bald mit zehn Schlauchleitungen Wasser gegeben. Von dem Dachstuhl konnte nichts mehr gerettet werden, er brannte an beiden Straßenfronten vollständig nieder. Mit den Aufräumungsarbeiten wird die Wehr noch bis in die späten Abendstunden hinein zu tun haben. Menschen sind bei dem Brande nicht zu Schaden gekommen.

Zwei neue Brandstiftungen. Die Brandstifter scheinen ihre Tätigkeit nach achttägiger Pause in vollem Umfange wieder aufnehmen zu wollen. Nachdem der Dachstuhl des gewaltigen Eckhauses Chausseestr. 43 und Schwartzkopffstraße böswillig in Brand gesteckt worden war, kamen gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr in demselben Stadtviertel zwei neue Dachstuhlbrände aus, die wieder auf das Konto der Brandstifter zu setzen sind. Zuerst brannte der Dachstuhl des Hauses Schlegelstr. 33. Da die Feuerwehr schnell zur Stelle war, so konnte das Feuer aber noch im Entstehen abgelöscht werden. Noch hatte ein Zug der Wehr hier mit den Aufräumungsarbeiten zu tun, als auf den Feuerwachen Alarm aus der Karlstr. 14 einlief. Sofort rückten neue Löschzüge nach dieser Brandstelle aus. Bei ihrer Ankunft stand der Dachstuhl des großen Mietshauses schon in ganzer Ausdehnung in Flammen. Auch der Dachstuhl des Nebenhauses (Nr. 13) schien bereits Feuer gefangen zu haben. Brandinspektor Julius ließ daher unverzüglich an beiden Häusern mechanische Leitern errichten und über diese hinweg die Rohrführer vordringen. Es zeigte sich bald, daß der Dachstuhl des Hauses Nr. 13 von den Flammen noch nicht ergriffen war. Dagegen hatte das Feuer sich auf den Dachstuhl des einen Seitenflügels von Nr. 14 ausgedehnt. Die Wehr griff angesichts dieser gefährlichen Situation mit insgesamt sieben Schlauchleitungen ein. Trotzdem dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Gewalt des Feuers gebrochen war. Der Dachstuhl des Vorderhauses und Seitenflügels ist völlig zerstört. Die Feuerwehrleitung nimmt auch in diesem Falle Brandstiftung an. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. Die Sonderkommission der Polizei war längere Zeit am Brandplatze anwesend.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Müllbeseitigung der Stadt Charlottenburg erfolgt seit dem Herbst vorigen Jahres nach einem neuartigen System, wie es bisher ähnlich nur noch in München und Budapest eingeführt ist. Diese Einrichtung basiert auf der Dreiteilung des Mülls in den Haushaltungen. Auf jedem bewohnten Charlottenburger Grundstück sind drei Eisenblechkasten aufgestellt, von denen der eine für Küchenreste, der zweite für gewerbliche Abfälle, wie Lumpen, Papier und dergleichen, der dritte ausschließlich für Asche bestimmt ist. Einwohner, welche die Vorschrift der Dreiteilung absichtlich nicht befolgen, können auf Grund einer besonderen Polizeiverordnung bestraft werden. Doch haben sich die Charlottenburger an die neue Ordnung schon so gewöhnt, daß sich noch nicht der zehnte Teil der Asche in den für sie nicht bestimmten Kästen vorfindet. Die gesamte Abfuhr besorgt zufolge eines mit der Stadtgemeinde geschlossenen Vertrages die neugegründete Müllverwertungsgesellschaft, die natürlich nur lebensfähig ist durch die erwähnte Polizeiverordnung. Ohne Zwang der Dreiteilung keine rationelle Verwertung! Die Asche ist vorläufig nur für Planierungen, Aufschüttungen und ähnliche Zwecke verwendbar. Der gesamte Inhalt der beiden anderen Kästen wird dagegen mittels der Bahn täglich nach Seegefeld bei Spandau geschafft, wo die Gesellschaft die gewerblichen und hauswirtschaftlichen Reste industriell verwertet. Täglich langen hiervon 1000 bis 1200 Zentner an. Der Betrieb ist ziemlich umfangreich und beschäftigt über 100 Personen. Die Hälfte hat nur mit dem Reinigen, Sortieren, Verpacken der gewerblichen Abfälle zu tun, die in ihren kolossalen Mengen einen bedeutenden Gewinn abwerfen. Charakteristisch ist, daß in Charlottenburg hausierende Lumpensammler sich an die Kästen nicht heranmachen dürfen, weil nach dem Vertrage der Kästeninhalt Eigentum der Gesellschaft ist. Es bleibt jetzt fast nichts unverwertet. Selbst noch die kleineren, stark verschmutzten Papier- und Lumpenreste sind so bedeutend, daß mit ihrer Verbrennung die gesamte für den großen Betrieb erforderliche Kesselhitze und die elektrische Beleuchtung erzeugt werden kann. Von großer wirtschaftlicher Tragweite ist die Verwertung der Küchenabfälle. Diese werden gekocht und nach Zusatz von anderem Futter zur Schweinemästung benutzt. Die Anstalt ist für 5000 Schweine eingerichtet. Bereits mehr als 2700 werden in der Hauptsache mit den gekochten Abfällen, unter denen Kartoffelschalen und Grünzeug die Hauptbestandteile bilden, gefüttert. Auch Schlachtungen derjenigen Tiere, welche ihr Höchstgewicht erreicht haben, finden auf der Betriebsstätte statt. Der Betrieb, der aus allen Kreisen zahlreiche Besucher anlockt, ist von vornherein auf Erweiterung eingerichtet, so daß für Charlottenburg die wichtige Frage der Müllbeseitigung auf Jahrzehnte hinaus als gelöst betrachtet werden kann.

Rixdorf.

Die Wahl des praktischen Arztes Dr. Vogel zum Stadtrat ist, ebenso wie die Wiederwahl der Stadträte Fischer, Leyka, Thiemann und Ziegra vom Regierungspräsidenten bestätigt worden. — Der Magistrat beschloß, die Schienenübergänge in der Elsen- und der Bouchéstraße durch Uebernahme eines Kostenanteils beseitigen zu helfen. Auch mit Treptow soll wegen eines Zuschusses zur Beseitigung dieses Verkehrshindernisses verhandelt werden. — Die vom Magistrat eingeholten Sachverständigengutachten befürworten die Errichtung eines eigenen städtischen Elektrizitätswerkes in Rixdorf. — Eine Polizeiordnung für die Lagerung von Kohlenvorräten soll, nach dem Vorbilde der Berliner Verordnung vom 16. Dezember 1907 erlassen werden.

Bei dem Vergnügen der Lithographen und Steindrucker am zweiten Feiertag in Hoppes Festsälen hat eine Frau eine Brille verloren. Der Finder wird gebeten, dieselbe im Hoppeschen Restaurant, Hermannstr. 49, abzugeben. Bei demselben Vergnügen wurde ein Pincenez gefunden; dasselbe ist im selben Lokal abzuholen.

Steglitz.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag 10 Uhr vor dem Neubau Holsteinische Straße 17. Durch den heftigen Sturm fiel eines der Felder des Bauzaunes außerhalb der Straße um, als die Frau des Zimmermeisters Wolf mit ihrem dreijährigen Töchterchen vorbeiging. Das Kind wurde von dem umfallenden Zaun so schwer getroffen, daß es eine bedenkliche Gehirnerschütterung davontrug. Es wurde, nachdem der herbeigeholte Arzt einen Notverband angelegt hatte, durch die Feuerwehr nach dem Krankenhaus gebracht. Das Unglück konnte vermieden werden, wenn das umstürzende Feld des Zaunes von innen angelegt worden wäre.

Rüdersdorf.

Brandstiftung auf dem Wasser. Durch einen Bubenstreich ist in der vorgestrigen Nacht die Rüdersdorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft empfindlich geschädigt worden. Der Personendampfer „Elisabeth", der den Verkehr zwischen Woltersdorfer Schleuse und Rüdersdorf vermittelt, lag nach der letzten Fahrt an der Schleuse vor Anker und blieb wie gewöhnlich unter Aufsicht des Schiffsjungen, der sich nach seiner Kabine zurückzog. Gegen 2 Uhr morgens erwachte der Schiffsjunge unter der Einwirkung eines starken Qualmes und er entdeckte nun, daß der Dampfer in hellen Flammen stand. Durch die Hülferufe des gefährdeten Burschen wurde das Schleusenpersonal alarmiert und es gelang, das Feuer in verhältnismäßig kurzer Zeit abzulöschen. Der Befund deutet darauf hin, daß Brandstiftung vorlag, die leicht zu einer Katastrophe hätte führen können. Der erheblich beschädigte Dampfer mußte aus dem Betriebe gezogen werden.

Soziales.

Leistungspflicht der Berufsgenossenschaften.

Ein Arbeiter erlitt am 5. April 1886 einen Unfall, an dessen Folgen er noch jetzt vollständig erwerbsunfähig ist und Vollrente bezieht. Verschiedene Kuren, denen sich der Verletzte unterwerfen mußte, konnten an seinem Zustande nichts ändern und wurde am 1. August 1889 eine Heilung als durchaus unwahrscheinlich ärztlich festgestellt und somit das Heilverfahren als abgeschlossen betrachtet.

Mit Abschluß des Heilverfahrens waren aber noch nicht alle Unfallfolgen behoben, sondern der Verletzte mußte noch fortgesetzt, zur Linderung der auftretenden Schmerzen, Arzt und Apotheke in Anspruch nehmen. Diese Leistungen hat auch die Berufsgenossenschaft bis zum Oktober v. J. anstandslos gewährt. Dann teilte sie aber dem Verletzten mit, daß sie, da das Heilverfahren abgeschlossen sei und sie Vollrente gewähre (diese beträgt 40 M. monatlich), ärztliche Behandlung und Arznei nicht mehr gewähre. Der Verletzte verlangte berufungsfähigen Bescheid, der aber erst durch eine Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zu erlangen war. In dem betreffenden Termin vor dem Schiedsgericht Dessau, Abt. Bernburg, präzisierte der Berufungskläger seinen Antrag dahin: Die Beklagte zu verurteilen, ihm die zur Linderung der durch den Unfall hervorgerufenen Beschwerden notwendig werdenden Kosten für Arzt und Apotheke zu gewähren. Das Schiedsgericht kam aber zu keinem Urteil, sondern vertagte die Sache zwecks Studium der einschlägigen Literatur. Im zweiten Termin wurde der Kläger abgewiesen. In der Begründung heißt es, das Reichsversicherungsamt habe die Verpflichtung der Berufsgenossenschaft zur Erstattung der Kosten des Heilverfahrens stets derart abgegrenzt, daß darunter nur solche Maßnahmen fallen, die eigentlichen Heilzwecken dienen, wovon hier keine Rede sein könne. Wohl verlange der Kläger nur Linderungsmittel zur Behebung der Unfallfolgen. Diese könnten aber nicht mehr zu den Hülfsmitteln gerechnet werden, weil sie mit dem Heilverfahren nichts mehr zu tun hätten und auch nur darauf abzielen sollten den bestehenden Zustand zu erleichtern. Demnach wäre die Berufsgenossenschaft nur solange zu den erwähnten Leistungen verpflichtet, als sich der Verletzte im Stadium der Heilbehandlung befindet. Ist dieses abgeschlossen, so kann der gesundheitliche Zustand des Verletzten noch so sehr der ärztlichen Behandlung bedürfen, die Berufsgenossenschaft braucht sich nicht mehr darum zu kümmern, falls nicht Krücken und Stützapparate, die das Schiedsgericht allein als Hülfsmittel gelten lassen will, in Frage kommen.

Selbst wenn man zugeben will, aus dem § 9 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, Absatz I, könne herausgelesen werden, daß die ärztlichen Hülfeleistungen und die Gewährung von Arznei, soweit sie als Heilbehandlung in Frage kommen, nur bis zum Abschluß des Heilverfahrens zu leisten seien, so müssen sie aber als Hülfsmittel, und zwar als hervorragende Hülfsmittel in Frage kommen, die, wie das Gesetz sagt, geeignet sind, die Folgen der Verletzung zu erleichtern. Jede ärztliche Behandlung hat das Ziel, dem Verletzten seine volle Gesundheit wiederzugeben. Das Ziel ist aber nicht immer voll zu erreichen. Der Arzt wird in diesem Falle das Heilverfahren als abgeschlossen erklären, wenn das Hauptleiden behoben ist. Trotzdem kann aber der Unfall Nachwirkungen hinterlassen haben, die nicht ständig, aber doch von Zeit zu Zeit so heftig auftreten, daß der Verletzte ärztliche Hülfe und Arznei als Linderungsmittel in Anspruch nehmen muß. In solchem Falle sind ärztliche Hülfeleistungen und Arznei jene Hülfsmittel, die dem Zwecke dienen, die Folgen der Verletzung erträglicher zu machen. Der Gesetzgeber hat gewiß nicht gewollt, daß nur Krücken und Stützapparate

als Hülfsmittel gelten sollen, sondern er hat diese nur angeführt, weil es unter dem alten Gesetz strittig war, ob auch Krücken und Stützapparate von der Berufsgenossenschaft zu leisten waren.

Der Rechtsstandpunkt, den das Schiedsgericht festgelegt hat, ist unhaltbar. Nehmen wir den Fall an, bei einem Verletzten hat sich nach Abschluß des Heilverfahrens die Beschaffung einer Krücke notwendig gemacht. Diese muß die Berufsgenossenschaft leisten. Ein anderer braucht nun zwar keine Krücken, bei ihm treten aber als Folgen der erlittenen Verletzung noch Beschwerden auf, die durch ein Medikament behoben werden können. Dieses braucht nun die Berufsgenossenschaft nicht zu liefern.

Aus dem Bericht der 21. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes (Nr. 523 der Drucksachen) geht unwiderleglich hervor, daß der Gesetzgeber eine solche Kleinigkeitskrämerei nicht gewollt hat. Dort wurde zu dem jetzigen § 9 folgender Zusatz beantragt: „Die Pflicht zur Gewährung der Heilmittel und der Hülfsmittel umfaßt auch die Pflicht zur Instandhaltung und Erneuerung der Heil- und Hülfsmittel.“ Ein Vertreter der verbündeten Regierungen erklärte hierzu, daß die Pflicht der Gewährung der betreffenden Heil- und Hülfsmittel auch die Pflicht der Instandhaltung und Erneuerung in sich schließe. Wäre jener Zusatz in das Gesetz aufgenommen worden, dann wäre eine Streitfrage, wie die vorliegende, gar nicht möglich gewesen.

Der Standpunkt des Schiedsgerichts könnte nur richtig sein, wenn jede Heilbehandlung garantiert die völlige Wiederherstellung des Verletzten zur Folge hätte oder wenn der Abschluß des Heilverfahrens erst dann konstatiert werden dürfte, wenn jede Nachwirkung aus dem Unfall ausgeschlossen wäre. Kann aber die ärztliche Wissenschaft eine solche Garantie nicht übernehmen, dann muß auch die Berufsgenossenschaft Linderungsmittel nach Abschluß des Heilverfahrens gewähren. Der Abschluß des Heilverfahrens will in solchen Fällen lediglich besagen, daß das Hauptleiden behoben ist. Die fernere Hülfeleistung gilt nicht mehr diesem, sondern den aus dem Hauptleiden entsprungenen Nachwirkungen.

Gerichts-Zeitung.

Beamtenbeleidigung.

Wegen Beleidigung des Präsidenten des kaiserl. statistischen Amts Dr. van der Borght und des Regierungsrats Dr. Eichhorst hatte sich gestern der frühere Hülfsarbeiter des Amtes Paul Witt vor der Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte war, nachdem ihm seine Stellung gekündigt war, mit dem statistischen Amt in Differenzen geraten, die ihn zur Anstrengung einer Klage veranlaßten. Durch einen Passus in der Klagebeantwortung fühlte er sich und in seiner Person auch die übrigen mittleren Beamten des kaiserl. statistischen Amts in ihrer Ehre herabgesetzt und griff nun zur Abwehr zu einem ungewöhnlichen Mittel. Eines Tages postierte sich ein Dienstmann vor einem Portal des Amtsgebäudes am Lützow-Ufer und verteilte an die Passanten ein Flugblatt, welches unter der Ueberschrift „Zeugen gesucht!“ gegen den Präsidenten und dem Regierungsrat Dr. Eichhorst scharf Front machte und beleidigende Ausdrücke, wie „Arroganz“, „nackte Unwahrheit“ u. dergl. in Anwendung brachte. Der Angeklagte hatte in früheren Vernehmungen die Verantwortung für dieses Flugblatt übernommen. Nach Schluß der Beweisaufnahme trat er gestern plötzlich mit der Erklärung hervor, daß er das Flugblatt nicht verfaßt und auch die Verteilung vor dem Amtsgebäude nicht angeordnet habe. Der Gerichtshof und der Staatsanwalt hielten diese Erklärung den sonstigen Tatsachen gegenüber nicht für glaubhaft.

Der Staatsanwalt beantragte vier Wochen Gefängnis.

Der Gerichtshof erwog, daß der Angeklagte in der Prozeßsache, die zwischen ihm und dem Amte schwebte, die irrige Ansicht gewonnen habe, daß ihm der Vorwurf gemacht werden sollte: ihm hätten wissenschaftliche Arbeiten wegen Unfähigkeit nicht übertragen werden können. Der Gerichtshof gab auch dem Angeklagten zu, daß er geglaubt haben mag, berechtigte Interessen auszuüben und erwog, daß der Angeklagte anscheinend ein sehr aufgeregter Mann und von krankhaftem Ehrgefühl beseelt sei. Aus diesem Grunde hat der Gerichtshof trotz der Schwere der Beleidigungen und der ungewöhnlichen Art ihrer Verbreitung doch nur auf eine Geldstrafe erkannt und diese auf 100 Mark eventuell 10 Tage Gefängnis bemessen.

Schlafstellendiebstähle.

Die Plätterin Anna Preppermann wurde gestern aus der Untersuchungshaft der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle zu verantworten. Die Angeklagte ist der Polizei seit mehreren Jahren als gewerbsmäßige Schlafstellendiebin bekannt. Wegen einer ganzen Reihe derartiger Diebstähle, denen zumeist arme Witwen und Zimmervermieterinnen zum Opfer gefallen waren, wurde die P. zuletzt zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Ende Januar dieses Jahres wurde sie aus der Strafanstalt entlassen. Sie fuhr schnurstracks nach Berlin zurück, um hier sofort wieder ihr altes Diebstahlsgewerbe aufzunehmen. Noch an demselben Abend mietete sie sich bei einer Witwe Huber unter einem falschen Namen eine Schlafstelle und verschwand am nächsten Tage unter Mitnahme verschiedener Kleidungsstücke und einiger Goldsachen. Von diesem Zeitpunkt an liefen bei der Polizei fast täglich Anzeigen über Schlafstellendiebstähle ein. Die Bestohlenen, welche durch die gemeingefährliche Diebin um ihr geringes Hab und Gut gekommen waren, erkannten nach dem ihnen von der Kriminalpolizei aus dem Verbrecheralbum vorgelegten Bilde der Angeklagten diese als die Diebin wieder. Vor Gericht verschlechterte die P. noch durch ein hartnäckiges Leugnen ihre Lage. Mit Rücksicht auf die große Gefährlichkeit der gewerbsmäßigen Diebin erkannte die Strafkammer dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die Nichtherausgabe des Befähigungszeugnisses als Chauffeur kann nicht kriminell bestraft werden.

Die Verordnung des Oberpräsidenten vom 26. September 1906 bestimmt im § 27: „Ungeeigneten Personen, insbesondere solchen, welche die den Führern von Kraftfahrzeugen obliegenden Verpflichtungen verletzt haben, kann das Führen von Kraftfahrzeugen dauernd oder für bestimmte Zeit polizeilich untersagt werden. Sie haben alsdann das ausgestellte Befähigungszeugnis der Polizeibehörde abzuliefern.“ Der § 28 bedroht die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Verordnung mit Geldstrafe. Der Chauffeur Ernst hatte nach Untersuchung durch den Kreisarzt und einen Augenarzt vom Berliner Polizeipräsidenten eine Verfügung erhalten, durch die ihm wegen ungenügender Sehschärfe das Führen von Kraftfahrzeugen auf Straßen, Plätzen und Wegen im Landespolizeibezirk Berlin untersagt worden und er aufgefordert worden war, sein Befähigungszeugnis als Chauffeur abzuliefern. Ernst lieferte das Zeugnis nicht ab und wurde deshalb in zweiter Instanz vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Mit der Bestimmung über die Herausgabe des Befähigungszeugnisses wolle § 27 nicht etwa eine Strafe androhen. Das könnte er auch nicht, denn die Entziehung von Gewerbeberechtigungen als Strafe kenne die neuere Gesetzgebung nicht. Der § 27 sei gültig, weil er nur eine Exekutivmaßregel vorsehe. Eine Verwaltungsmaßregel, die sich sehr wohl auf § 10, II, 17 des Allgemeinen Landrechts stützen lasse, denn es solle das Publikum vor solchen Chauffeuren geschützt werden, denen die Gaben fehlten, die ein Chauffeur im Interesse der öffentlichen Sicherheit haben müsse. Es könne aber nicht durch den Strafrichter entschieden werden, ob die Entziehung des Befähigungszeugnisses mit Recht geschehen sei oder nicht. Darüber könne nur im Verwaltungsstreitverfahren befunden werden. Wenn die polizeiliche Untersagung, weiter als Chauffeur zu fungieren, eine berechtigte sei, dann könne sie und die Herausgabe des Zeugnisses durch Exekutivstrafen erzwungen werden. Eine richterliche Bestrafung wegen der Nichtherausgabe des Prüfungsscheines sei indessen nicht möglich. Angeklagter müsse freigesprochen werden.

Schwere Jungen.

Ein schwerer Bankeinbruch in Antwerpen beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Unter besonderen Vorsichtsmaßregeln wurde der erst 20jährige Kellner Alfred Kohlhoff dem Strafrichter vorgeführt. Da der Angeklagte schon im Untersuchungsgefängnis wiederholt Tobsuchtsanfälle simuliert hatte, mußten zwei Gerichtsdiener neben ihm auf der Anklagebank Platz nehmen. Im Mai v. J. nahmen im Terminushotel in Antwerpen drei elegant gekleidete Fremde Wohnung. Die Fremden verstanden es, Räume zu mieten, die direkt über einem im Parterregeschoß befindlichen Bankgeschäft liegen. Als am Morgen des 15. Mai Angestellte des Bankinstitutes die Geschäftsräume betraten, schlug ihnen ein erstickender Qualm entgegen. Den Eintretenden bot sich das Bild einer beispiellosen Verwüstung und Unordnung. In der Decke klaffte ein fast ein Meter großes Loch, der Fußboden war, besonders in der Nähe des Stahltresors, teilweise in Brand geraten, der aber wieder gelöscht worden war. Der Geldschrank selbst wies ein großes Loch an der Stelle auf, wo bisher das Schloß gewesen war. Dieses war, wie heruntergelaufener geschmolzener Stahl bewies, von den Verbrechern herausgeschmolzen worden. Der gesamte Inhalt des Geldschranks, der sich an Bargeld und Effekten auf 100 000 Mark belief, war gestohlen worden.

Als Täter konnten nur die drei Fremde in Betracht kommen, die nach Ausübung des Einbruches per Automobil nach Deutschland entflohen waren. Schon nach einigen Tagen konnten der jetzige Angeklagte Kohlhoff und ein Steindrucker Max Gorski, der nach einiger Zeit wegen Geisteskrankheit nach dem Irrenhause übergeführt werden mußte, festgenommen werden. Der Dritte im Bunde, ein Kellner Kitzling, der etwas später in Luxemburg gefaßt wurde, steht in Brüssel seiner Bestrafung entgegen. Kohlhoff wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Uneheliche Mutterschaft.

Der „Bund für Mutterschutz“, dessen theoretische und praktische soziale Arbeit immerhin mehr Beachtung verdient, als die sonst von bürgerlichen Damen oft nur zum Zeitvertreib und zur Befriedigung ihrer Eitelkeit gepflegten humanitären Bestrebungen, gibt im Aprilheft seines Publikationsorgans „Die Neue Generation“, einen Ueberblick über seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. In diesem Zeitraum wandten sich 419 uneheliche Mütter und Schwangere und 38 verheiratete und ehevorlassene Frauen, in äußerster Bedrängnis Rat und Beistand heischend, an den Bund. Die meisten unter ihnen standen, wie aus den statistischen Fragebogen hervorgeht, im Alter von 20—25 Jahren, aber es war auch ein fünfzehnjähriges Mädchen unter ihnen. Nicht weniger als ein Drittel der unehelichen Schwangeren und Mütter, nämlich 152, waren Dienstmädchen, dann folgen nach Berufen geordnet: 84 Stühen und Krankenschwestern, 96 Handlungsgehülfinnen und Telegraphistinnen, 78 Heimarbeiterinnen, Schneiderinnen usw., 34 Arbeiterinnen, 4 Schauspielerinnen, 9 Lehrerinnen, 6 Obdachlose, eine Prostituierte, eine Geisteskranke. Wenn nun auch die stärkere oder geringere Beteiligung einer Berufsklasse an den unehelichen Geburten kein Gradmesser für die Sittlichkeit oder Unsittlichkeit sein kann, so ist der erschreckend hohe Prozentsatz der unehelichen Mütter gerade unter den Dienstmädchen doch ungemein bezeichnend und widerlegt wieder einmal das heuchlerische Gerede von dem sittlichen Schutz und der erziehlichen Einwirkung im bürgerlichen Heim. Das Gehalt der Dienstmädchen schwankte in den zuletzt innegehabten Stellen zwischen 8 M. und 40 M. monatlich, der Wochenlohn der Heimarbeiterinnen zwischen 7 M. und 25 M., der der Arbeiterinnen zwischen 8 M. und 30 M., die vier Schauspielerinnen standen sich auf 150 M. und mehr im Monat einschließlich der Garderobe, Handlungsgehülfinnen und Kontoristinnen bezogen Gehälter von 20 M. bis 180 M., Lehrerinnen 100 M. im Monat. Fast alle verloren in der letzten Zeit der Schwangerschaft ihre Stellungen und sahen nun nahezu oder ganz mittellos der Entbindung entgegen. Nur zu oft gelang es nicht, den Vater des unehelichen Kindes zur Zahlung von Alimenten heranzuziehen; dann hatte die junge Mutter die Pflegekosten — 20—30 M. im Monat und mehr, ausschließlich Wäsche und Kleidung — selbst zu bestreiten. Das ist — wie ein Blick auf die oben angeführten Gehaltsbeträge zeigt — eine fast übermenschliche Aufgabe, deren erdrückende Wucht es begreiflich erscheinen läßt, wenn schließlich so oft in Verzweiflung und Schande endet, was einst in blindem Vertrauen und in jugendlicher Unkenntnis des Lebens begonnen. Und doch geben diese trockenen, dürftigen Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt aus dem Bilde des Jammers und Elends der unehelichen Mutterschaft. Werden doch alljährlich in Deutschland 180 000 uneheliche Kinder geboren, die der verbrecherische Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft nach Gesetz und Recht der Verwahrlosung in jeder Gestalt überliefern möchte. In keinem Lande der Welt ist die Verfemung der illegalen Mutterschaft ärger, ist die Stellung des unehelichen Kindes dem Gesetz gegenüber ungerechter als in Deutschland. Hier hat aber auch die Kindersterblichkeit unter den Unehelichen eine Höhe erreicht wie sonst nirgends. Ist die Sterblichkeit der außerehelichen Kinder in großen Gebietsteilen Preußen-Deutschlands durchschnittlich doppelt so groß wie die der ehelichen, so erreicht sie in Schaumburg-Lippe sogar die dreifache Höhe. Daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen diesen schmählichen Zuständen und der rechtlichen Stellung der unehelichen Kinder und ihrer Mütter tatsächlich besteht, erhellt ohne Weiteres, wenn wir Oesterreich zum Vergleich heranziehen. Hier ist die Sterblichkeit der unehelichen Kinder geringer als in allen anderen Kulturländern, ja in einigen Kronländern erhebt sie sich nicht über die der ehelichen Kinder. Das österreichische Gesetz kennt aber auch die Härte nicht, daß ein Mann sich den aus der unehelichen Vaterschaft erwachsenden Alimentenzahlungen entziehen kann. Auch bei zweifelhafter Vaterschaft wird er zur Zahlung von Alimenten verpflichtet, da das Gesetz mit Recht voraussetzt, daß jedem Mann, der mit einer Frau geschlechtlichen Umgang pflegt, die möglichen Folgen klar sein müssen.

In wahrhaft humaner und für alle übrigen Kulturstaaten vorbildlicher Weise gestaltet das neue dänische Gesetz die Lage der außerehelichen Kinder. In bezug auf das Erbrecht stellt es das uneheliche Kind dem ehelichen gleich. Entzieht sich der Vater der gegen früher bedeutend erhöhten Alimentationspflichten, so sorgt die Gemeinde für Mutter und Kind, deren Ansprüche gegen den Vater ohne Weiteres auf die Kommune übergehen. Dazu kommen andere Bestimmungen, welche eine Sicherstellung der unehelichen Mütter und Kinder nach jeder Richtung bewirken.

Freilich ist das kleine Dänemark in den Augen unserer Musterpatrioten ein „wildes Land“, in dem man kein Verständnis hat für die sittliche Höhe, die sich zu unvergleichlich dokumentiert in dem berühmten Rechtsgrundsatz des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches: „Ein uneheliches Kind und dessen Vater gelten nicht als verwandt.“

Amerikanische Milliardärsfrauen spielen Wohltätigkeit.

Wie Kapitalismus und Ausbeutung zwei unzertrennliche Begriffe sind und man das eine ohne das andere sich nicht vorstellen kann, so verbindet sich auch der moderne Industrialismus innig und unlöslich mit dem Begriff Frauen- und Kinderarbeit. Neue Maschinen, die in höchster Vollendung konstruiert sind und mit präziser und selbsttätiger Arbeit die Produktionsfähigkeit ins Ungeahnte erhöhen, schalten menschliche Arbeitskraft aus. Muskelkraft und Geschicklichkeit verlieren ihre frühere Bedeutung, schwache, ungeübte Hände verrichten die leicht zu erlernenden Handgriffe und haben für den Kapitalisten die angenehme Eigenschaft, billiger und williger zu sein. Die „zarte, schwache“ Frau, deren Wirkungskreis sich nach den Aussprüchen aller bürgerlichen Nachtmützenpolitiker ausschließlich auf die Küche und die Häuslichkeit beschränken soll, wird in die Arme des Kapitalismus getrieben und selbst die kleinsten der Kleinen werden nicht verschont. Dem Siegeszug der Maschine folgt vom ersten Schritte an, wie der Schatten dem Körper, die Ausbeutung der Frauen und Kinder, die Zerstörung der Familie und des häuslichen Glücks.

In Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, wo die zwei Extreme: unermeßlicher, fabelhafter Reichtum und jämmerliche, himmelschreiende Armut sich gegenüberstehen, wo die kapitalistische Produktionsweise ihre prägnantesten Formen angenommen hat, wo Millionäre und Milliardäre aus den Knochen ihrer Arbeiter schwindelnde Reichtümer herausgeschunden haben, sind deren Frauen und Töchter in blasierter Uebersättigung von Festen und Vergnügen zu dem heroischen Entschluß gekommen, den armen Arbeiterinnen zu helfen. Sie, die an der üppigen Tafel des Lebens schwelgen und von denen jede einzige für Toiletten und „sonstige Kleinigkeiten“ in einem Monat größere Summen verbraucht, als manche Arbeiterin in ihrem ganzen Leben mühselig verdient, wollen auch mal in „Wohltätigkeit“ machen. Bürgerliche Blätter verkünden:

„Auch die Reichen und Reichsten in dem wegen seines Materialismus verschrienen Amerika besinnen sich auf ihre Pflicht. Bezeichnend hierfür ist die Mitteilung, daß eine Anzahl von Frauen und Töchtern New Yorker Milliardäre einen Verein gebildet hat, der sich zur Aufgabe macht, eine Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen zu bewirken. Um deren Verhältnisse kennen zu lernen, wollen die reichen Damen alle Werkstätten besuchen und mit den Arbeiterinnen gemeinsam essen und schlafen (Donnerwetter!) — wahrlich ein lobenswerter Entschluß.“

Besser wäre es, wenn die Damen auf ihre profitwütigen Männer einwirken möchten, damit die aufstrebenden Gewerkschaften nicht in der brutalsten Weise niedergeknüppelt werden. Was bei den Spielereien der Damen herauskommt, ist doch nur für die — Katz.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Donnerstag, den 23. April, 8½ Uhr, in den neuen Rathaussälen (Inh. Grosser, früher Ohst), Meininger Straße 8, Volksversammlung für Frauen und Männer. Vortrag. Genosse Reichstagsabg. Fritz Zubeil: „Welches Interesse haben die Frauen an den preußischen Landtagswahlen?“

Vermischtes.

Der schlaue Landmann. Ein Landmann in Neuenfähre in Dithmarschen war der Meinung, daß seine kranke Sau dem sicheren Tode verfallen sei, und war froh, als ihm ein Händler dafür 8 M. bot. Etwas ist immerhin besser als nichts, dachte er, und schnell war das Geschäft abgeschlossen. Der Händler lud die Sau auf den Wagen und fuhr ab. Nicht lange währte die Fahrt, da sprang im Wagen ein munteres Ferkel umher, und als der Händler in seinem Heimatsorte Hamdorf eingetroffen, kamen bald zu dem einen noch acht weitere kleine Borstentiere hinzu. Mutter und Kinder befinden sich — sauwohl. Der Händler freut sich seines Glückes, der Verkäufer aber hätte sich am liebsten selbst geohrfeigt, als er seine negative Schläue erkannte.

Von Krähen zerhackt. Ein Leichenfund, der noch der Aufklärung bedarf, ist bei Freienwalde gemacht worden. Vor drei Wochen verschwand der dort wohnhafte 45 Jahre alte Arbeiter Hermann Euen, und vorgestern wurde die Leiche des Vermißten in der Nähe von Freienwalde unter einem Gebüsch aufgefunden. Die eine Gesichtshälfte war von Krähen bereits vollständig zerhackt worden. Auch die übrigen Körperteile der Leiche waren von Raubtieren angenagt worden. Ob E. Selbstmord verübt hat oder ob sein Tod auf eine andere Ursache zurückzuführen ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Eine zerstörte Eisenbahnlinie. Wie aus Paris gemeldet wird, hat ein Felssturz die Eisenbahnlinie Paris-Lyon-Méditerranée auf eine Länge von sechzig Meter zerstört. Der Verkehr ist vorläufig unterbrochen.

Im Streit getötet. Pariser Meldung zufolge kam es in Neu-Chateau zwischen italienischen Arbeitern zu einem blutigen Kampfe, in dessen Verlauf zwei der Beteiligten getötet, drei schwer und mehrere leichter verletzt wurden.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Heute abend 9½ Uhr Rosenthaler Straße 11/12: Generalversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Weltanschauung. Heft 2. Monatsschrift für Kulturfortschritt auf naturwissenschaftlicher Grundlage. Verlag: F. Lehmann in Stuttgart.

Ultramontan. Eine Abwehr in vier Artikeln von L. Wahrmund. 1 M. Verlag: F. F. Lehmann in München.

„Kulturhistorische Kriminal-Prozesse der letzten vierzig Jahre“. Band I. Von Hugo Friedlaender. Vorwort von Rechtsanwalt Dr. jur. Werthauer. Verlag: Continent, G. m. b. H., Berlin W. 30. Geheftet 1 M.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr minimal, Geschäft flau, Preise fest. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft etwas lebhafter, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas reger, Preise behauptet.

Witterungsübersicht vom 22. April 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	753	WSW	4	heiter	3	Haparanda	751	WSW	2	wolkenl.	−5
Hamburg	755	SW	5	wolkig	2	Petersburg	754	O	1	Nebel	−1
Berlin	756	W	3	heiter	3	Scilly	757	W	4	bedeckt	8
Frankf. a. M.	750	SW	2	bedeckt	4	Aberdeen	755	NNW	2	Schnee	2
München	762	W	6	halb bd.	2	Paris	760	S	2	bedeckt	6
Wien	759	W	4	heiter	5						

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. April 1908.

Vielfach heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich, mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 4. cm	seit 20. 4. cm¹)	Wasserstand	am 21. 4. cm	seit 20. 4. cm¹)
Memel, Tilsit	523	−8	Saale, Grochlitz	226	−7
Pregel, Insterburg	218	−8	Havel, Spandau²)	183	+9
Weichsel, Thorn	298	−4	„ Rathenow²)	173	−2
Oder, Ratibor	251	−34	Spree, Spremberg²)	—	—
„ Krossen	230	−5	„ Beeskow	156	+2
„ Frankfurt	234	0	Weser, Münden	60	−2
Warthe, Schrimm	126	+6	„ Minden	141	+1
„ Landsberg	123	+1	Rhein, Maximiliansau	458	−2
Netze, Nordamm	69	+1	„ Kaub	210	+1
Elbe, Leitmeritz	83	−9	„ Köln	261	−2
„ Dresden	−0	−7	Neckar, Heilbronn	101	−3
„ Barby	337	−7	Main, Wertheim	182	0
„ Magdeburg	290	−6	Mosel, Trier	65	+2

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.